



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

70. Sitzung

3. Wahlperiode

Donnerstag, 18. Oktober 2001, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsident Hinrich Kuessner, Vizepräsidentin Renate Holznagel und Vizepräsidentin Kerstin Kassner

Inhalt

	Antrag der Fraktion der CDU: Entwicklung der Hochschulklinika in Mecklenburg-Vorpommern	
	– Drucksache 3/2312(neu) –	4507
	Steffie Schnoor, CDU	4507
Mitteilungen des Präsidenten	Minister Dr. Peter Kauffold	4508
	Dr. Gerhard Bartels, PDS.....	4509, 4513
	Eckhardt Rehberg, CDU	4510
	Dr. Manfred Reißmann, SPD	4512
Fragestunde	B e s c h l u s s	4513
– Drucksache 3/2342(neu) –		4497
Dr. Ulrich Born, CDU		4497
Minister Helmut Holter		4497, 4498, 4499
Lorenz Caffier, CDU		4498
Harry Glawe, CDU		4498, 4499
Wolfgang Riemann, CDU		4499
	Antrag der Fraktion der CDU: Bundesratsinitiative zur Graffiti-Bekämpfung	
	– Drucksache 3/2313 –	4514
	Reinhardt Thomas, CDU	4514, 4517
	Minister Erwin Sellering	4516, 4517, 4518
	Monty Schädel, PDS.....	4518
	Bodo Krumbholz, SPD.....	4519
	Dr. Ulrich Born, CDU	4520
	B e s c h l u s s	4522
Antrag der Fraktionen der PDS und SPD: Verkehrskonzept für Mecklenburg- Vorpommern		
– Drucksache 3/2318 –		4499
Peter Ritter, PDS.....		4499
Minister Dr. Otto Ebnet		4501
Jörg Vierkant, CDU		4502
Kerstin Kassner, PDS		4504
Claus Gerloff, SPD		4505
B e s c h l u s s		4507
	Antrag der Fraktion der CDU: Förderung erneuerbarer Energien	
	– Drucksache 3/2315 –	4522
	Renate Holznagel, CDU	4522, 4526

Minister Dr. Otto Ebnet.....	4523, 4524	Dr. Ulrich Born, CDU	4528, 4530
Lorenz Caffier, CDU.....	4524	Minister Dr. Otto Ebnet.....	4529
Caterina Muth, PDS.....	4524	Gabriele Schulz, PDS	4529, 4530
Ute Schildt, SPD.....	4527	Nils Albrecht, CDU.....	4530
B e s c h l u s s	4527	Ute Schildt, SPD.....	4532
		B e s c h l u s s	4532

Antrag der Fraktion der CDU:

Wertgrenzenerlass

– Drucksache 3/2314 – 4528

Nächste Sitzung

Mittwoch, 14. November 2001 4532

Beginn: 9.00 Uhr

Präsident Hinrich Kuessner: Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 70. Sitzung des Landtages. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Wir setzen unsere Beratungen vereinbarungsgemäß fort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung möchte ich dem Justizminister Herrn Sellering zu seinem heutigen Geburtstag herzlich gratulieren und in unser aller Namen alles Gute wünschen.

(Beifall bei den Abgeordneten)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 13:** Fragestunde. Die Fragen an die Landesregierung liegen Ihnen auf Drucksache 3/2342(neu) vor.

Fragestunde**– Drucksache 3/2342(neu) –**

Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Ministers für Arbeit und Bau, hierzu zunächst die **Fragen 1 und 2** des Abgeordneten Dr. Born von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Born, Sie stellen erst Ihre Fragen und dann antwortet der Minister. Bitte.

Dr. Ulrich Born, CDU: Ich frage die Landesregierung:

1. Ist es wahr, dass Herr Klinger den Minister für Arbeit und Bau bzw. das Ministerium vor seiner Einstellung als Referatsleiter im Ministerium für Arbeit und Bau am 01.02.2000 „nicht im Zweifel darüber gelassen hat, dass er IM des Ministeriums für Staatssicherheit der ehemaligen DDR gewesen war“, wie von Herrn Klinger über seinen Anwalt behauptet wird, dass er sich also klar zu seiner Vergangenheit beim Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR geäußert hat und nicht nur sehr verschwommene, wenig verifizierbare, dunkle Andeutungen gemacht hat, aus denen ein solcher Schluss nicht herzuleiten gewesen wäre?

Minister Helmut Holter: Nein. Es ist unwahr, dass sich der Mitarbeiter klar zu seiner Vergangenheit geäußert hat.

Dr. Ulrich Born, CDU: Gestatten Sie eine Zusatzfrage? (Zustimmung)

Präsident Hinrich Kuessner: Bitte sehr, Herr Born.

Dr. Ulrich Born, CDU: Kann ich daraus den Schluss ziehen, dass entsprechende entgegenstehende Presseäußerungen des Anwalts von Herrn Klinger nicht der Wahrheit entsprechen?

Minister Helmut Holter: Ich habe nicht die Absicht, Presseerklärungen des Anwalts von Herrn Klinger zu kommentieren.

(Siegfried Friese, SPD: Richtig.)

Dr. Ulrich Born, CDU: Dann habe ich eine zweite Zusatzfrage.

Präsident Hinrich Kuessner: Bitte sehr, Herr Born.

Dr. Ulrich Born, CDU: Kann ich davon ausgehen, dass Herr Klinger bei seinem Gespräch mit Ihnen, bei seinem Einstellungsgespräch keine Hinweise auf eine mögliche Stasiverstrickung gegeben hat?

Minister Helmut Holter: Herr Abgeordneter Born, ich habe mit Herrn Klinger kein Einstellungsgespräch geführt.

Präsident Hinrich Kuessner: Wir kommen zur zweiten Frage. Bitte sehr, Herr Born.

Dr. Ulrich Born, CDU: Zweite Frage:

2. Hat Herr Klinger in der vom Minister für Arbeit und Bau erwähnten formlosen Erklärung anlässlich der Einleitung der Regelanfrage bei der so genannten Birthler-Behörde bereits eine Tätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR oder zumindest Kontakte zum MfS eingeräumt bzw. welchen konkreten Inhalt hatte diese Erklärung?

Minister Helmut Holter: In der persönlichen Erklärung hat der Mitarbeiter eine Tätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR oder zumindest Kontakte zum MfS nicht eingeräumt, sondern er hat sein Einverständnis zur Einsichtnahme in die bei der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR zu seiner Person verfügbaren Akten gegeben.

Im Übrigen verweise ich auf die Antwort der Landesregierung vom 28. September 2001, Drucksache 3/2303, Antwort 10, ganz konkret, auf Ihre Kleine Anfrage, Herr Born.

Präsident Hinrich Kuessner: Haben Sie eine Nachfrage, Herr Born?

Dr. Ulrich Born, CDU: Ja.

Präsident Hinrich Kuessner: Bitte sehr, Herr Born.

Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Minister, zwei kurze Nachfragen.

Erste Nachfrage: Aus der Beantwortung der Kleinen Anfrage ergibt sich, dass im Regelfall und auch bei der Einstellung des besagten Mitarbeiters eine Erklärung abzugeben ist hinsichtlich einer früheren Mitarbeit oder einer eventuell früheren Mitarbeit für das MfS. Hat Herr Klinger eine entsprechende förmliche Erklärung abgegeben, wie es sonst üblich ist? Wenn nein, warum ist das nicht geschehen?

Minister Helmut Holter: Das sind Details aus der Personalakte Herrn Klingers, die ich nicht bereit bin öffentlich zu diskutieren. Herr Klinger hat seine Bereitschaft erklärt, dass Einsicht in die Unterlagen bei der Birthler-Behörde genommen wird.

Präsident Hinrich Kuessner: Eine zweite Zusatzfrage? Bitte sehr, Herr Born.

Dr. Ulrich Born, CDU: Zweite Zusatzfrage: Herr Minister, hat Herr Klinger Ihnen vor seinem Dienstantritt in Ihrem Ministerium zumindest eine Andeutung darüber gemacht, dass es eine Stasibelastung bei ihm geben könnte?

Minister Helmut Holter: Mit meinen Antworten auf Frage 1 und die Zusatzfragen, die Sie gestellt haben, ist diese Frage bereits beantwortet.

Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Präsident, ich hatte vorhin eine andere Frage gestellt. Ich hatte von einem Einstellungsgespräch gesprochen, und ich habe jetzt die Frage gestellt,

(Peter Ritter, PDS: Sie können das nicht kommentieren, Herr Born. Das ist eine Fragestunde und keine Kommentierungsstunde.)

ob der Mitarbeiter vor seinem Dienstantritt dem Minister gegenüber eine Andeutung gemacht hat.

Präsident Hinrich Kuessner: Es ist das Recht des Ministers, so zu antworten, wie er es für richtig hält.

(Peter Ritter, PDS: Ja.)

Dr. Ulrich Born, CDU: Danke schön.

Präsident Hinrich Kuessner: Wir kommen zur **Frage 3 und 4** des Abgeordneten Herrn Caffier von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, die Frage 3, Herr Caffier.

Lorenz Caffier, CDU: Ich frage den Minister für Arbeit und Bau des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Herrn Holter:

3. Wenn der Minister für Arbeit und Bau nach Eingang des Berichtes der so genannten Birthler-Behörde über die Überprüfung von Herrn Klinger Anfang April 2001 von dessen Inhalt in Kenntnis gesetzt wurde, wie er im Interview vom 07.10.2001 gegenüber dem Sender Phoenix geäußert hat, er also spätestens zu diesem Zeitpunkt von der Tätigkeit von Herrn Klinger als IM für das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR wusste, warum hat der Minister für Arbeit und Bau dann nicht die notwendigen Konsequenzen gezogen und dessen sofortige Entlassung herbeigeführt?

(Peter Ritter, PDS: Warum sollte er?! – Angelika Gramkow, PDS: Weil er bleibt.)

Minister Helmut Holter: Herr Abgeordneter Caffier, ich verweise auf die Antwort der Landesregierung vom 28. September 2001, Drucksache 3/2303, auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Dr. Born. Im Interesse der Persönlichkeit und des Datenschutzes in einem laufenden Verfahren, wie bekannt ist, bin ich zu keiner weiteren Erklärung bereit.

Lorenz Caffier, CDU: Gestatten Sie eine Nachfrage? (Zustimmung)

Präsident Hinrich Kuessner: Bitte sehr, eine Zusatzfrage.

Lorenz Caffier, CDU: Herr Minister, wer trägt aus Ihrer Sicht die politische Verantwortung für die in Ihrem Ministerium stattgefundenen, vorsichtig formuliert, zumindest Unstimmigkeiten?

(Peter Ritter, PDS: Welche meinen Sie denn, Herr Caffier?)

Minister Helmut Holter: Der Minister ist verantwortlich für das, was im Ministerium vor sich geht.

(Angelika Gramkow, PDS: Aber es gab keine Unstimmigkeiten.)

Präsident Hinrich Kuessner: Zur vierten Frage, Herr Caffier?

Lorenz Caffier, CDU: Bitte die nächste Frage.

Präsident Hinrich Kuessner: Bitte sehr.

Lorenz Caffier, CDU:

4. Herr Minister, wie bewerten Sie die Aussage von Herrn Dr. Kessel, Landesbeauftragter für Datenschutz Mecklenburg-Vorpommern, dass „Herr Klinger nach seiner Kenntnis im Ministerium für

Arbeit und Bau als Stellvertreter des Abteilungsleiters tätig ist, so dass sowohl für die Ernennung als auch eine eventuelle Entlassung die Zustimmung des Ministerpräsidenten erforderlich war bzw. ist“, hinsichtlich Ihrer Aussage, dass die Staatskanzlei im Rahmen der Einstellung von Herrn Klinger sowohl als Referatsleiter als auch stellvertretender Abteilungsleiter nicht beteiligt wurde?

Minister Helmut Holter: Der betreffende Mitarbeiter war nicht zum Stellvertreter des Abteilungsleiters bestellt. Er war mit der vorübergehenden Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt worden. Der Ministerpräsident ist bei der Entscheidung hinsichtlich der vorübergehenden Übertragung der Funktion des stellvertretenden Abteilungsleiters nicht zu beteiligen. Auch hierzu verweise ich auf die Antwort auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Dr. Born, Drucksache 3/2303.

Lorenz Caffier, CDU: Danke.

Gestatten Sie eine Zusatzfrage? (Zustimmung)

Präsident Hinrich Kuessner: Bitte sehr.

Lorenz Caffier, CDU: Herr Minister, können Sie definitiv ausschließen, dass vor Mitte August, genauer gesagt, vor dem 23. August Gespräche zwischen der Staatskanzlei und Ihnen beziehungsweise Ihrem Staatssekretär betreffend des Falles Klinger geführt worden sind?

Minister Helmut Holter: Ich sehe keinen Zusammenhang mit den Fragen, die Sie schriftlich eingereicht haben.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von Kerstin Kassner, PDS, und Peter Ritter, PDS – Eckhardt Rehberg, CDU: Hier wird gelogen, dass sich die Balken biegen.)

Lorenz Caffier, CDU: Danke.

Präsident Hinrich Kuessner: Wir kommen zur **Frage 5 und 6** des Abgeordneten Glawe von der CDU-Fraktion. Herr Glawe, die Frage 5.

Harry Glawe, CDU: Ich frage den Minister für Arbeit und Bau des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Herrn Holter:

5. Hat es am 04.05.2001 oder zu einem späteren Zeitpunkt eine Unterredung zwischen Herrn Klinger, Herrn Dr. Wegrad und dem Minister für Arbeit und Bau beziehungsweise Herrn Dr. Wegrad und dem Minister für Arbeit und Bau gegeben, in der die Tätigkeit von Herrn Klinger als IM für das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR beziehungsweise das Ergebnis der Überprüfung durch die so genannte Birthler-Behörde thematisiert wurden? Wenn ja, wann fanden das Gespräch beziehungsweise diese Gespräche statt, was war der konkrete Gesprächsgegenstand und das -ergebnis, Herr Minister?

Minister Helmut Holter: Herr Abgeordneter Glawe, ich verweise dazu auf die Antwort der Landesregierung vom 28. September 2001, Drucksache 3/2303, auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Dr. Born. Besonders hervorheben möchte ich unsere Antwort auf Frage 22 und bekräftige noch einmal, dass ich mich mit der Personalangelegenheit nach meiner Rückkehr aus dem Urlaub auf der Basis der personalrechtlichen Würdigung meines Hauses beschäftigt habe.

Harry Glawe, CDU: Das heißt konkret, ...

Präsident Hinrich Kuessner: Sie wollen eine Zusatzfrage stellen, Herr Glawe?

Harry Glawe, CDU: Ja, danke.

Präsident Hinrich Kuessner: Bitte.

Harry Glawe, CDU: Das heißt konkret, Sie sagen, dass Sie am 04.05.2001 dazu keine Gespräche geführt haben, sondern erst im Sommer?

Minister Helmut Holter: Aus meinem Kalender und dem Kalender des ehemaligen Staatssekretärs geht ein solcher Termin nicht hervor.

Harry Glawe, CDU: Sind Sie bereit, ...

Präsident Hinrich Kuessner: Wollen Sie noch eine Zusatzfrage stellen?

Harry Glawe, CDU: Ja.

Präsident Hinrich Kuessner: Bitte sehr.

Harry Glawe, CDU: Sind Sie bereit, die Kalender der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen, um sie prüfen zu lassen?

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Minister Helmut Holter: Das sind interne Angelegenheiten der Landesregierung, meines Wissens.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Peter Ritter, PDS: Da kann er ja 'ne Ausschussdrucksache machen.)

Präsident Hinrich Kuessner: Damit sind Ihre Zusatzfragen dazu erschöpft, Herr Glawe.

Will noch ein Abgeordneter eine Zusatzfrage dazu stellen?

(Der Abgeordnete Wolfgang Riemann meldet sich für eine Zwischenfrage.)

Wollen Sie dazu eine Zusatzfrage stellen?

(Wolfgang Riemann, CDU: Ja.)

Bitte sehr.

Wolfgang Riemann, CDU: Herr Minister, zu welchem konkreten Datum war die personalrechtliche Bewertung der Unterlagen der Birthler-Behörde durch Ihre Personalabteilung im Arbeitsministerium zu Herrn Klinger abgeschlossen?

Minister Helmut Holter: Das war der 07.06.2001.

Präsident Hinrich Kuessner: So, wir kommen zur Frage 6. Herr Glawe, bitte sehr.

Harry Glawe, CDU: Ich frage den Minister:

6. Hat es Mitte Juli 2001 oder zu einem anderen Zeitpunkt vor dem 4. September 2001 ein oder mehrere Gespräche zwischen dem Chef der Staatskanzlei, Herrn Dr. Tidick, und dem ehemaligen Staatssekretär des Ministeriums für Arbeit und Bau, Herrn Dr. Wegrad, gegeben, in welchem die Personalangelegenheit Klinger und dessen Tätigkeit als IM für das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR Gesprächsgegenstand waren? Wenn ja, wann?

Minister Helmut Holter: Der Chef der Staatskanzlei Dr. Tidick hat mich darüber informiert, dass die Staatskanzlei am 23. August 2001 von einer eventuellen Stasi-belastung des betreffenden Mitarbeiters erfahren hat. An ein vorheriges Gespräch mit dem ehemaligen Staatssekretär Herrn Dr. Wegrad in dieser Personalangelegenheit kann sich der Chef der Staatskanzlei nicht erinnern.

Harry Glawe, CDU: Herr Minister, ...

Präsident Hinrich Kuessner: Wollen Sie eine Zusatzfrage stellen?

Harry Glawe, CDU: Ja.

Präsident Hinrich Kuessner: Bitte sehr, Herr Glawe.

Harry Glawe, CDU: Herr Minister, halten Sie es für möglich, dass in diesem konkreten Fall Schaden für das Land Mecklenburg-Vorpommern entstanden ist und entstehen wird?

Minister Helmut Holter: Das ist eine wertende Frage. Ich gehe davon aus, dass für das Land Mecklenburg-Vorpommern kein Schaden entstanden ist.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Sie wollen eine weitere Zusatzfrage stellen? Bitte sehr, Herr Glawe.

Harry Glawe, CDU: Herr Minister, halten Sie es für möglich, dass Sie in diesem Fall Fehler im Amt gemacht haben?

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Minister Helmut Holter: Das unterliegt nicht meiner Bewertung.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten

der CDU – Eckhardt Rehberg, CDU:

Ist das peinlich, Frau Bretschneider. –

Sylvia Bretschneider, SPD: Sie sind peinlich.)

Harry Glawe, CDU: Danke schön.

Präsident Hinrich Kuessner: Schönen Dank, Herr Minister.

Die Fragestunde ist beendet, da keine weiteren Fragen vorliegen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Eckhardt Rehberg, CDU: Peinlich, peinlich! Diese Landesregierung ist einfach peinlich, deutschlandweit peinlich!)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 14**: Beratung des Antrages der Fraktionen der PDS und SPD – Verkehrskonzept für Mecklenburg-Vorpommern, auf Drucksache 3/2318.

Antrag der Fraktionen der PDS und SPD:
Verkehrskonzept für Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 3/2318 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Ritter von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Herr Ritter.

Peter Ritter, PDS: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist natürlich nicht leicht, nach dieser Befragung zur Tagesordnung überzugehen,

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

aber ich will es dennoch versuchen.

Verkehrskonzept für Mecklenburg-Vorpommern, meine sehr verehrten Damen und Herren, wer in diesen Tagen mit dem Auto durchs Land fährt, dem kann es passieren, dass er kilometerweit hinter einem mit Zuckerrüben schwer beladenen Lkw herfährt.

(Minister Till Backhaus: Ist das so schlimm?)

Nein, nein, es ist nicht schlimm, Herr Minister Backhaus, aber er wird sich besorgt die Frage stellen, warum es nicht möglich ist, diese Transporte nach Güstrow oder nach Anklam mit der Bahn durchzuführen.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und wer im Sommer, Herr Rehberg, einmal eine Wochenendreise mit dem Interregioersatz nach Berlin oder Rostock unternahm, hat sich im überfüllten Zug stehenderweise sicherlich die Frage gestellt, warum das Land für diesen „Service“ auch noch Geld ausgibt. Die Betreiber des Flughafens Neubrandenburg-Trollenhagen fragen, warum das Land eine Fluglinie von Rostock nach München finanziell unterstützt, eine Anbindung Neubrandenburgs aber nicht. Ich frage, ob es ökologisch überhaupt sinnvoll ist, auf dem Weg ins Ozonloch Inlandsflüge auch noch finanziell zu unterstützen. Touristen, die unser Land besuchen, fragen zum Beispiel, warum die stillgelegte Eisenbahnstrecke Waren-Malchin-Dargun nicht zumindest für die touristische Nutzung reaktiviert werden kann. Konzepte von Kommunalpolitikern gibt es dafür ausreichend.

(Barbara Borchardt, PDS: Das stimmt.)

Die Osterweiterung der EU nimmt konkrete Formen an. Die Zusammenarbeit unseres Landes mit den skandinavischen Ländern bietet große Chancen. Die Wirtschaft des Landes stellt zu Recht die Frage, wie die Verkehrspolitik des Landes auf diese Anforderungen vorbereitet ist.

Fragen, meine sehr verehrten Damen und Herren, die es zu beantworten gilt. Es müssen aber auch Antworten auf folgende Probleme gegeben werden. Nach einer Studie des Wuppertal-Instituts wachsen die Lkw-Emissionen bis zum Jahr 2020 um 38 Prozent. Der Flugverkehr wird so zunehmen, dass er dann das Klima so belastet wie der gesamte heutige Pkw-Verkehr. Allein das Verkehrswachstum könnte bis zum Jahr 2020 sämtliche Einsparungen von Klimagasen in anderen Bereichen zunichte machen, falls keine wirksamen Gegenmaßnahmen ergriffen werden. Diese Gegenmaßnahmen aber sind nicht in Sicht. Im Gegenteil, die Bahn wird weiter in der Fläche zerschlagen, Anreize zum Gütertransport auf der Schiene entfallen, der Neubau von Autobahnen und Flughäfen geht weiter. Die Entwicklung eines attraktiven ÖPNV als Alternative zum motorisierten Individualverkehr wird vernachlässigt. Den Auswirkungen der Liberalisierung im europäischen ÖPNV wird zu wenig entgegengesteuert.

Notwendig, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind also zukunftsfähige Strategien, die eine die Wirtschaft fördernde und die Umwelt schonende Verkehrspolitik ermöglichen. Die bisher im Land nebeneinander existierenden, nicht aufeinander abgestimmten Konzepte zur Entwicklung des Schienen-, Straßen- und Luftverkehrs sowie der See- und Binnenschifffahrt sind daher zu überprüfen und miteinander zu verknüpfen. Dazu gehören aber genauso Rad- und Reitwegkonzepte, Vorstellungen einer modernen Raumordnung und Städteplanung mit dem Ziel der Stadt der kurzen Wege, ein überarbeiteter ÖPNV-Landesplan zum Ausbau eines flächendeckenden und sozial gestalteten öffentlichen Personennahverkehrs.

Gerade für ein Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern sind das entscheidende Fragen. Zur Erfüllung der Grundfunktionen Wohnen, Arbeit, Erholung, Ver- und Entsorgung, Bildung und vieles andere mehr sind Bewegungen im Raum erforderlich. Doch gerade der ländliche Raum ist oft infrastrukturell unterversorgt oder wurde unterversorgt gemacht. Noch vor nicht allzu langer Zeit gab es in fast jedem Dorf unseres Landes einen Laden, eine Poststelle, einen Frisör, einen Kindergarten. Viele Fahrten mit dem Auto waren so erst gar nicht erforderlich. Wir sind also auch und vor allem aus sozialer und ökologischer Sicht gefordert, moderne Verkehrskonzepte zu entwickeln. „Der ÖPNV“ – so Professor Mohnheim, einer der anerkanntesten Verkehrsplaner Deutschlands – „muss den Menschen viel weiter entgegenkommen, durch viel mehr Haltestellen und kurze Wege und durch die Vermittlung des Gefühls, überall sei gleich um die Ecke ein Bus oder eine Bahn oder ein Taxi oder ein Rufbus ... erreichbar.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, unser Bundesland wird mehr und mehr zur Drehscheibe internationaler Verkehrsströme. Aus Sicht der Wirtschaft formulierte die Landesarbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern Mecklenburg-Vorpommerns im Februar diesen Jahres Zielstellungen für die Verkehrspolitik. In dem Forderungskatalog, der bei der Erarbeitung des Verkehrskonzeptes und damit der Umsetzung des Antrages eine wichtige Rolle spielen sollte, heißt es unter anderem: „Für die Wirtschaftsentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern ist ein leistungsfähiges Verkehrsinfrastrukturnetz, welches in das Transeuropäische Netz integriert ist, unverzichtbar.“ Gefordert wird unter anderem: „Von allen Wirtschaftsstandorten, insbesondere den Oberzentren, müssen die Verkehrsknoten und Metropolregionen Berlin und Hamburg sowie die mitteldeutsche Industrieregion um Magdeburg und Leipzig schnell und wirtschaftlich auf den Verkehrsträgern Straße und Schiene erreicht werden können. Gleichermaßen ist die Erreichbarkeit der polnischen Wirtschaftsregionen sicherzustellen.“

Vorgeschlagen werden Maßnahmen für die Entwicklung überregionaler und regionaler Verkehre – Angebote, die in unsere Debatte aufgenommen werden müssen. Ich verhehle jedoch dabei nicht, dass ich entgegen manch anderer Vorschläge dem Ausbau der Schieneninfrastruktur Priorität einräume. Liest man diesen Forderungskatalog aufmerksam, wird man übrigens einen Hinweis auf den Transrapid, meine sehr verehrten Damen und Herren, nicht finden. Man findet dagegen zum Beispiel die Forderung, die Stadt- und Umlandlinien des ÖPNV an die Fahrpläne des Eisenbahnfernverkehrs anzupassen. Man findet die Forderung nach attraktiven Zubringerverkehren von Oberzentren des Landes zu Fernreiseknotenpunkten. Man findet die Forderung nach dem Ausbau der Hinterlandanbindung der Häfen per Straße und Schiene. Man findet die Forderung nach einem Verkehrswegeausbauprogramm für Mecklenburg-Vorpommern auf der Grundlage einer aktuellen Zustandsanalyse. Ähnliche Vorschläge und Forderungen finden sich auch in dem „Maßnahmekatalog zur Verbesserung der Erreichbarkeit der Region Mecklenburgische Seenplatte“, zusammengestellt vom zuständigen Regionalen Planungsverband.

Zahlreiche Vorschläge liegen also auf dem Tisch. Vieles mehr gebe es zu bedenken, so zum Beispiel die Auswirkungen möglicher internationaler Großflughäfen in Berlin-Schönefeld oder Stendal auf das Luftverkehrskonzept des Landes Mecklenburg-Vorpommern oder die Frage, ob

sich die Verkehrsminister der Länder gegenüber dem Bund mit ihrer Forderung nach Erhöhung der Regionalisierungsmittel wirklich durchsetzen können, oder die Auswirkungen weiterer Übertragungen von Strecken im Schienenpersonennahverkehr an private Anbieter auch hinsichtlich der Einhaltung von tariflichen und arbeitsrechtlichen Standards und vieles andere mehr.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der vorliegende Antrag bietet also die Möglichkeit, für unser Land ein modernes Verkehrskonzept zu erarbeiten, das erstens ein ökonomisches Ziel verfolgt, nämlich Voraussetzungen für eine aktive Wirtschaftspolitik schafft, zweitens ein soziales Ziel verfolgt, nämlich Mobilität für alle Bevölkerungsgruppen sichert, und drittens ein ökologisches Ziel verfolgt, nämlich Möglichkeiten schafft, den motorisierten Individualverkehr zu verringern und trotzdem Mobilität zu sichern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, im Vorfeld der Landtagssitzung wurde auch die Frage gestellt, ob angesichts des drohenden Wahlkampfes eine Erarbeitung eines solchen Konzeptes bis zum Juni 2002 überhaupt noch möglich erscheint, auch angesichts der Tatsache, dass ressortübergreifendes Handeln gefragt ist. Ich meine, es liegt an uns selbst, dafür zu sorgen, dass dieser Antrag nicht der Diskontinuität anheim fällt, schließlich braucht unser Land auch nach dem September 2002 ein modernes Verkehrskonzept. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS –
Caterina Muth, PDS: Wohl wahr!)

Präsident Hinrich Kuessner: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst der Wirtschaftsminister Herr Ebnet. Bitte sehr, Herr Minister.

Minister Dr. Otto Ebnet: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ein unbekannter Autor hat mal gesagt: Von Jahr zu Jahr braucht man weniger Zeit, um über den Ozean, aber mehr Zeit, um ins Büro zu kommen.

(Angelika Gramkow, PDS: Richtig. –
Barbara Borchardt, PDS: Manche
sind gar nicht so traurig darüber.)

Jetzt ist das woanders schlimmer als in Mecklenburg-Vorpommern und ich glaube, glücklicherweise ist bei uns die Situation nicht so dramatisch wie in manch anderen Ballungsgebieten.

(Angelika Gramkow, PDS: Wenn ich noch einen
Fahrradweg hätte, dann wäre das viel besser.)

Und bei uns tut sich auch was. Die Verkehrsbedingungen verbessern sich von Jahr zu Jahr und die Fahrzeiten durch das Land reduzieren sich spürbar. Wer von Schwerin nach Rostock fährt, der merkt das ganz deutlich.

Meine Damen und Herren, ich glaube, wir sind uns einig, wir brauchen eine leistungsfähige Infrastruktur für die Menschen im Land, für die Touristen, die wir nicht vergessen dürfen, und für die Wirtschaft. Und wir alle wissen, Infrastruktur ist nicht nur ein wichtiger Standortfaktor für unsere hier ansässige Wirtschaft, sondern wir wollen schließlich auch potentielle Investoren überzeugen, dass sie zu uns kommen und Arbeitsplätze schaffen. Und wenn wir das wollen, dann müssen wir eins beachten: Wir müs-

sen den Bedürfnissen der Wirtschaft gerecht werden. Die Wirtschaft ist hier darauf angewiesen, dass sie konkurrenzfähig bleibt. Wenn sie nicht konkurrenzfähig bleibt aufgrund der Verkehrsbedingungen, dann geht sie oder sie geht unter oder sie kommt gar nicht erst zu uns. Und all das kostet Arbeitsplätze, die wir schließlich erhalten beziehungsweise bekommen wollen.

Und weil das so ist, brauchen wir gut ausgebaute Verkehrswege und wir brauchen eine Verbesserung der überregionalen Verkehrsanbindung unseres Standorts Mecklenburg-Vorpommern. Daran wird mit Hochdruck gearbeitet. Überall im Land kann man das sehen. Bis 2005 sind die größeren Autobahnprojekte im Land fertig: die A 20, die Rügenanbindung, die Strelasundquerung und die Strecke bis Bergen auf Rügen, die Verlängerung der A 241 von Schwerin nach Wismar. Unsere neuen Autobahnen erhalten überdurchschnittlich viele Anschlussstellen und das dient der guten Erreichbarkeit aller Landesteile.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Kerstin Kassner, PDS)

Meine Damen und Herren, doch nicht nur bei den Autobahnen geht es voran. Die Bundes- und Landesstraßen werden weiterhin erneuert und ausgebaut. Viele neue Ortsumgehungen entstehen. Eine Reihe von Ortsumgehungen im Zuge von Bundesstraßen konnten wir bei der Bundesregierung zusätzlich – und ich sage, zusätzlich, die waren vorher nicht so geplant – durchsetzen: die sechs Ortsumgehungen Alt-Strelitz, Stralsund fünfter Bauabschnitt, Crivitz, Ribnitz, Greifswald und Anklam. Sie sehen also, hier liegt ein eindeutiger Schwerpunkt auf Vorpommern.

Meine Damen und Herren, der Bund hat für den Straßenbau in Mecklenburg-Vorpommern noch nie so viel Geld ausgegeben und zur Verfügung gestellt wie jetzt und in den nächsten Jahren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Und das gilt nicht nur für die Straße, das gilt auch für die Schiene. Auch auf der Schiene kommen wir voran. Die Strecke Schwerin – Stralsund wird abschnittsweise auf eine Geschwindigkeit von 160 Kilometer in der Stunde weiter ausgebaut. Und auch bei der Bahnverbindung Rostock – Berlin hat sich nach einigen Irritationen in den letzten Monaten doch einiges bewegt und wir werden auch nicht locker lassen. Wir haben die verbindliche Zusage von Bundesregierung und Bahn, dass die Strecke von Berlin Außenring nach Rostock bis 2006 für eine Geschwindigkeit bis zu 160 Stundenkilometern ausgebaut wird.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Und Herr Mehdorn, der Bahnchef, hat zugesagt, dass noch in diesem Jahr mit den Vorbereitungsarbeiten für die erste Baumaßnahme begonnen wird, und Baubeginn ist nach dieser Zusage im April 2002.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen
Abgeordneten der PDS – Dr. Ulrich Born, CDU:
Glauben Sie, dass Herr Ritter das gut findet?)

Herr Mehdorn hat weiter zugesagt, dass die Bahn nach der Ertüchtigung für diese Strecke wieder die Bedienung mit Fernverkehr vorsehen wird mit einer Fahrzeit unter zwei Stunden. Und dabei bin ich mit Herrn Mehdorn einig, dass dann auch der Einsatz eines ICE der neuen Generation doch das Wünschenswerte wäre.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Meine Damen und Herren, indem wir Straßen und Schienen ausbauen, stärken wir auch die Position unserer Häfen. In Mecklenburg-Vorpommern haben sich Fährverkehr und Seegüterverkehr in den letzten Jahren erfreulich entwickelt. Eine solche Entwicklung kommt natürlich nicht von selbst. Wir haben inzwischen den größten Teil der notwendigen Umstrukturierungen in unserer Hafenwirtschaft hinter uns. Wir haben viel investiert. Und ich denke, Sie werden mir alle zustimmen, es hat sich gelohnt. Wir haben seeseitige Zufahrten vertieft oder verbreitert und die Häfen entsprechen heutigen Anforderungen. Wir haben moderne Terminals errichtet, Liegeplätze ausgebaut und vieles mehr. Fast 1 Milliarde DM wurde in die Hafeninfrastruktur des Landes investiert. Die Hinterlandanbindungen unserer Häfen sind besser geworden. Davon profitieren deren Kunden und zufriedene Kunden sind die beste Voraussetzung für gute Geschäfte.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Doch, meine Damen und Herren, wir werden uns nicht auf unseren Lorbeeren ausruhen. Nur mit einer aktiven Hafenpolitik können wir dauerhaft die Voraussetzungen dafür schaffen und erhalten, dass unsere Häfen und Hafenwirtschaftsunternehmen im internationalen Wettbewerb konkurrenzfähig sind.

Meine Damen und Herren, wichtig ist auch der Flugverkehr.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

Unsere Wirtschaft braucht eine überregionale Anbindung.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Nach vielen Vorstudien und Untersuchungen haben sich die drei Ausschüsse des Landtags – die Ausschüsse für Wirtschaft, für Bau und für Tourismus – im Januar dieses Jahres dafür ausgesprochen, eine Fluglinienverbindung von Rostock-Laage – und die Ausschüsse waren damals der Auffassung, so ist es im Protokoll nachzulesen, nur von Rostock-Laage – zu einem internationalen Flughafen wie zum Beispiel Frankfurt oder München einzurichten. Die Landesregierung hat daraufhin im Entwurf zum Landeshaushalt 2002 und 2003 erstmalig die Unterstützung einer Flugverbindung von Rostock-Laage nach Frankfurt oder München berücksichtigt, nicht etwa, weil wir für die Subventionierung dieser Branche sind, sondern weil wir eine solche Fluglinie brauchen

(Sylvia Bretschneider, SPD: Nach
München haben wir die schon.)

und es für eine Anlaufphase nicht anders geht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Kerstin Kassner, PDS)

Meine Damen und Herren, ich persönlich bin der Meinung, dass dieses eine unverzichtbare Maßnahme zur Förderung, zur Stabilisierung und zur Weiterentwicklung unserer Wirtschaft und damit zur Schaffung von Arbeitsplätzen ist.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, wir bauen die Verkehrswege im Land aus und es geht deutlich voran. Nur mit leistungsfähigen Verkehrswegen werden wir es schaffen,

Mecklenburg-Vorpommern in der Perspektive zu einem modernen, attraktiven Land zu machen. Und deshalb müssen wir hier weitermachen. Ich bin gerne bereit, ein umfassendes Verkehrskonzept für Mecklenburg-Vorpommern vorzulegen, und deshalb befürworte ich den vorliegenden Antrag der Regierungsfractionen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat Herr Vierkant von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Vierkant.

Jörg Vierkant, CDU: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es geschehen noch Zeichen und Wunder. Da legen die Koalitionsfraktionen von PDS und SPD doch tatsächlich einen Antrag vor, in welchem die Landesregierung dazu aufgefordert wird, ein Verkehrskonzept für Mecklenburg-Vorpommern zu erarbeiten. Das ist ja schon einmal toll.

(Beifall Claus Gerloff, SPD –
Zuruf von Sylvia Bretschneider, SPD)

Da stellen PDS und SPD nun mehr als drei Jahre die Regierungskoalition, und jetzt dieser bahnbrechende Antrag!

(Peter Ritter, PDS: Wir sind ja auch bis zur
heutigen Sitzung nicht vorangekommen. –
Barbara Borchardt, PDS: Die sind
doch aber nicht bahnbrechend.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie Sie bemerken, kann ich mir nur schwer einen gewissen Sarkasmus verkneifen, aber Ihr Antrag enthält in meinen Augen lediglich grundlegende Selbstverständlichkeiten. Verkehrspolitik aber ist ...

(Barbara Borchardt, PDS:
Sie sind aber heute böse mit uns.)

Ja, das muss ich auch sein.

(Barbara Borchardt, PDS: Das
kennen wir ja gar nicht von Ihnen. –
Heiterkeit bei Abgeordneten der PDS)

Wer drei Jahre Untätigkeit auf dieser Strecke ...

Ich werde noch böser.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Sylvia Bretschneider, SPD: Noch böser? –
Barbara Borchardt, PDS: Das ist ja unmöglich. –
Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Verkehrspolitik aber ist kein belangloses Unterfangen. Verkehrspolitik, meine verehrten Damen und Herren, müsste elementarstes Handeln der Landespolitik darstellen und vor allem Herzensangelegenheit sein.

(Angelika Gramkow, PDS: Das hat
ja der Minister gerade bewiesen. –
Zuruf von Heidemarie Beyer, SPD)

Dass dieses nicht der Realität entspricht, erleben wir täglich, wenn wir auf den Straßen und Schienen in Mecklenburg-Vorpommern unterwegs sind.

Ich gebe Ihnen ja Recht, wenn Sie in Ihrem Antrag fordern, dass die Entwicklung des Straßenverkehrs, des Schienenverkehrs, des Luftverkehrs und der Schifffahrt miteinander zu verknüpfen sind. Allerdings sollte diesen hehren Zielen dann auch konkretes Handeln folgen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es. –
Dr. Berndt Seite, CDU: Ja.)

Doch wenn ich mir unsere tatsächliche verkehrspolitische Situation vor Augen führe, dann wird mir schnell klar, dass hier einiges im Argen liegt.

(Peter Ritter, PDS: Deswegen steht ja auch „soll verknüpft werden“ und nicht „ist verknüpft“.)

Nennen will ich an dieser Stelle den Transrapid,

(Heiterkeit und Unruhe bei Abgeordneten
der PDS – Zuruf von Barbara Borchardt, PDS)

den Sie mit abweisenden politischen Signalen an die Wand gefahren und außer Landes geschickt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Unruhe bei Abgeordneten der PDS)

Ja, ja, immer auf das Schlimme.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten
der PDS – Barbara Borchardt, PDS:
Nee, das ist schon lächerlich.)

Aber dieser Vorwurf wird Sie noch lange verfolgen.

(Barbara Borchardt, PDS: Welcher? –
Kerstin Kassner, PDS: Jaja.)

Das war der verkehrspolitische Super-GAU in unserem Land.

(Peter Ritter, PDS: Dieser Vorwurf wird aber
die Verkehrsprobleme des Landes nicht lösen.)

Wir hatten die großartige Chance, das modernste und zukunftssträchtigste Verkehrsmittel in unserem Land zu realisieren.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Welche Bedeutung andere Länder dem Transrapid beimessen,

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

das sehen Sie an den Anstrengungen Bayerns und Nordrhein-Westfalens, die alles, aber auch wirklich alles daransetzen, das Projekt als Flughafenzubringer

(Angelika Gramkow, PDS: Seit 20 Jahren
wollen sie das realisieren. Warum haben
sie das eigentlich nicht gemacht?)

beziehungsweise als Verbindung zwischen den Verkehrsknoten im Ruhrgebiet in die Tat umzusetzen.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU)

Zu dieser Thematik haben wir uns nicht nur einmal hier im Landtag auf Antrag ...

(Dr. Ulrich Born, CDU: Jetzt können wir
doch wenigstens von den Chinesen lernen.)

Ja, aber auch das scheint hier nicht zu greifen.

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Zu dieser Thematik haben wir uns nicht nur einmal hier im Landtag auf Antrag meiner Fraktion beschäftigt.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten
der SPD, CDU und PDS)

Insbesondere seitens der PDS wurde dabei alles daran gesetzt, um dem Land verkehrspolitischen Schaden zuzufügen.

(Barbara Borchardt, PDS: Welchen Einfluss wir
haben! Das haben wir gar nicht gewusst, wa?!)

Diese Tatsache bitte ich immer vor Augen zu haben, wenn Sie vorliegenden Antrag sehen.

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, was die Entwicklung des Schienenverkehrs angeht, vergeht kaum eine Woche, in der wir nicht von Streckenstilllegungen, Bahnbetriebswerksschließungen und Entlassungen erfahren müssen. Und wie immer, wenn es um essentielle Fragen der Verkehrsinfrastrukturentwicklung geht, ist das Land beziehungsweise die Landesregierung in der Pflicht, als starker Verhandlungspartner im Bund und bei der Bahn aufzutreten. Ich will ja gar nicht verkennen, dass es hierbei den einen oder anderen Aufschrei gegeben hat.

(Barbara Borchardt, PDS: Nicht nur einen!
Wir waren auch in Berlin, alle Mann.)

Letztendlich aber hat unser Land wieder und wieder untätigst den Kürzeren gezogen. Unter nachhaltigem Engagement, Konsequenz und Zähigkeit verstehe ich jedoch etwas anderes. Die Ergebnisse erfolgreicher Politik können sich doch nicht permanent in Regionalisierungen, Schließungen und Streichorgien äußern, wie wir sie beispielsweise vor kurzem wieder bei den Interregioverbindungen im Land erlebt haben. Ich denke dabei nur an die Strecke Rostock–Berlin, die im Rahmen der Zugeständnisse für die Steuerreform erst ausgebaut, dann als Interregioverbindung betrieben werden sollte und, Ergebnis, heute als Regionalexpress – ich betone, Express – mit einer Fahrzeit von mehr als drei Stunden die Reisenden abschreckt. Das, meine Damen und Herren der Regierungskoalition, sind die Realitäten Ihres aktuellen Verkehrskonzeptes.

Und wenn ich mir hierzu ganz frisch „Die Welt“ vom vergangenen Montag hernehme, dann ist dort zu lesen, dass die Strecke zwischen Hamburg und Berlin bis zum Jahr 2005 ICE-gerecht ausgebaut wird. Und sie wird nach den Planungen im Anschluss mit einer Geschwindigkeit von bis zu 230 Kilometern pro Stunde befahren werden können.

(Dr. Ulrich Born, CDU: An Mecklenburg-
Vorpommern vorbeirauschen.)

Klar ist dann allerdings auch, wenn ich mir die Fahrzeit ansehe – denn es ist eine Fahrzeit von eineinhalb Stunden eingeplant –, dass es in Mecklenburg-Vorpommern wohl keine Haltepunkte geben kann.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist
der Erfolg dieser Landesregierung.)

Der ICE wird den kurzen Weg über Uelzen in Niedersachsen nehmen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es. –
Zuruf von Georg Nolte, CDU)

Offenbar wurden hier wiederum am Land vorbei bereits planerische Fakten geschaffen.

(Zuruf von Sylvia Bretschneider, SPD)

Es wird daher höchste Zeit, dass die Landesregierung gegenüber der Bundesregierung und der Deutschen Bahn

(Sylvia Bretschneider, SPD:
Das ist ja 'ne tolle Argumentation.)

die berechtigten Interessen des Landes deutlich macht und die Einbindung in das deutsche ICE-Netz endlich voll-

zogen wird. Mecklenburg-Vorpommern darf nicht länger ein weißer Fleck auf der Landkarte bleiben.

(Barbara Borchardt, PDS: Dafür haben wir Sie doch. Da ist doch genug Schwarz zu sehen.)

Auch zu dieser Thematik könnte ich auf einige Anträge meiner Fraktion aus dieser Legislaturperiode verweisen,

(Zurufe von Sylvia Bretschneider, SPD, und Volker Schlotmann, SPD)

die Ihnen mit der Intention eines Verkehrskonzeptes vorgelegt worden sind und dann mit den Stimmen Ihrer Fraktionen abgelehnt wurden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bei der dringend notwendigen Ansiedlung neuer Unternehmen und der Schaffung neuer Arbeitsplätze ist eine leistungsfähige, moderne, gut ausgebaute und an den Entwicklungszielen der einzelnen Regionen orientierte Verkehrsinfrastruktur eine unverzichtbare Voraussetzung.

(Zuruf von Sylvia Bretschneider, SPD)

Vor dem Hintergrund der bevorstehenden Osterweiterung der Europäischen Union wird es eine wirtschaftsgeographische Aufwertung des Standortes Mecklenburg-Vorpommern geben.

(Peter Ritter, PDS: Sehen Sie! Darauf müssen wir uns einstellen und dafür brauchen wir ein Konzept.)

Wir erhalten die Chance, wirtschaftliche Entwicklungsimpulse aus einer Drehscheibenfunktion im Nord-Süd- und Ost-West-Verkehr zu ziehen. Die verkehrspolitische Zielsetzung muss sich an diesen Prämissen orientieren. Die Wirtschaftsstandorte des Landes müssen schnell und wirtschaftlich auf den Verkehrsträgern Straße und Schiene mit den Metropolregionen Berlin und Hamburg sowie den mitteldeutschen Industrieregionen Magdeburg, Erfurt, Leipzig, Dresden verbunden werden. Gleichermaßen ist die Erreichbarkeit der polnischen Wirtschaftsregionen sicherzustellen. Im Bereich der Wasserwege sind insbesondere die Verkehre mit Schwerpunkt Skandinavien und Osteuropa auszubauen. So werden wir besser am europäischen Wirtschafts- und Handelswachstum partizipieren können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, für ein Flächenland, wie es Mecklenburg-Vorpommern ohne Zweifel nun einmal ist, haben insbesondere auch die Erschließung und der konsequente Ausbau des Netzes an Land-, Kreis- und kommunalen Straßen eine herausragende Bedeutung. Machen Sie sich zudem stark für ein beschleunigtes Fertigstellen der Verkehrsprojekte Deutsche Einheit und setzen Sie alles daran, dass das Umgehungsstraßenprogramm des Bundesverkehrswegeplanes schnellstens Realität wird!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die von mir vorgestellten Punkte, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind als Orientierung für das geforderte Konzept gedacht. Ich habe die Hoffnung noch nicht ganz aufgegeben, dass die Landesregierung vielleicht doch noch die Verkehrspolitik als ein zentrales Thema ihrer Politik anerkennt und entsprechendes Handeln in der Praxis zeigt.

(Sylvia Bretschneider, SPD: Das ist aber fein.)

In froher Hoffnung wird meine Fraktion Ihrem Antrag zustimmen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS: Ooh!)

Präsident Hinrich Kuessner: Frau Kassner, Sie haben das Wort. Erst Frau Kassner von der PDS-Fraktion und dann kommen Sie, Herr Gerloff. Es ist alles wohlüberlegt. Bitte sehr, Frau Kassner.

Kerstin Kassner, PDS: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dass eine Jungfernrede die erste Rede des Abgeordneten ist, wissen alle. Aber wie nennt man nun die letzte Rede eines Abgeordneten? Dafür gibt es, glaube ich, noch keinen Namen. Ich denke aber, ich habe in den letzten elf Jahren viele spannende Themen – auch zur Verkehrspolitik – hier mit den Abgeordneten, mit vielen von Ihnen diskutieren können, und ich glaube, wir haben deutlich gemacht, dass für uns Verkehrspolitik nicht alleine die Frage der Straße ist, sondern dass da für uns eine Verknüpfung von mehreren Möglichkeiten, von allen Möglichkeiten dazugehört. Und dass uns das Herzensangelegenheit ist, Herr Vierkant, ich glaube, da sind wir alle in einem Boot,

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

denn wir haben alle in unseren Kreisen dafür zu sorgen, dass die Infrastruktur stimmt, und ich denke mal, das müsste uns allen ein gemeinsames Anliegen sein.

(Rainer Pracht, CDU: Das hat man bei der A 20 gemerkt. Das war eindeutig Herzensangelegenheit.)

Sicher werden Sie sich nicht wundern, wenn ich heute auch bei meiner letzten Rede die Betrachtung zu dem Verkehrskonzept für Mecklenburg-Vorpommern ein wenig mit dem besonderen Auge der Rügänerin betrachte.

Sie wissen, wir haben an dieser Stelle schon regelmäßig über die Bedeutung einer leistungsfähigen Infrastruktur für eines unserer wichtigsten Standbeine, den Tourismus, gesprochen. Klar ist natürlich auch, beim Stichwort „Rügen“ denkt jeder an die zweite Rügenanbindung. Und glauben Sie mir, ich werde dafür sorgen, dass der Zeitplan eingehalten wird und diese zweite Rügenanbindung planmäßig dann auch nutzbar sein wird.

(Beifall Götz Kreuzer, PDS)

Von nicht minderer Bedeutung für die Zukunft Rügens allerdings ist auch die Entwicklung des Schiffsverkehrs, besonders natürlich für unseren Fährhafen Saßnitz-Mukran. Die meisten von Ihnen wissen, dass die Eisenbahnfährverbindung von Mukran nach Klaipeda in Litauen bereits 1986 in Betrieb genommen wurde. Nach der Wende hat der Fährhafen es geschafft, einen wichtigen Platz im internationalen Personenverkehr nach Schweden, Bornholm oder ins weitere Baltikum, vor allem aber auch im Frachtverkehr ins Baltikum und in die GUS-Staaten einzunehmen, und das auch mit massiver Unterstützung durch unser Land.

Das Besondere an diesem Umschlagsort ist die Tatsache, dass in Mukran eben direkt auf Breitspurwagen geladen wird, die mit der Ware dann direkt zum Empfänger ins Baltikum, nach Russland und vielleicht auch bald nach Finnland fortlaufen. Das macht den Weg für viele besondere Gutarten interessant, zum Beispiel Maschinen und Fahrzeuge, aber auch Projektladungen, die bei uns in Mukran dann komplettiert, verpackt und geschlossen werden, aber auch für temperaturgeführte Güter, also

Kühlmaschinenzüge. Zudem nimmt der Hafen Saßnitz-Mukran gerade an Bedeutung zu aufgrund der aktuellen Diskussion zur Fehmarnbeltquerung. Eine derartige feste Querung würde mit einiger Sicherheit ganz erhebliche negative Auswirkungen auf die Hafenstandorte Mecklenburg-Vorpommerns, vor allem jedoch auf Rostock oder Wismar haben.

Meine Damen und Herren, ich denke, wir haben in Mecklenburg-Vorpommern nur die Chance, uns im Wettbewerb mit anderen Hafenstandorten als die attraktive Alternative anzubieten, wenn es uns gelingt, die vorhandenen Kapazitäten effektiv miteinander zu verknüpfen, um dadurch logistische Vorteile zu erreichen. Der prognostizierte Anstieg der Gütertransportvolumina fordert geradezu solche Verkehrssysteme heraus, die Schiene, Schiff und Straße eben mit einbeziehen.

Durch die Insellage und damit auch die allzu schnelle Endlichkeit der Flächen sind wir auf Rügen ganz besonders gezwungen, kreative Lösungen zu finden.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Deshalb freuen wir uns auf eine klare Aussage durch die Landesregierung, wohin die Fahrt gehen soll. Für uns wird es darauf ankommen, dass wir das mit den Bedingungen auf unserer Insel Rügen dann so verknüpfen, dass für die Rügauer und ihre Gäste das Beste dabei herauskommt.

(Barbara Borchardt, PDS: Aber Mecklenburg-Vorpommern ist größer.)

Ich habe in den letzten elf Jahren, liebe Kolleginnen und Kollegen, eine ganze Menge gelernt. Besonders die Arbeit in den Ausschüssen hat mir dabei sehr viel gegeben und auch sehr viel Spaß gemacht. Die Erfahrungen, die ich hier gesammelt habe, werden mir sicherlich bei meiner zukünftigen Arbeit helfen. Und eins können Sie wissen: Die Verbindungen hier in den Landtag werden bestehen bleiben, das werde ich in meiner zukünftigen Funktion ganz sicher pflegen,

(Angelika Gramkow, PDS: Ausnutzen.)

denn Sie wissen, manchmal heißt es ja, Rügen gehört zu Südschweden. Aber ich bin da ganz anderer Meinung.

(Heiterkeit bei Dr. Gerhard Bartels, PDS: Autonome Inselrepublik.)

Diese Insel gehört zu einem der schönsten Teile unseres doch so charmanten Landes.

Ich möchte mich an dieser Stelle bei allen Kollegen bedanken. Herzlichen Dank besonders auch an die Mitarbeiter unserer Fraktion, aber auch ein ganz besonderer Dank an alle Mitarbeiter der Verwaltung des Landtages, die uns die ersten schweren Stunden hier wirklich leicht gemacht haben, die uns auch mit unseren Sorgen und Problemen nicht alleine gelassen haben. Schon das freundliche Lächeln an jedem Morgen hat uns den Weg hierher ein wenig leichter gemacht. Sie waren nett und freundlich und haben mit unseren Unzulänglichkeiten gelebt.

Ich habe einmal nachgeguckt, womit ich den Einstieg hier im Landtag gewagt habe. Ich habe damals ein paar Worte zur Geschäftsordnung gesagt. Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe mit dem, was ich damals gesagt habe, gründlich danebengelegt.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Also, das sollte vielleicht allen Mut machen, die anfangen, sollte zeigen, dass man doch eine ganze Menge lernen kann, dass es auch viel Spaß macht zu lernen. Jeder ist, glaube ich, entwicklungsfähig.

(Angelika Gramkow, PDS: Man kann auch was werden, ne, Kerstin?!)

Ich freue mich jetzt auf meine neue Aufgabe, weiß aber auch eins genauso gut: Dass ich diesen ganzen Laden hier auch ein wenig vermissen werde. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, PDS und Martin Brick, CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Schönen Dank, Frau Kassner.

Ich will jetzt keine Worte des Abschieds sagen, denn Sie müssen ja noch hier im Präsidium arbeiten

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

und wir haben dann noch mal Gelegenheit, Ihnen unseren Dank, Worte des Abschieds und für die neue Arbeit zu sagen.

Ich setze die Diskussion hier erst einmal fort. Das Wort hat der Abgeordnete Herr Gerloff von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Herr Gerloff.

Claus Gerloff, SPD: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Man merkt es doch, Abschied nehmen fällt immer schwer. Alles Gute, Frau Kassner!

Eine Vorbemerkung an Herrn Vierkant: Alle bisherigen Wirtschaftsminister haben ihre Verkehrskonzepte zum Ende der Legislaturperiode vorgelegt:

(Sylvia Bretschneider, SPD: Hört, hört!)

Herr Lehment, F.D.P., im Juni 1994 und Herr Seidel, CDU, im Juli 1998.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS – Barbara Borchardt, PDS: Ist ja komisch. – Zurufe von Angelika Gramkow, PDS, und Peter Ritter, PDS)

Ziel unserer Verkehrspolitik muss es sein, die Voraussetzungen für die Mobilität für alle gesellschaftlichen Bereiche zu schaffen und zu erhalten. Unsere Gesellschaft lebt von der Mobilität. Mobilität müssen wir zwar wegen begrenzter Ressourcen mit Blick auf die nachfolgenden Generationen verantwortungsvoll gestalten, aber wir müssen sie vor allem gewährleisten.

Die Verkehrsträger haben sich in der Vergangenheit unkoordiniert nebeneinander her entwickelt, zum Teil sogar ideologisch bekämpft. In kurzen Zeitabständen wurden neue politische Schwerpunkte gesetzt und Haushaltsmittel dem jeweils bevorzugten Verkehrsträger zugewiesen.

Angesichts der begrenzten Leistungsfähigkeit der Verkehrssysteme und der zunehmenden Umweltbelastung ist ein Umdenken dringend geboten. Ziel einer neuen Verkehrspolitik muss es sein, die Integration der Verkehrssysteme unter Einbeziehung aller Verkehrsträger zu optimieren. Forderungen an die Verkehrspolitik sind deshalb:

- Entwickeln langfristiger, von der jeweiligen Haushaltslage unabhängiger Finanzierungskonzepte als Grundlage für Verkehrsinfrastruktur und Verkehrsmanagementplanningen,

- verbesserte Attraktivität und Leistungsfähigkeit des ÖPNV,
- Gestalten der Verknüpfungspunkte der so genannten Schnittstellen und
- Förderung von Park-and-ride-Anlagen.

Ein solcher Bedarf entsteht zunehmend an Autobahnanschlussstellen. Diese Verkehrsteilnehmer verhalten sich vernünftig – natürlich aus Kostengründen. Die Einführung der verkehrsmittelunabhängigen Entfernungspauschale ab 1. Januar diesen Jahres forciert diese Entwicklung. Wir sollten dies verkehrspolitisch fördern und den Bau oder die Nachrüstung von Fahrgemeinschaftsparkplätzen bei unseren Straßenplanungen berücksichtigen.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

Doch jetzt einige Ausführungen zu den einzelnen Verkehrsträgern.

Der Verkehrsträger Straße hat, auf die Infrastruktur bezogen, mit Abstand die erfolgreichste Entwicklung genommen. Hierbei ist auch eine erstaunliche Kontinuität zwischen den bisherigen Konzepten und deren Umsetzung zu verzeichnen. Ob die Ost-West-Achse A 20, der Rügenzubringer oder die A 241, diese wichtigen Verkehrsachsen haben ihre gesicherte Einbindung in Planungs- und Realisierungsabläufe. Erste wichtige Abschnitte sind bereits in Betrieb oder stehen ganz kurz davor.

Ebenso erfolgreich zeigt sich der Ausbau des Bundesstraßennetzes. Hierbei wurde allerdings zu spät erkannt, dass zu einem komplexen Straßenausbau auch von Anfang an die notwendigen verkehrssicherheitstechnischen Vorkehrungen gehören. Die Korrektur ist inzwischen angegangen worden, was ein differenzierteres Geschwindigkeitsregime, Fahrbahnmarkierungen, eine sinnvolle Beschilderung und den Einbau von Leitplanken betrifft.

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Rückstände haben wir nach wie vor bei den Landes- und Kommunalstraßen nicht nur bei deren Ausbau, sondern vor allem bei deren Unterhalt. Leider haben wir auch viel zu wenig Ortsumgehungen gebaut, wenn wir an den Bedarf von 45 Ortsumgehungen allein im vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplanes denken, von denen bisher nicht mal ein Dutzend fertig ist. Aber für die Ortsumgehungen haben wir im letzten Jahr vom Bund einen Nachschlag erhalten im Ergebnis bestimmter positiver Ereignisse wie Zinsersparnisse durch den Verkauf von UMTS-Lizenzen, für das Steuerreformgesetz und mit dem Zukunftsinvestitionsprogramm der Bundesregierung.

Ein Wort zur A 14: Zweifellos ist für uns die A 14 das wichtigste Straßenbauvorhaben, welches wir in den vordringlichen Bedarf des nächsten Bundesverkehrswegeplanes bringen müssen.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

Durch den Planungsraum zwischen Ludwigslust und Magdeburg – jetzt noch das größte Autobahnloch Deutschlands – rollen Verkehrsströme der europäischen Nord-Süd-Achse, die wir nicht an unsere Konkurrenz verlieren dürfen.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

Ja, ein Loch muss nicht ein Loch bleiben. Das sollte hoffentlich bald allen klar sein.

(Heiterkeit und Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Angelika Gramkow, PDS:
Das stimmt. Da hat er Recht.)

Wenn wir heute ein neues Verkehrskonzept für Mecklenburg-Vorpommern fordern, dann ist es auch Zeit, Bilanz zu ziehen. Wie weit sind wir bisher in der Umsetzung bisheriger Konzepte gekommen und wie weit müssen wir unsere Vorstellungen auch korrigieren? Dies gilt ganz besonders für den Schienenverkehr, der seit Jahren unser Sorgenkind ist.

Um einmal auf andere Art das Problem zu verdeutlichen, wo wir mit diesem Verkehrsträger heute stehen, zwei kurze Zitate: Zunächst Wirtschaftsminister Lehment vom Juni 1994 aus dem erwähnten Konzept „Grundlagen und Perspektiven des Verkehrs Mecklenburg-Vorpommern“: „Der Wirtschaftsminister fordert zur Sicherung der Grundversorgung der Bevölkerung und zur Belebung des Wirtschafts- und des Ferienverkehrs einen niveauvollen Anschluß an das schnellbefahrene Netz durch die Weiterführung von IC-Linien, die bislang in Berlin enden, in den vorpommerschen Raum ...“ Ende des Zitats. Das wäre aber doch gar nicht so schlecht gewesen. Doch jetzt eine Aussage vom 3. Februar 2000, damals quasi als Nachruf zum Transrapid aus meinem Mund: „Auch heute besteht die Gefahr, Hightech an Bahntechnik zu verpassen und bei dritt- oder viertklassigen Bahnen zu landen –“

(Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es.)

„kein Transrapid im Land,“

(Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es.)

„kein ICE, kein IC. ... Uns bleiben einige wenige Interregioverbindungen. ... ansonsten also nur Schienenpersonennahverkehrsangebote ...“

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr wahr.)

Aber ich muss feststellen, so ganz verkehrt war das damals nicht gesagt.

Für den Schienenverkehr brauchen wir eine völlig neue Konzeption. An erster Stelle stehen dabei die Nord-Süd-Verbindungen, und zwar in einer europäischen Dimension. Leider müssen wir kleine Brötchen backen, solange wir hierbei der Unternehmenspolitik der Deutschen Bahn AG ausgeliefert sind, was den Fernverkehr betrifft,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Und die PDS angeht.)

und die Bundesregierung uns im Grunde nicht ausreichend hilft, die jetzige nicht, aber auch die davor nicht.

Wir haben dies hier alles hintergründig diskutiert. Änderungen sind leider nicht in Sicht. Ausnahme ist das positive Signal der Verbindung Berlin – Rostock, aber das reicht nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Bundesverkehrsminister Kurt Bodewig ist zwar hoffnungsvoll an den Start gegangen, aber jetzt selber zum Frosch geworden,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

der nicht will, dass der Tümpel trockengelegt wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Kurzum, und Sie werden verstehen, warum ich das so sage, eine reale Trennung von Netz und Betrieb wird es leider so bald nicht geben.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Der Herr Ritter guckt aber gar nicht fröhlich drein.)

Ausgenommen bleiben europäische Entwicklungen. Überraschungen von dort sind jederzeit möglich – positiv wie negativ –, wie die kürzlich erklärte Unterstützung für eine feste Fehmarnbeltquerung durch die EU.

Zum Schluss noch eine Bemerkung zum Luftverkehr, auch hierzu ein Zitat, Lehment, 1994, weil es amüsant ist: „Der Wirtschaftsminister fördert den Aufbau von Fluglinienverkehr, sonstigem gewerblichem Luftverkehr sowie Werks- und Geschäftsluftverkehr, um die Verbindung zwischen Bevölkerung-, Industrie- und Handelszentren in den Regionen des Landes mit Flugzielen im Inland wie im Ausland sicherzustellen.“ Ende des Zitats. Bisher hat das alles noch nicht so richtig geklappt. Ich frage mich: Warum fliegen die Leute bloß so wenig?

Mit dem Haushaltsentwurf 2002/2003 ist die Anschubfinanzierung einer Fluglinie vom Flughafen Rostock-Laage zu einem internationalen Verkehrsflughafen vorgesehen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Ich hoffe, wir werden uns wenigstens über diesen ersten Schritt verständigen können.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja, das müssen Sie zur PDS sagen. Wir haben da kein Problem mit.)

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 3/2318.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Der Ministerpräsident war gar nicht begeistert davon. – Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Wer diesem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 15:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Entwicklung der Hochschulklinika in Mecklenburg-Vorpommern, auf Drucksache 3/2312(neu).

**Antrag der Fraktion der CDU:
Entwicklung der Hochschulklinika
in Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 3/2312(neu) –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Schnoor von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Frau Schnoor.

Steffie Schnoor, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Hochschulen im Land befinden sich an einem Wendepunkt. Darüber haben wir ja gestern bereits ausführlich miteinander debattiert. Die Hochschulklinika sind bekanntermaßen Bestandteil dieses Strukturwandels, doch, meine Damen und Herren, der Strukturwandel hat dort längst begonnen.

Sie erinnern sich sicherlich – genau wie ich – an die Debatten um die Privatisierung des Greifswalder Klini-

kums Ende 1999/Anfang 2000. Und infolge dieser Debatten hat sich dann der Senat der Greifswalder Universität für die Bildung einer Anstalt öffentlichen Rechts ausgesprochen. Eine Arbeitsgruppe von Landesregierung und Universitäten wurde daraufhin gegründet, um eine Überführung der Hochschulklinika in eine neue Rechtsform vorbereiten zu können. So ist dies im Gegensatz zur Antwort des Bildungsministers auf eine kleine Anfrage meines Kollegen Harry Glawe auf Drucksache 3/2304 vom 1. Oktober dieses Jahres nicht ausschließlich Sache der Universität beziehungsweise des Klinikums, dieses in eine neue Rechtsform zu überführen. Über die Teilnahme in der Arbeitsgruppe will die Landesregierung schon ein Wörtchen mitreden – und so sagt es ja auch das neue Landeshochschulgesetz –, letztendlich wie bei allen Dingen, die Hochschule, Medizinische Fakultäten und Kliniken betreffen.

Aber eben weil die Hochschulen vor einem Strukturwandel stehen, weil sie zum Teil mittendrin sind, wollen wir von der Landesregierung wissen, wie sie sich die Zukunft der Hochschulklinika, wie sie sich im Rahmen der Hochschulautonomie die Entwicklung der Hochschulklinika und das Verhältnis zur Medizinischen Fakultät vorstellt. Dabei werden dann viele Probleme offenbar, die uns heute in der Gestalt der Verhandlungen zwischen Landesregierung und Universität Rostock zur Zahnmedizin in vielen Facetten begegnen.

Meine Damen und Herren, nachdenklich stimmen mich Formulierungen aus dem Bildungsministerium wie ihre Bemerkungen zur Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses zur Zahnmedizin vom 18. September dieses Jahres, dass künftig ein „vollständiger Globalhaushalt ohne Stellenplanbindung derzeit ausgeschlossen wird“. Meine Damen und Herren, welche Folge hat eine solche Aussage für die Entwicklung der Hochschulklinika und für die Medizinischen Fakultäten, ganz zu schweigen für die Hochschulen in Gänze? Das sind Fragen, zu denen sich der Landtag, zu denen sich die Betroffenen mehr Klarheit wünschen. Natürlich würden wir es gerne sehen, wenn die beiden Universitäten unabhängig von den Vorstellungen des Landes ihre Medizinischen Fakultäten entwickeln und dabei auch die Klinika einbeziehen können.

Meine Damen und Herren, die Zeit schreitet ins Land. Mittlerweile sind fast zwei Jahre vergangen und wir wissen immer noch nicht, nach welchen Modellen Sie die Klinika in eine neue Rechtsform überführen wollen. Wollen Sie nun ein integratives Modell oder wollen Sie ein kooperatives Modell bei der Anstalt öffentlichen Rechts? Warum wollen Sie im Landeshochschulgesetz in der so genannten Experimentierklausel nur eine Ermächtigungsklausel verankern, mit der Sie über eine Rechtsverordnung die Rechtsformänderung vornehmen können?

Meine Damen und Herren, die Erfahrungen aus Nordrhein-Westfalen sagen uns deutlich, dass mit einer Rechtsverordnung nichts auf den Weg gebracht wird. Aus diesem Grunde halten wir ein Errichtungsgesetz, bei dem auch der Landtag ein Mitspracherecht hat, für den sinnvolleren und konsequenteren Weg zur Überführung der Hochschulklinika in eine neue Rechtsform.

Meine Damen und Herren! Bei den Diskussionen über die Zukunft der Hochschulklinika sind natürlich auch die Investitionen zu berücksichtigen, denn sie stellen die Grundlage für die Zukunft dieser Kliniken. Landesregierung und Universität Greifswald haben dazu Anfang der

Woche einen Vertrag geschlossen, Sie konnten dies den Medien entnehmen, der in Gänze eine Reduzierung des Investitionsvolumens um zehn Prozent zur Folge hat und viele Baumaßnahmen über das Jahr 2011 hinaus verlagert. Damit hat die Landesregierung nicht ihre im Hochschulgesamtplan des Jahres 1997 vorgesehene Investitionszusage eingehalten. Zu würdigen ist – und so bescheiden sind wir bei dieser Landesregierung ja schon geworden –, dass die Universität statt 400 Millionen DM bis 2008 nun doch 460 Millionen DM einsetzen kann, dass die Bauplanungen und Bauvorhaben nun forciert und umgesetzt werden können.

Allerdings, meine Damen und Herren, bemerkenswert im negativen Sinn ist eine andere Tatsache. Erstmals räumte der Staatssekretär im Finanzministerium ein, dass in den kommenden Jahren am Hochschulbaukorridor Einschränkungen vorgenommen werden müssen. Grundlage für diese Aussage ist die Studie zur Prognose der Entwicklung der Studentenzahlen vom Januar 2001. Meine Damen und Herren, ich habe gestern bereits darauf hingewiesen, diese Entwicklung der Studentenzahlen ist anzuzweifeln, wie sie dort vorgelegt wurde, denn wir haben bereits erlebt: Obwohl in diesem Jahr durch die Einführung des 13. Schuljahres keine Schulabgänger aus Mecklenburg-Vorpommern an unsere Universitäten und Fachhochschulen gehen konnten, ist die Zahl der Studienanfänger nicht abgesunken. Und ich habe auch gestern darauf hingewiesen, dass einige Hochschulen bereits mit einer herben Überlast – ich habe gestern gesagt, Stralsund mit 53 Prozent Überlast – bereits jetzt ihre großen Probleme haben. Schon damals hat die CDU-Fraktion vorausgesagt, dass diese Studie nur einen Zweck hat, nämlich den, die Investitionen des Landes für die Hochschulen zurückzufahren. Das betrifft auch die Hochschulkliniken. Darum möchten wir gerne wissen, welche Einschränkungen die Hochschulkliniken hinnehmen müssen, die sich mittelfristig aus den Einschränkungen des Hochschulkorridors ergeben.

Meine Damen und Herren, ein letzter Aspekt, ein gesundheitspolitischer: Alle Gesundheitsstrukturreformen haben bis heute dazu geführt, dass die Kosten weiterhin explodieren. Das führte dazu, dass das Klinikum in Greifswald bereits bis heute 12,5 Millionen DM Defizit aufgebaut hat, eine Haushaltssperre verfügt wurde mit der Maßgabe, zwölf Prozent des Klinikhaushaltes einzusparen. Ähnlich gelagerte Probleme haben wir in Rostock zu verzeichnen. Mit der Rechtsformänderung musste natürlich sichergestellt werden, dass die gesundheitspolitischen Risiken in einem Klinikum geschultert werden können, damit die Ausbildung von Ärzten auch weiterhin gesichert wird. Es geht auf jeden Fall eines nicht, nämlich dass innerhalb eines Klinikums einem bestimmten Studiengang die Haftung für das Gesamtklinikum auferlegt wird.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Meine Damen und Herren! Viele Fragen stehen hier nach wie vor im Raum. Und aus diesem Grund würden wir gerne wissen, welche bisherigen Ergebnisse die Arbeitsgruppe zu den Hochschulkliniken vorweisen kann, welche Konsequenzen sich daraus ergeben, damit dann in der letzten Konsequenz die Universitäten und Hochschulkliniken über den richtigen Weg entscheiden können.

Meine Damen und Herren, eins möchte die CDU-Fraktion hier klarstellen: Eine mögliche Zusammenlegung der Hochschulkliniken nach dem schleswig-holsteinischen Modell sehen wir mehr als kritisch.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Was Sie sich so alles ausdenken, Frau Schnoor. – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Allein die Existenz einer solchen Möglichkeit ist für uns ein wichtiger Grund, über ein Errichtungsgesetz der Hochschulkliniken den richtigen Weg zu beschreiten, um strukturellen Fehlentscheidungen vorzubeugen, die für jede der Universitäten nicht unerhebliche Folgen hätte.

Meine Damen und Herren, ich hoffe daher sehr, dass wir nun Antworten auf diese vielfältigen Fragen erhalten, die doch von sehr großer Bedeutung für die Weiterentwicklung der Universitäten mit ihren Medizinischen Fakultäten und Kliniken ist. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Zunächst hat das Wort der Bildungsminister Herr Kaufold. Bitte sehr, Herr Minister.

Minister Dr. Peter Kauffold: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Landesregierung ist mit großem Engagement, mit hoher Kontinuität im Rahmen einer Arbeitsgruppe von Staatssekretären, in enger Kooperation mit den Hochschulen und unter Einbeziehung externer Sachverständiger damit befasst, solche Probleme der Kliniken mit den Hochschulen zu lösen, wie sie auch im Antrag der CDU genannt sind.

(Beifall Dr. Manfred Reißmann, SPD, und Angelika Gramkow, PDS)

Ein Ergebnis dieser intensiven Kooperation und engen Zusammenarbeit ist der Vertrag, der zu schließen ist oder der so gut wie abgeschlossen ist, mit der Universität in Greifswald und der Landesregierung zur Entwicklung des Klinikums. Ich möchte hier eine Zahl korrigieren, die Frau Schnoor eben genannt hat. Es geht nicht darum, den Ausbau des Klinikums zu schieben, sondern den Ausbau des Klinikums vorzulegen.

(Beifall Dr. Manfred Reißmann, SPD, und Angelika Gramkow, PDS)

Und zwar soll es 2008 dazu kommen, dass das Klinikum fertiggestellt ist,

(Angelika Gramkow, PDS: Sehr richtig!)

und das in Übereinstimmung mit der Hochschule. Also ich kann hier überhaupt keinen Sinn darin sehen, einerseits Verträge der Landesregierung mit Hochschulen anzumachen im Sinne von praktizierter Autonomie und andererseits dann solche Verträge in Frage zu stellen, wie sie vom Rektor geschlossen worden sind. Das zeigt wieder einmal den Ansatz, den diese Opposition hier verfolgt, und der ist in der gestrigen Hochschuldebatte wirklich exemplarisch deutlich geworden, nämlich nicht zu stabilisieren, sondern zu destabilisieren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS und Dr. Manfred Reißmann, SPD)

Und da muss man sehr wachsam sein beim Destabilisieren, meine sehr verehrten Damen und Herren. Aber der Antrag der CDU enthält ganz sachliche Unterstellungen für Rostock und Schwerin, steht dort. Also ich nehme an,

das ist ein Schreibfehler, ohne dass wir uns hochziehen an einem solchen Schreibfehler.

(Angelika Gramkow, PDS: Greifswald.
Ich habe ja die Hoffnung noch
nicht aufgegeben hier in Schwerin. –
Heiterkeit bei Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Ja.

Es sind die Fragen, mit denen sich diese Arbeitsgruppe befasst, dort auch ausgewiesen. Deswegen kann es sachdienlich sein, auch Sie selbstverständlich und auch breitere Teile der Öffentlichkeit zu informieren über das, ...

(Eckhardt Rehberg, CDU: Also, Herr Kauffold,
Sie sollten mal Ihr Büro neu ordnen.)

Bitte?

(Eckhardt Rehberg, CDU: Sie sollten mal Ihr
Büro neu ordnen, dass die Ihnen die neuen
Drucksachen zur Verfügung stellen.)

Ja, also!

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ja, das
scheint ein bisschen hinterherzuhinken. –
Zuruf von Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Ja, ja.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Es gibt eine neue
Drucksache, und das seit mehreren Tagen!)

Herr Rehberg, ich sage ja, ich ziehe mich an solchen Versehen nicht hoch. Ich ziehe mich daran nicht hoch.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Ich habe in den Ausschüssen bei der Beratung von Versehen ganz andere Erfahrungen mit Ihnen. Das muss ich hier mal sagen.

(Harry Glawe, CDU: Na ja,
Greifswald zu vergessen ist aber auch
nicht schön. – Eckhardt Rehberg, CDU:
Zehn Tage alt, Herr Kauffold.)

Ja, ja, gut, machen wir weiter.

Die Fragen, die hier ausgewiesen sind in Ihrem Antrag, betreffen auch die Probleme, die Gegenstand der Beratung der Arbeitsgruppe sind. Insofern halte ich es auch für gut, hier einen Zwischenbericht zu erarbeiten und vorzulegen, der in der Lage ist, breite Teile der Öffentlichkeit zu informieren. Ich würde Ihnen also empfehlen, diesem Antrag zuzustimmen. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Bartels von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Herr Bartels.

Dr. Gerhard Bartels, PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Tagesordnungspunkt Graffiti-Bekämpfung ist erst der nächste, wenn ich richtig orientiert bin. Deshalb ist es wenig hilfreich, wenn wir hier seltsame Gespenster an die Wand sprühen. So groß sind die Wände gar nicht, dass diese Gespenster da draufpassen. Also ich weiß nicht, woher die CDU den Ansatz nimmt, dass über die Umwandlung der Klinika über eine Zusammenlegung nachgedacht wird. Es ist zumindest eine gewisse Überraschung, das muss ich sagen,

(Harry Glawe, CDU: Wehret den Anfängen!)

und Überraschungen sind ja ab und zu mal ganz interessant.

Aber kurz zu dem Antrag, meine Damen und Herren. Berichtersuchen sind ja gelegentlich Beschäftigungstherapie für die Regierung.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Sie meinen den vorhergehenden Antrag. – Angelika Gramkow, PDS:
Er wollte ein Konzept.)

Ich will aber deutlich sagen: Dieser Bericht sollte erstellt werden und er sollte der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden und die Möglichkeit geben, sich über die tatsächlichen Sachverhalte zu unterrichten.

(Beifall Andreas Bluhm, PDS,
Angelika Gramkow, PDS, und
Dr. Manfred Reißmann, SPD –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ich gebe ja zu, dass ich diesen Informationsbedarf nicht habe. Aber das ist sicherlich ein gewisses Privileg eines Fachpolitikers einer Koalitionsfraktion und auch ein Ergebnis meines sehr engen Kontaktes mit den tatsächlich Verantwortlichen an den Hochschulen, insbesondere auch in Greifswald, und nicht mit Leuten, die die Nichtrealisierung ihres Konzeptes nicht so richtig verkraften können und deshalb immer mal wieder versuchen, Stimmung zu machen gegen das, was sich dort inzwischen entwickelt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und ich will es auch ganz deutlich sagen: Die Tatsache, dass nach den heftigen Diskussionen – es wurde schon darauf verwiesen – 1999/Anfang 2000 inzwischen zwischen der Leitung des Klinikums der Universität Greifswald und der Regierung ein sehr intensiver und sehr sachlicher Arbeitsprozess stattgefunden hat, halte ich für ganz, ganz wesentlich und ich bin sehr froh darüber.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Inzwischen ist es eben nicht mehr so, dass bei bestimmten Problemen, die auftauchen, Schlagzeilen in der Presse produziert werden, sondern die betreffenden Akteure sich gegenseitig anrufen und sich gegenseitig informieren und beraten. Ich glaube, dass das die richtige Arbeitsweise ist, um zu Ergebnissen zu kommen. Über das, was da inzwischen erreicht worden ist, kann man und muss man sicher diskutieren. Das wird anhand des Berichtes auch möglich sein. Aber eins ist klar: Es ist in gemeinsamer Arbeit ein Kompromiss erreicht worden, mit dem am Ende, wie ich hoffe, alle leben können.

Ich will noch ganz kurz etwas zu den einzelnen Punkten sagen. Ich glaube eigentlich, dass die Regierung ihre Meinung zu der Umgestaltung der Klinika im Landeshochschulgesetz vorgelegt hat. Dass wir in diesem Rahmen darüber noch diskutieren werden, ist sicher auch klar, deshalb werde ich dazu hier weiter nichts sagen. Eigentlich liegt die Position der Landesregierung mit den entsprechenden Formulierungen im Entwurf des Landeshochschulgesetzes vor. Trotzdem ist es sicher nicht schädlich, wenn das in dem Bericht noch mal dargestellt wird. Etwas gespannt bin ich, was die Regierung aus dem zweiten Punkt „die Entwicklung der Hochschulklinika im Rahmen der Hochschulautonomie“ machen wird, weil ich mit dieser Fragestellung nicht so ganz klarkomme. Aber ich denke, die Regierung wird das schon packen

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU,
Steffie Schnoor, CDU, und
Angelika Gramkow, PDS)

und wird es so darstellen, dass ich dann auch weiß,
was gemeint ist mit der Frage.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU –
Angelika Gramkow, PDS: Das
habe ich auch nicht verstanden.)

Noch mal kurz zurück zu der Anstalt des öffentlichen
Rechts. Sehr geehrte Frau Kollegin Schnoor, einen gewis-
sen Widerspruch kann ich bei Ihren Ausführungen nicht
übersehen. Sie beklagen auf der einen Seite, dass die
Regierung sich an den Diskussionen über die Umgestal-
tung beteiligt und das nicht den Hochschulen überlässt
oder den beiden Universitäten. Auf der anderen Seite for-
dern Sie ein Gesetz, ein Errichtungsgesetz, was für mich
tatsächlich auch ein Diskussionsgegenstand ist, das ist
überhaupt keine Frage.

(Zuruf von Steffie Schnoor, CDU)

Aber das ist natürlich ein Widerspruch, denn Hoch-
schulen oder Universitäten können weder ein Gesetz erar-
beiten und einbringen, noch können sie alleine ihre Klini-
ka umorganisieren.

(Angelika Gramkow, PDS: So viel
zur Anstalt des öffentlichen Rechts.)

Da bedarf es schon einer Zusammenarbeit zwischen der
Hochschule und der Universität und der Regierung. Ich
denke, dass das auf dem guten Wege ist. Nach meinen
Informationen kommt die Arbeitsgruppe gut voran. Was wir
aus dem Ergebnis dann machen, wird zu diskutieren sein.

Eine letzte Bemerkung zu der baulichen Planung an den
Standorten Rostock und Greifswald. Ich glaube, auch das
sollte man sagen, es geht nicht darum, dass jetzt Bau-
maßnahmen beginnen können. In Greifswald wird seit
2000 intensiv gebaut. Das, was jetzt diskutiert worden ist
und was jetzt in die Planungsphase geht, ist der zweite
Bauabschnitt. Und wenn Sie mal wieder nach Greifswald
fahren, Frau Kollegin, würde ich Ihnen doch empfehlen,
sich am Standort des Klinikums mal umzusehen. Was dort
in den letzten anderthalb Jahren hochgezogen worden ist,
ist schon beeindruckend

(Beifall Angelika Gramkow, PDS,
und Dr. Manfred Reißmann, SPD –
Zuruf von Götz Kreuzer, PDS)

und vermittelt in Greifswald ein ganz klares Bewusst-
sein. Es geht voran und die Landesregierung meint es mit
dem Klinikum ernst. Das, was jetzt geplant ist für die zwei-
te Ausbaustufe und nicht bis 2011, wie das ursprünglich
geplant war, sondern bis 2008, ist der richtige Weg

(Harry Glawe, CDU: Ja, das ist auch höchstnötig.)

und bringt auch die Universität Greifswald und ihr Klini-
kum in die Möglichkeit, dann wirklich entsprechend not-
wendige Leistungen zu vollbringen.

Auch die PDS-Fraktion schlägt Ihnen vor, diesem An-
trag zuzustimmen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Vorsit-
zende der CDU-Fraktion Herr Rehberg. Bitte sehr, Herr
Rehberg.

Eckhardt Rehberg, CDU: Herr Präsident! Meine
Damen und Herren Abgeordnete!

Herr Minister Kauffold, es ist natürlich immer schön,
sich an Schreibfehlern, an Tippfehlern zu ergötzen.

(Angelika Gramkow, PDS:
Hat er doch nicht gemacht.)

Aber noch mal, Herr Kauffold: Entweder Ihre Rede ist
vor dem 8. Oktober geschrieben worden oder seit dem
8. Oktober ist Ihr Postfach im Landtag nicht geleert wor-
den, denn die Drucksache 3/2312(neu), wo dann „Ros-
tock und Greifswald“ steht, ist mit Datum vom 8. Oktober
und heute haben wir den 18.

Meine Damen und Herren Abgeordneten! Herr Minister,
uns geht es nicht um Destabilisierung

(Minister Dr. Peter Kauffold: Aber ja! Aber ja!)

der Universitäten, der drei Fachhochschulen und der
Hochschule für Musik und Theater.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Da würde
ich dem Minister Recht geben.)

Uns geht es um die Zukunft dieser Einrichtungen, um
die Zukunftspotentiale. Und diese Zukunftspotentiale
wecken Sie nicht, wenn Sie, wenn ich richtig gezählt habe,
38 Genehmigungsvorbehalte in Ihrer Novelle zum LHG
haben,

(Dr. Manfred Reißmann, SPD:
Regelungsgegenstände.)

gesetzliche bis zu Satzungsregelungen. Und wer die
Geschäftsordnung der Landesregierung kennt, weiß, alles,
was finanzrelevant ist, muss im Einvernehmen zwischen
Kultus- und Finanzministerium abgestimmt werden, auch
diese Satzung. Ich sage nur: Viel Vergnügen dabei!

Uns geht es auch bei diesem Thema nicht um Destabi-
lisierung, sondern die Zahnmedizin in Rostock ist der
Testfall. Wie verstehen Sie wirklich Hochschulautonomie?
Wie verstehen Sie wirklich Budgetierung, Globalhaushal-
te? Übrigens, Herr Minister Kauffold, wenn Sie in Ihrem
Zeitplan geblieben wären, dann hätten wir das Landes-
hochschulgesetz schon längst und hätten es in der Praxis
erproben können. Jetzt sind wir in der Diskussionsphase.

Aber ich möchte mich insbesondere damit befassen,
wie nach Auffassung der Landesregierung Autonomie von
Hochschulen und Universitäten funktioniert. Wir wollen
die Hochschulkliniken als Chance für unser Land begreifen
und nicht als Last.

(Angelika Gramkow, PDS:
Die Landesregierung und wir auch.)

Beide Hochschulkliniken ...

Frau Kollegin Gramkow, da Sie so schön dazwischen-
rufen, Sie haben an einer ganz bestimmten Stelle bei der
Rede von Frau Schnoor geklatscht. Ich wollte es eigent-
lich nachher sagen.

(Angelika Gramkow, PDS: Ich finde,
dass Sie die Verhandlungen ... –
Zuruf von Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Also wissen Sie, Sie haben an der Stelle geklatscht, wo
es um den Paragraphen 4, Leistungen der Universität
Rostock mit Blick auf die zahnmedizinische Fakultät, ging.
Ich möchte jetzt diesen Paragraphen nicht vorlesen.

(Angelika Gramkow, PDS: Dazu stehe ich auch, dass ich da geklatscht habe.)

Wissen Sie, was ich sage zu diesem Paragraphen? Das ist Erpressung der Landesregierung gegenüber der Uni Rostock, nicht mehr und nicht weniger.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Belegen kann ich das, dass das Erpressung ist. Und Sie wissen ganz genau, worum es hier geht. Das ganze Prozedere, was hier seit Wochen abläuft zwischen dem Kultusministerium, dem Finanzministerium und der Universität Rostock, das ist ein unwürdiges Schauspiel nach meinem Dafürhalten, nicht mehr und nicht weniger.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –

Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es. –

Angelika Gramkow, PDS: Aber ich habe geklatscht, weil ich es gelöst haben will und nicht wie Sie kaputtreden.)

Wissen Sie, was ich erwarte? Wenn wir im Landtag einen Beschluss fassen, erwarte ich, dass dieser Beschluss auch von der Landesregierung umgesetzt wird

(Angelika Gramkow, PDS:

Der wird umgesetzt werden.)

und dass ich nicht Vertragsentwürfe an die Universität rausschicke, die – ich will es mal schlichtweg sagen – sittenwidrig sind,

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

die ein Erpressungspotential gegenüber der Universität, der Zahnmedizin beinhalten, wie ich es selten erlebt habe. So kommen wir miteinander nicht voran.

(Zuruf von Minister Dr. Peter Kauffold)

Nein, das werde ich überhaupt nicht tun, weil mich das ...

(Angelika Gramkow, PDS: Sie sollten Ihre Worte genau abwägen! Der Verhandlungsprozess läuft ganz anders, als Sie das hier darstellen.)

Frau Gramkow, wenn ich es ehrlich meine damit, dass der Beschluss des Landtages umgesetzt wird, dann schicke ich nicht einen Vertragsentwurf heraus, der beinhaltet – ich weiche jetzt mal von meiner Rede ab – den Status quo: Weg mit der Zahnmedizin. Das ist nämlich der Vertragsinhalt. Das heißt, dass ich den Status quo nicht so beschreibe, wie er heute ist, sondern dass ich auffordere, dass die kw-Stellen erbracht werden entsprechend dem Schließungsbeschluss aus dem Jahr 1997. Viel schlimmer finde ich es noch, wenn Kostendefizite auftreten, und die treten ganz einfach auf und die werden auftreten, auch mit Einführung der DIG. Gesundheitsministerin Frau Schmidt will das alles tun.

(Harry Glawe, CDU: So ist es.)

In möglichst kurzer Zeit sollten sich mal alle miteinander mit dieser Problematik befassen, gerade für die Hochschulklinika, für die Schwerpunktkrankenhäuser, die wir im Land haben, denn die Versorgungsaufträge haben sie mit. Das muss dann auch noch in dieses Thema mit eingebracht werden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Auch das gucken Sie sich im Paragraphen 4 ganz genau an. So viel verstehe ich noch von Verträgen, dass ich weiß, dass das da auch mit drinsteckt.

Und jetzt, Frau Gramkow, noch mal zur Ausgangsposition. Was hat das mit Stabilisierung von Universitäten zu tun? Was hat das damit zu tun, dass unser Beschluss, der hier im Landtag gefasst worden ist, von der Landesregierung umgesetzt wird? Nichts, aber auch gar nichts. Dass Sie sich bemühen, im Sinne des Landtagsbeschlusses zu handeln,

(Angelika Gramkow, PDS:

Die Landesregierung bemüht sich.)

das will ich überhaupt nicht außer Frage stellen. Die Landesregierung bemüht sich nicht,

(Angelika Gramkow, PDS: Doch.)

denn sonst hätte sie einen anderen Vertragsentwurf auf den Tisch gelegt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –

Angelika Gramkow, PDS: Sie hat doch

längst auch Korrekturen vorgenommen. –

Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Wissen Sie, Frau Gramkow,

(Angelika Gramkow, PDS:

Ich weiß, wovon ich rede.)

wenn ich etwas entwerfe, dann spricht ein gewisser Geist aus diesem Entwurf.

(Angelika Peters, SPD: Den haben

Sie gepachtet, oder was?)

Und wenn ich sehe, welcher Geist da drin ist gegenüber der Hochschule, kein Vertrauen, Missvertrauen, Gängelung, dann frage ich mich ganz besorgt: Wie soll ich die Novelle zum Landeshochschulgesetz interpretieren?

(Angelika Gramkow, PDS: Ernsthaft bitte.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dieser Antrag von uns ist deswegen notwendig, weil mehr Fragen offen sind, gerade was die Hochschulklinika betrifft, und weil es uns darum geht, wie in Zukunft mit den Hochschulkliniken umgegangen wird. Dass man in einer Regierungsfraction Informationsvorteile hat, das ist ganz unbestritten und das ist ganz einfach ein Faktum, es ist Realität. Aber ich denke, wir alle sind gehalten – und deswegen auch der Termin 28. Februar –, diesen Prozess gerade um die Zahnmedizin in Rostock zu begleiten.

Und wenn ich noch einmal darauf eingehe, was Steffie Schnoor zitiert hat hinsichtlich der Bemerkung des Bildungsministeriums, dass die Hochschulen die Erwartung an die Hochschulautonomie zu hoch gesteckt haben, dann steht das im Widerspruch zu dem, was der Bildungsminister gestern zum Hochschulgesetz verkündet hat, denn die Stellenpläne werden auch weiterhin dem Zugriff der Hochschulen weitestgehend entzogen, sind zumindest nicht Bestandteil der Globalhaushalte. Wie soll dann, Frau Gramkow, Herr Bartels, Hochschulautonomie aussehen? Denn so haben wir Autonomie bisher verstanden. Die Hochschulen bewirtschaften im Rahmen budgetierter Globalzuschüsse ihre Hochschulen und dazu gehört zwangsläufig das Personal, das übrigens immerhin den größten Teil des Haushaltes ausmacht. Und hier wird auch zwangsläufig über Profile von Hochschulen und Kliniken entschieden. Alles andere macht doch keinen Sinn.

Mit diesem Verständnis ist auch die Universität Rostock an die Erarbeitung ihres Konzeptes zur Zahnmedizin gegangen. In der ganzen Diskussion ist aber offensichtlich

geworden, dass Bildungs- und Finanzministerium grundsätzlich andere Vorstellungen von Kostenneutralität und grundsätzlich andere Vorstellungen von Globalhaushalten haben. Ich kann daher nicht die Position des Bildungsministeriums vom 18. September nachvollziehen, nach der zwischen Universität und Landesregierung Einvernehmen zur Definition von Kostenneutralität besteht. Die uns bisher vorliegenden Vertragsentwürfe zur Sicherung der Kostenneutralität bestätigen die Vorahnung des Kollegen Riemann vom 12. Juli, als er das Bildungsministerium davor warnte, einen Vertragsentwurf mit unannehmbaren Bedingungen für die Universität aufzustellen. Und genau das ist geschehen. Der schwarze Peter soll jetzt offenkundig bei der Universität liegen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, worüber reden wir eigentlich?

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Das ist eine gute Frage. Ich dachte, wir reden über den CDU-Antrag. – Angelika Gramkow, PDS: Dass wir Ihrem Antrag zustimmen sollen.)

Herr Bartels, dass Sie ein bisschen aufgebracht sind, das kann ich gut verstehen,

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

nachdem ich sehe, wie Sie sich bemüht haben, auch nach Basthorst,

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Ach, sparen Sie sich doch den Honig!)

und wie wenig von Ihren Vorstellungen in der Novelle zum Landeshochschulgesetz verankert worden ist.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Ich bin kein Honigfan, Herr Rehberg! Ich sage Ihnen gleich was dazu.)

Das verstehe ich sehr gut, dass Sie darüber aufgebracht sind.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, worüber reden wir denn?

(Götz Kreuzer, PDS: Reden Sie!)

Von den 64 kw-Stellen – und darüber reden wir, dass das was mit Hochschulautonomie zu tun hat – sind schon zahlreiche Stellen realisiert worden. Es geht uns, es geht Rostock nicht darum, dass alle Stellen erhalten werden. Es geht darum, lediglich 8 Stellen von 64 zu entbinden, um die Struktur von 25 Studenten in jedem Studienjahr optimal bedienen zu können und Forschung und Lehre sicherzustellen. Alle anderen kw-Stellen werden realisiert. Es geht, das wollte ich erwähnt wissen, nur um 8 Stellen, nicht um den Gesamtpool von 64 Stellen, wie im Schließungsbeschluss ausgewiesen wurde. Ich habe deswegen kein Verständnis für die erpresserischen Elemente des Vertragsentwurfes.

(Harry Glawe, CDU: Da macht Herr Professor Kauffold nicht mit.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Da Sie ja unserem Antrag zustimmen wollen, habe ich die Hoffnung ...

(Heiterkeit bei Dr. Gerhard Bartels, PDS, und Angelika Gramkow, PDS –

Dr. Gerhard Bartels, PDS: Das ärgert Sie, was?!)

Ach nein, wissen Sie Herr Kollege,

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Sie hätten so schön draufhauen können. War wieder nichts! – Angelika Gramkow, PDS: Die Seite mussten Sie umblättern jetzt.)

Herr Kollege Bartels, ich finde es faszinierend,

(Heiterkeit bei Dr. Gerhard Bartels, PDS: Ja, ich auch.)

dass seit Wochen und Monaten von Seiten der Regierungskoalition nur noch Arbeitsaufträge für die Landesregierung kommen, nämlich Bitten um Berichte und Konzepte.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Wieso? Haben wir den Antrag eingebracht?)

Sie haben seit Monaten keinen politischen Antrag mehr in diesem Landtag gestellt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Dr. Ulrich Born, CDU, und Harry Glawe, CDU: So ist es. – Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Das kann ich sehr wohl. Und Sie haben ...

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Sie sollten sich mal die Tagesordnung angucken! – Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Ich komme gleich zum Schluss.

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Und Sie haben heute einen Antrag zu einem Verkehrskonzept für das nächste Jahr gestellt.

(Angelika Gramkow, PDS: Immerhin ein Konzept und keinen Bericht. – Heiterkeit bei Dr. Gerhard Bartels, PDS – Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Wissen Sie, wir stimmen immer freudig zu, wenn die Regierungsfractionen die eigene Landesregierung beauftragen zu arbeiten.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ihre Pflicht zu tun, ihre Pflicht zu tun!)

Und wenn Sie damit einverstanden sind, dass wir zu einem ganz konkreten Punkt auch wissen wollen, was die Landesregierung tut, dann finden wir das umso besser. Das hat mit Draufhauen gar nichts zu tun. Herr Bartels, ich denke, Sie sollten viel aktiver im politischen Bereich werden, dann würde die Landesregierung, denke ich, auch die richtigen Wege gehen und nicht – so, wie Sie das hier gemacht haben – das allein mit Draufhauen begründen. Uns geht es um die Sache und wenn es Ihnen auch um die Sache geht, umso besser.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Reißmann von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Herr Reißmann.

Dr. Manfred Reißmann, SPD: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Unsere Fraktion sieht ebenfalls in dem Ersuchen um einen Bericht die Möglichkeit für die Landesregierung, für das Bildungsministerium, konkret zu den aufgeworfenen Fragen Stellung zu nehmen. Speziell die sehr teuren Universitätsklinika, die sehr teure gesundheitliche Versorgung berührt jeden, so dass auch ein Informationsgehalt, der allgemein zugänglich ist, hier im Landtag wichtig ist zu diskutieren. Dass sich inzwi-

schen eine ganze Menge bewegt hat – ich kann Herrn Bartels da nur zustimmen –, sieht man sowohl in Greifswald als auch in Rostock, wobei ich in Rostock eigentlich im Augenblick die größeren Sorgen habe, und zwar weil zunächst für die Voraussetzung eines Zusammenwirkens für die Patientenversorgung zwischen dem kommunalen Krankenhaus und dem Universitätsklinikum einige Ungeheimheiten und einige Steine aus dem Weg geräumt werden mussten, damit Synergieeffekte, komplexe Lösungen in Rostock angegangen werden können und der Bau von Ergänzungseinrichtungen, zusätzlichen Einrichtungen auch im kommunalen Bereich durch das Sozialministerium in Gang gebracht werden kann. Auch da hat sich eine ganze Menge bewegt.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Fahren Sie in die Südstadt und gucken Sie sich an, welche Voraussetzungen dort existieren. Bedenken oder Probleme hätte ich heute, wenn ich in einer alten Klinik – und alt heißt, in den 60er Jahren gebaut – in Rostock Patientenbesuche mache, wenn ich dort selber als Patient hinkommen müsste. Dort ist eine ganze Menge zu rekonstruieren und im Bau zu berücksichtigen. Wenn in diesem Zusammenhang die Zahnmedizin, der zahnmedizinische Studiengang, die Zahnklinik erwähnt wird, unterstreiche ich das voll. Denn die Überlegungen, die in Rostock angestellt worden sind, um günstigere Varianten auch unter Inanspruchnahme von anderen Vorstellungen für eine zentrale Abteilung zwischen den Kliniken realisieren zu können, beziehen genau diese Überlegungen nach Wirtschaftlichkeit mit ein. Unter diesem Aspekt, das möchte ich anfügen, ist es richtig und wichtig, auch zu dem Problem Zahnklinik und Zahnmedizinerausbildung in Rostock hier noch einmal zu diskutieren.

Wir unterstützen das Ersuchen um einen Bericht. Wir haben zu verschiedenen Themen, die hier angerissen worden sind, auch noch einige Nachfragen, aber, wie das so ist, man hat natürlich die Informationen darüber leichter zugänglich im direkten Kontakt, im direkten Gespräch. Ich halte es für wichtig, dass die Vorstellungen des Ministeriums zur Rechtsform hier noch einmal ganz konkret und rechtsklar formuliert werden im Ergebnis des Berichtersuchens, und ich halte es auch für richtig und wichtig, dass über die genauen Bauvorhaben für die nächsten Jahre hier noch einmal eine Darstellung erfolgt, erfreulicherweise ja etwas schneller in Greifswald, etwa drei Jahre im Vergleich zu dem ursprünglichen Ansatz. Das ist, glaube ich, aller Mühe wert gewesen, die in den vergangenen Monaten seit 1999 da hinein investiert worden ist. Meine Fraktion stimmt dem Berichtersuchen zu. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Herr Bartels, Sie haben jetzt noch mal drei Minuten Gelegenheit, Ihren Standpunkt zu verdeutlichen. Bitte.

Dr. Gerhard Bartels, PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ja, Herr Rehberg, ich bin wirklich aufgebracht, aber aufgebracht über die CDU-Fraktion,

(Harry Glawe, CDU: Was? – Peter Ritter, PDS: Das schadet nur deiner Gesundheit.)

und zwar aus folgendem Grund: Wenn wir hier gemeinsam einen Beschluss fassen und die Regierung beauftra-

gen, etwas zu tun, dann ist es selbstverständlich, dass die Fraktionen, die diesen Beschluss gefasst haben, diesen Vorgang kritisch begleiten. Aber mit Halbwahrheiten in der Öffentlichkeit, während die Verhandlungen laufen, eine Sache breitzutreten, ist noch niemals einer Sache auch wirklich bekömmlich gewesen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Eckhardt Rehberg, CDU: Das sind Halbwahrheiten.)

Und was die Halbwahrheiten betrifft, da will ich Ihnen zum Beispiel sagen: Sie zitieren den ersten Entwurf eines solchen Vertrages,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Nee, nee!)

den ich auch sehr skeptisch sehe. Sie unterschlagen aber, dass es inzwischen Überarbeitungen gibt – die mich immer noch nicht zufrieden stellen, aber auch das ist nicht die Frage –,

(Zuruf von Steffie Schnoor, CDU)

und das heißt, hier finden Verhandlungen statt,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Das sind die Halbwahrheiten.)

hier gibt es Bewegung. Und wenn ich Halbwahrheiten in der Öffentlichkeit verbreite, die am Ende ein völlig falsches Bild zeichnen,

(Angelika Gramkow, PDS: Aber Frau Schnoor war wenigstens sensibel.)

dann störe ich diese Verhandlungen und dann sage ich, Sie stören diese Verhandlungen bewusst,

(Zuruf von Andreas Bluhm, PDS)

weil Sie nicht wollen, dass diese Regierung zu einem vernünftigen Ergebnis

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU: Nein. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

in der Verhandlung mit der Universität Rostock kommt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Und dann, sage ich, hat der Minister Recht: Sie wollen destabilisieren und sonst nichts!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Eckhardt Rehberg, CDU: Völlig daneben! – Zuruf von Steffie Schnoor, CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/2312(neu).

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Ich bitte jetzt um Ruhe, wir kommen zur Abstimmung. Frau Koburger, wir wollen abstimmen.

Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU mit den Stimmen aller Fraktionen bei einer Gegenstimme der PDS-Fraktion angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 16**: Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Bundesratsinitiative zur Graffiti-Bekämpfung, auf Drucksache 3/2313.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Bundesratsinitiative zur Graffiti-Bekämpfung
– Drucksache 3/2313 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Thomas von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Thomas.

Reinhardt Thomas, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Die Unterstützung der Bundesratsinitiative des Landes Baden-Württemberg zur Graffiti-Bekämpfung, die wir mit unserem Antrag erreichen wollen, ist aus unserer Sicht längst überfällig. Ich darf in diesem Zusammenhang daran erinnern, dass sich Ministerpräsident Harald Ringstorff am 28. März vorigen Jahres für eine Gesetzesverschärfung in diesem Bereich ausgesprochen hat. Eine Zweidrittelmehrheit der Deutschen lehnt die Graffiti-Schmierereien nach einer Allensbach-Umfrage vom Anfang vorigen Jahres als üble und lästige Verschmutzung ab. Die Graffiti sind nicht nur ein Missstand, sondern eine höchst aggressive Verschandelung unserer Städte.

Es gibt zweierlei Formen von Graffiti: die legale, bei der herausragende Graffiti-Künstler öffentliche und private Flächen als Auftragnehmer gestalten, und die illegale Form von Graffiti, bei der alle erdenklichen Flächen entgegen dem Willen der Eigentümer verschandelt werden.

Die Schäden sind erheblich. In Sachsen betrugen sie 1999 circa 3 Millionen DM, in Hamburg wird der jährliche Schaden mit circa 16 Millionen DM beziffert, in Baden-Württemberg entstehen durch Graffiti-Schmierereien jährlich Schäden in zweistelliger Millionenhöhe. Ähnlich sieht es in anderen Bundesländern aus. In Berlin und in den Großstädten des Ruhrgebietes sind die Schmierereien mittlerweile allgegenwärtig und mehr als unangenehm auch für ausländische Besucher. Konkrete Zahlen von Mecklenburg-Vorpommern liegen mir nicht vor. In unserem Land ist der Schaden durch die Verschandelung ganzer Häuserzeilen, vor allem der sanierten, mittlerweile aber deutlich wahrnehmbar. Die Entfernung der Schäden kostet circa 200 DM pro Quadratmeter, auch das Auftragen von Graffiti-Schutzmaterialien ist sehr kostenaufwendig. Zahlen muss bis heute die Allgemeinheit beziehungsweise der private Eigentümer.

Es gab und gibt einige private Initiativen wie zum Beispiel in Hamburg, wo der Grundeigentümer-Verband und der Ring Deutscher Makler im März 2000 zu einer „Initiative Saubere Wand“ aufgerufen hat.

(Gesine Skrzepski, CDU: Großartig!)

In Sachsen gibt es seit 1997 das so genannte „Aktionsbündnis Sichere Sächsische Städte“.

Mit solchen und ähnlichen Aktionen zur Zurückdrängung der Graffiti-Schmierereien wurde aber nur die Bevölkerung sensibilisiert. Bei den Bürgern entsteht durch illegale Graffiti mittlerweile der Eindruck der Verwahrlosung. Das Vertrauen in den Staat, der das Graffiti-Unwesen nicht bremsen kann, schwindet. In einigen Stadtvierteln entsteht der Eindruck rechtsfreier Räume. Das wird als Gefährdung des Sicherheitsgefühls und als Verfall von Ordnungswerten empfunden. Wir dürfen es wie bei Graffiti nicht zulassen, dass das Recht seine Autorität verliert und das Rechtsbewusstsein Schaden nimmt. Der Kreis-

lauf der Kriminalität beginnt mit Gewalt gegen Sachen und endet, wie wir wissen, mit Gewalt gegen Bürgerinnen und Bürger. Und deshalb ist Schluss mit lustig für illegale Graffiti-Schmierer. Graffiti-Schmierer müssen bestraft werden.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU –
Gesine Skrzepski, CDU: Genau!)

Wir benötigen ein Strafrechtsänderungsgesetz und nicht nur eine Musterverordnung aus dem Hause Dr. Timm, nach der illegale Graffiti als Ordnungswidrigkeiten definiert werden.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU)

In seiner Regierungserklärung vom 10. November 1998 sagte der Bundeskanzler: „Wir werden Kriminalität in all ihren Erscheinungsformen entschlossen bekämpfen.“ Grund zum Zweifel an dieser Entschlossenheit der SPD gab es seither mehr als genug. Die Abschlussdebatte zu den Gesetzesinitiativen der CDU/CSU, der FDP und des Bundesrates zur Bekämpfung von illegalen Graffiti wurde wieder einmal zur Nagelprobe für Rot-Grün. Starke Kanzlerworte und Taten klaffen hier weiter auseinander.

Da legt die CDU als erste Partei ein Gesetz zur Bekämpfung illegaler Graffiti vor und SPD und Grüne lehnen ihn ab. Dann wird im Bundesrat unter Beteiligung SPD-regierter Länder der wortgleiche Gesetzesantrag vorgelegt und wieder lehnen SPD und Grüne diese Initiative ab. Dass sogar Dr. Ringstorff dafür wenig Verständnis zeigt, ist doch aber auch eher ein Zeichen seiner politischen Hilflosigkeit gegenüber seinen eigenen Genossen und Rot-Grün in Berlin.

Der CDU-Gesetzentwurf wurde schon von der SPD, den Grünen und der PDS im Rechtsausschuss des Bundestages unter den fadenscheinigsten Gründen abgewiesen. Für die Grünen ist das, was wir alle nicht mehr sehen können, nämlich Kunst. Was das für die PDS ist, weiß ich nicht.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, PDS,
und Monty Schädel, PDS)

Vielleicht hören wir das heute. Offenbar gehören illegale Graffiti zum Bild der bunten multikulturellen Gesellschaft, wie sie einige Damen und Herren in diesem Lande anstreben. Auch bei illegalen Graffiti-Schmierereien wurde letztlich von SPD und Grünen nur die Prävention als alleiniges Allheilmittel gepriesen. Genauso ist das nachzulesen in der Stellungnahme der rot-grünen Bundesregierung zum Gesetzentwurf des Bundesrates. Herr Ministerpräsident – er ist leider nicht da –, mit dieser Stellungnahme sind trotz Ihres Bedauerns vom 28.03. vorigen Jahres SPD und Grüne offiziell zu illegalen Graffiti-Parteien in diesem Lande geworden.

(Torsten Koplin, PDS: Na, na, na!)

Wir haben absolut nichts gegen Prävention, ganz im Gegenteil. Erfolge können aber nur erzielt werden, wenn wir auch bei Graffiti das ausgewogene Verhältnis zwischen Repression und Prävention zur Maxime unseres Handelns machen.

Was die Prävention anbelangt, ist die CDU den so genannten Präventionsparteien in Mecklenburg-Vorpommern, denke ich, auch ein gutes Stück voraus. Im Dezember 1999 wurde mit der tatkräftigen Unterstützung meiner Kollegin Gesine Skrzepski, Kreistagspräsidentin von

Rügen, und meiner Wenigkeit das Projekt „Kunst statt Gewalt“ in Dargast auf Rügen ins Leben gerufen. Damit wollten wir gemeinsam ein Zeichen setzen für die soziale Integration durch Kunst für straffällig gewordene Sprayer.

Der Landesvorsitzende der PDS lacht. Haben Sie bessere Projekte?

(Peter Ritter, PDS: Darf ich nicht mal mehr lachen, Herr Thomas?! Muss ich Sie zukünftig fragen, ob ich lachen darf? – Heiterkeit bei Monty Schädel, PDS)

An dem Projekt waren beteiligt unter anderem Professor Puritz, Kunstwissenschaftler der Universität Greifswald,

(Peter Ritter, PDS: Herr Born lacht auch.)

Axel Thiel, Leiter einer internationalen Arbeitsgruppe im legalen Graffiti-Bereich und Sozialpädagoge, sowie die Noha Film-Gesellschaft Berlin.

(Gesine Skrzepski, CDU: Das müsst ihr euch mal angucken!)

Übrigens, Dr. Timm – er ist auch nicht da –, während er in der vorigen Woche erst von der Entwicklung eines Präventionsprojektes redete, haben die weltbesten Graffiti-Künstler unter Leitung von DAIM – das ist sein Künstlername, mit bürgerlichem Namen Mirco Reisser – im vorigen Sommer mit unserer Unterstützung das Kulturgebäude des Kunsthofes Dargast in das größte Graffiti-Kunstwerk Europas verwandelt.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU, und Gesine Skrzepski, CDU – Gesine Skrzepski, CDU: So ist es.)

Das ist ansehbar und, ich denke, auch eine Attraktion, eine touristische Attraktion für Rügen. Was Graffiti-Künstler wirklich können, bewiesen sie bei der erstmaligen Gestaltung eines Bildes auf einem 6 mal 13 Meter großen Segel. Das Bild des schwedischen Postseglers „Hiorten“ wurde von den Graffiti-Künstlern so hervorragend gestaltet, dass es zur Attraktion der Hanse Sail des Jahres 2000 wurde.

(Beifall Gesine Skrzepski, CDU)

Das war übrigens unsere Idee, mit der wir als CDU-Landtagsfraktion das Präventionsprojekt auf Rügen tatkräftig unterstützt und dafür geworben haben.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU, und Gesine Skrzepski, CDU – Zuruf von Norbert Baunach, SPD)

Herr Justizminister und Herr Dr. Timm sind ja nun in einen Wettbewerb getreten bei diesem Thema. Wir haben aber bisher konkrete und wirksame Schritte im präventiven und repressiven Bereich, das heißt ausgewogen, vermisst. Herr Minister SELLERING, 1.000 DM Belohnung als Ersatz für eine richtige Bundesratsinitiative zur Gesetzesverschärfung sind aus unserer Sicht zu wenig,

(Zurufe von Torsten Koplin, PDS, und Monty Schädel, PDS)

aber natürlich immer noch besser als gar nichts. Nach Ihren Presseerklärungen gehen wir diesmal davon aus, dass Sie unserem Antrag wirklich zustimmen müssen. Sie können aber auch – und das wäre eine Bitte unsererseits – das Präventionsprojekt auf Rügen unterstützen, indem Sie

die Jugendrichter unseres Landes darüber informieren. Wir könnten uns vorstellen, dass in vielen Fällen statt Jugendstrafen nach Paragraph 17 und 18 Jugendgerichtsgesetz Zuchtmittel nach Paragraph 13 möglich sind. Der Richter kann eine Straftat auch mit Zuchtmitteln ahnden. Darunter fällt die Erteilung von Auflagen. Herr Justizminister, eine Auflage könnte auch sein die Integration des verurteilten illegalen Sprayers in das Präventionsprojekt des Kunsthofes Dargast auf Rügen. Das bringt aus unserer Sicht mehr als der Aufruf zur Belohnung, der sich ja doch nicht als so erfolgreich erwiesen hat.

Als wortreicher Graffiti-Bekämpfer erwies sich wieder mal der Innenminister, allerdings erst, nachdem wir unseren Antrag vorgelegt haben. Dass dem Innenminister unser Präventionsprojekt entgangen ist, nehmen wir ihm nicht übel. Die CDU-Fraktion fordert im Rahmen ihres Antrages vom September vorigen Jahres gegen Rechtsextremismus auch ein Modellprojekt „Graffiti Ex“ zur Beseitigung rechtsextremistischer Schmierereien. Es ist ein Armutszeugnis, dass SPD und PDS diese Passage in den Ausschüssen einfach gestrichen haben. Noch blamabler ist es, dass laut Presseerklärung vom 10.10. Dr. Timm erst jetzt ein Präventionsprojekt entwickeln lassen will. Der Innenminister weiß wohl immer noch nicht, was in seinem Haus so alles läuft. Unser Präventionsprojekt wurde zu Recht schon im vorigen Jahr finanziell unterstützt. Dafür möchten wir uns bei ihm noch bedanken.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Wir vermissen auch, dass der Innenminister bis heute keine spezielle Einsatzgruppe der Polizei zur Aufklärung und Zurückdrängung von Graffiti gebildet hat, so wie in Sachsen zum Beispiel und in Bayern. Das wäre das Mindeste gewesen, was er nach unserem Präventionsprojekt vom Dezember hätte in Angriff nehmen müssen.

Das alte Thema, das alte Leiden in diesem Landtag: Worte und Taten. Und dabei ist es doch relativ einfach. Die juristische Streitfrage, ob der Tatbestand einer Sachbeschädigung nach Paragraph 303 Strafgesetzbuch nur dann erfüllt ist, wenn die Substanz die Sache nachhaltig – nachhaltig ist das Entscheidende – schädigt oder die Brauchbarkeit beeinträchtigt, muss endlich entschieden werden. In Paragraph 303 Absatz 1 und Paragraph 304 Absatz 1 Strafgesetzbuch, Fassung vom 13. November 1998, werden jeweils die Worte „beschädigt oder zerstört“ durch die Wörter „zerstört, beschädigt oder verunstaltet“ ersetzt.

(Kerstin Kassner, PDS: Das ist es doch nicht.)

Und verunstalten durch Graffiti ist keine Kunst, sondern eine Straftat, die Schäden in Millionenhöhe in unserem Land verursacht. Mit dem Merkmal „beschädigt“ gehen wir dann allen teuren Gutachten und sinnlosen Prozessen zu Lasten der Allgemeinheit beziehungsweise der Eigentümer aus dem Wege. In Österreich und in der Schweiz ist das im Übrigen schon lange vernünftig geregelt.

Ich denke, es ist an der Zeit, Farbe zu bekennen. Herr Dr. Timm, Herr SELLERING, bei allem Respekt für Ihre, wenn auch unzureichenden und späten Initiativen, Musterverordnungen, in denen Graffiti als Ordnungswidrigkeiten definiert werden, und Belohnungen sind auch akzeptabel, aber das genügt aus unserer Sicht überhaupt noch nicht, die Probleme sind mittlerweile viel zu groß. Stimmen Sie daher der Unterstützung der Bundesratsinitiative des Lan-

des Baden-Württemberg und damit unserem Antrag zu! Bei allen weiteren Plänen, die Sie angekündigt haben, werden Sie dann aufgrund unserer Erfahrungen, die wir ja nun wirklich im präventiven und repressiven Bereich haben, die Unterstützung finden, die Sie dafür benötigen, und in diesem Sinne bitte ich Sie um die Unterstützung dieses Antrages. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst der Justizminister Herr Seling. Bitte sehr, Herr Minister.

Minister Erwin Seling: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sicherheit und Ordnung erfordern in diesen Tagen ganz besondere Anstrengungen. Die Bundesregierung, die hierbei in erster Linie gefordert ist, macht eine sehr gute Arbeit und auch hier im Lande ergreifen wir alle Maßnahmen, die notwendig sind. Das war gestern ausführlich hier ein Thema.

Neben diesen besonderen Aufgaben und Anstrengungen muss aber natürlich unsere Tagesarbeit selbstverständlich weitergehen und das gilt auch für das Thema Graffiti. Ich bitte, dieses Thema nicht gering zu schätzen. Diese Schmierereien sind ein großes Ärgernis. Aber nicht allein das. Wenn wir Müllecken, sinnlose Zerstörung von Bushaltestellen und dergleichen und Graffiti-Schmierereien zulassen, wird das als Rückzug des Staates aufgefasst und auch als Einladung zu weiteren Straftaten verstanden. Deshalb müssen wir alles unternehmen, um solche Schmierereien zu verhindern.

(Beifall Angelika Peters, SPD)

Und dazu ist sicherlich der wichtigste Schritt, dass ganz klargestellt wird, dass solche Graffiti-Schmierereien – es geht hier nicht um Kunst, das ist uns allen klar, das mag es auch geben, aber wir reden über die Schmierereien – eine Straftat sind, eine Sachbeschädigung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU)

Ich habe zu diesem Thema zahlreiche Diskussionen mit Bürgern geführt und es ist niemandem zu vermitteln, dass solche Sauereien an den Häusern, dass das keine Sachbeschädigung des Hauses sein soll.

(Beifall Gesine Skrzepski, CDU: Endlich mal ein anständiges deutsches Wort!)

Aber, meine Damen und Herren, zum jetzigen Zeitpunkt ist unverständlicherweise die Rechtslage noch so.

(Kerstin Kassner, PDS: Ebendrum.)

Und zwar steht dahinter die Überlegung, wenn ich das, was ich da ranschiere, wieder abwaschen kann, ohne dass etwas zurückbleibt, dann ist ja die Fassade nicht beschädigt. Das führt zu merkwürdigen Blüten in der Rechtsprechung. Es führt zum Beispiel dazu, dass es immer verfeinere und hochtechnische Mittel gibt, um Fassaden zu reinigen, natürlich mit entsprechendem finanziellen Aufwand. Und wenn es dann gelingt, mit diesem hohen finanziellen Aufwand die Fassade so zu reinigen, dass keinerlei Rückstand bleibt, dann führt das, also dieser hohe Aufwand, zur Straflosigkeit des Täters.

(Ministerin Sigrid Keler:
Das kann nicht wahr sein.)

Das kann nicht wahr sein und das ist auch niemandem zu vermitteln.

Der zweite Punkt ist, dass es natürlich manchmal Diskussionen darüber geben kann, wie toll ist das jetzt wegwaschen, ist die Fassade wieder wie vorher. Die jetzige Rechtslage führt dazu, dass wir manchmal Sachverständigengutachten einholen müssen für viel Geld hinsichtlich der Frage, ob die Fassade nun wie vorher ist oder nicht. Das alles kann nicht sein und deshalb ist es ganz wichtig, dass wir klarstellen, Graffiti-Schmierereien auf den Hauswänden sind Sachbeschädigungen, sind eine Straftat.

Der Vorteil ist auch noch, dass wir dadurch, dass wir Graffiti-Schmierereien klar zur Straftat machen, das gesamte Instrumentarium an Einwirkungsmöglichkeiten zur Verfügung haben, das jedem guten Richter zur Verfügung steht, wenn jemand einer Straftat überführt wird. Es ist ja nicht nur so, dass wir wählen können, etwas mehr oder etwas weniger Rizinus, also etwas mehr oder weniger Geldstrafe oder Haftstrafe, sondern wir haben ja auch die Möglichkeit, den einzelnen Täter mit solchen Auflagen zu belasten, dass wir hoffen, dass wir ihm dadurch das Unrecht seiner Tat möglichst klug vor Augen führen. Und ich kann mir im Graffiti-Bereich sehr gut vorstellen, dass es sinnvoll sein kann, Täter dazu zu zwingen, die Sauereien wieder wegzumachen.

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Das gilt nicht – das muss ich ausdrücklich sagen, das würde ich keinem Richter empfehlen –, das gilt natürlich nicht, wenn jemand sein schmuckes Häuschen gerade fertig gestellt hat. Dann möchte ich den Täter, nachdem er es beschmiert hat, nicht mit der Wurzelbürste daran lassen. Aber es gibt Bereiche, wo ich mir gut vorstellen kann, dass man eine ganz Fassade reinigen kann. Und ich glaube auch, die erzieherische Wirkung, wenn Bürger dabei zuschauen, wie solche Täter am Werke sind, die darf man auch nicht unterschätzen.

Meine Damen und Herren, das, was ich hier vortrage, ist klare Haltung dieser Regierung seit Regierungsantritt 1998. Der Ministerpräsident hat in seiner damaligen Funktion als Justizminister, das ist eben schon erwähnt worden, im Bundesrat für diese Bundesratsinitiative gestimmt, hat sie unterstützt und auch dazu beigetragen, dass der Bundesrat einen entsprechenden Beschluss gefasst hat. Leider ist es dann so – das stimmt, Herr Thomas, was Sie vorgetragen haben –, dass die damalige Lage im Bundestag so war, dass der Bundestag diese Anregung des Bundesrates nicht übernommen, sondern abgelehnt hat. Das war auch die Lage bei meinem Amtsantritt und deshalb war für mich eine Frage, wie gehe ich damit um, wenn ich das erreichen will, was ich Ihnen eben vorgetragen habe. Es hat natürlich eine schöne deklaratorische Wirkung, wenn Mecklenburg-Vorpommern eine Gesetzesinitiative startet, die aber letztlich wieder keinen Erfolg hat, sondern in diesem Bereich ist es einfach wichtig, dass wir mit den anderen Bundesländern zusammenarbeiten,

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

dass wir mit den Bundestagsfraktionen zusammenarbeiten. Deshalb ist es ganz wichtig, dass da Gespräche geführt werden und dass man für Mehrheiten kämpft. Das habe ich getan auf den Justizministerkonferenzen. Ich

habe vor allem auf der Justizministerkonferenz der Ostjustizminister hier im Lande im Mai erreicht, dass alle Justizminister der ostdeutschen Länder diese Initiative mittragen. Das finde ich einen sehr guten Schritt, um am Ende zu diesem positiven Ergebnis zu kommen. Und ich will auch nicht verhehlen, dass noch das eine oder andere überzeugende Gespräch innerhalb meiner Partei geführt werden musste und geführt werden muss. Ich habe die Gelegenheit wahrgenommen, als zum Beispiel die rechtspolitischen Sprecher aller Landtage hier in Schwerin waren.

Ich bin jetzt deshalb zuversichtlich, dass wir das, was da nötig ist, durchbringen werden. Der jetzige neue Anlauf einer Bundesratsinitiative wird selbstverständlich von dieser Regierung mitgetragen. Der Zeitablauf ist so, dass das Kabinett am letzten Dienstag den entsprechenden Beschluss gefasst hat und dass die Sache am Freitag auf der Tagesordnung des Bundesrates steht. Wir werden diese Initiative selbstverständlich durch unsere Stimme unterstützen. Damit werden wir hoffentlich möglichst schnell diesen wichtigen Schritt gehen können, dass Graffiti zur Straftat wird.

Aber ich muss auch deutlich sagen, für die Zeit bis dahin, die können wir ja nicht einfach so verstreichen lassen, muss auch etwas getan werden. Und das ist nicht eine Frage des Entweder-oder, sondern das ist eine Frage des Zusammenwirkens. Der Innenminister hat nach intensiven Gesprächen mit mir die Möglichkeiten ergriffen, die ihm innerhalb seiner Zuständigkeit zur Verfügung stehen. Das hat mit Weglaufen nichts zu tun, sondern mit konstruktiver Zusammenarbeit, Herr Thomas. Er hat die Möglichkeiten genutzt, die ihm zur Verfügung stehen, nämlich durch eine Mustersatzung die Voraussetzung dafür geschaffen, dass, bis Graffiti-Schmierereien ein klarer Straftatbestand sind, wenigstens sichergestellt werden kann, dass es ein klarer und selbstverständlicher Bußgeldtatbestand ist. Im Moment ist es ja so, wenn das, was ich eben geschildert habe, so ausgeht, dass wir sagen, es ist keine Sachbeschädigung, dann besteht keinerlei Sanktionsmöglichkeit gegenüber dem Täter, dann kann ihm noch nicht mal eine Geldbuße auferlegt werden. Und das ändern wir dadurch, dass den einzelnen Städten durch diese Mustersatzung die Möglichkeit eingeräumt wird, durch entsprechende Satzung Graffiti-Schmierereien zu einem klaren Bußgeldtatbestand zu machen. Und dann kann man dem Täter, wenn man ihn fasst, ein Bußgeld auferlegen bis zu 5.000 Euro. Wir haben dann zwar nicht die differenzierten Einwirkungsmöglichkeiten auf den Täter wie bei einer Straftat, aber das ist immerhin schon mal ein wichtiger Schritt, dass wir mit bis zu 5.000 Euro drohen können.

Aber wir haben noch ein weiteres Problem im Graffiti-Bereich, nämlich, wir müssen die Täter auch fassen. Da hat es bisher große Schwierigkeiten gegeben. Deshalb habe ich im Sommer dieses Jahres eine Belohnung ausgesetzt für Hinweise, die zur Verurteilung von Graffiti-Tätern führen. Die Überlegung dabei ist, dass zum einen die Sprayerszene eine relativ geschlossene Gruppe bildet, in die man vielleicht durch solche Belohnungen hereinkommen kann, vor allem aber scheint mir auch wichtig, den Bürgern durch eine solche Belohnung ganz deutlich zu sagen, das ist nicht nur eine Schweinerei, sondern dagegen müssen wir ernsthaft vorgehen und trägt ihr doch bitte euren Teil dazu bei, dass wir als Gesellschaft solche Dreckecken, solche Schmierereien in unseren Städten entfernen und ernsthaft bekämpfen können.

Wie weit diese Auslobung Erfolg haben wird, ist derzeit nicht absehbar. Es geht in erster Linie darum, dass bei der Polizei entsprechende Hinweise eingehen. Dann wird die Staatsanwaltschaft eingeschaltet. Die Auszahlung des Geldes erfolgt nach Verurteilung. So weit sind wir im Zeitablauf seit dem Sommer natürlich noch nicht, so dass man Abschließendes noch nicht sagen kann.

Vielleicht noch mal einen Satz, Herr Thomas, zu dem, was Sie vorgetragen haben, zu den Projekten Kunstgraffiti. Nach meiner Auffassung und dem, was ich nach Beschäftigung mit dem Thema an Überzeugung gewonnen habe, ist es so, dass wir ganz klar zwei unterschiedliche Gruppen haben. Es gibt in der Tat Graffiti-Künstler, es gibt Leute, die sich mit der Spraydose an einer Wand verwirklichen und da auch was Tolles hinkriegen. Aber die, über die wir hier reden, die versuchen gar nicht, irgendetwas hinzubekommen, das auch nur entfernt wie ein Kunstwerk aussieht, sondern da geht es wirklich um Schmierereien. In dem Bereich denke ich dann, dass das sehr wichtig ist, was Sie gesagt haben, dass wir diejenigen, die Kunst machen wollen, unterstützen. Aber ich halte wenig davon, dass wir präventiv die Schmierereien dadurch beseitigen, dass wir denen, die Kunst machen wollen, eine Fläche zur Verfügung stellen, weil es sich, wie gesagt, um zwei verschiedene Gruppen handelt.

Präsident Hinrich Kuessner: Herr Sellering, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Herrn Thomas?

Minister Erwin Sellering: Ja, bitte, Herr Thomas.

Präsident Hinrich Kuessner: Bitte sehr, Herr Thomas.

Reinhardt Thomas, CDU: Herr Sellering, das ist richtig. Kennen Sie schon entsprechende Projekte, wo unter der Leitung von ganz herausragenden Graffiti-Künstlern diese Illegalen eingebunden werden, mit dem Ergebnis, dass sie an legalen Objekten mitarbeiten und sie dann durch ihren Kodex, den haben sie nämlich, nie wieder an diese Objekte rangehen und dass man damit im Prinzip verhindert, dass sie illegal weiterarbeiten, durch die Einbindung in diese legalen Projekte? Und nur darum handelt es sich, deswegen haben wir das vorgeschlagen.

Minister Erwin Sellering: Also mir sind natürlich alle Untersuchungen in diesem Bereich, also ich hoffe es, ...

Präsident Hinrich Kuessner: Herr Thomas, Sie müssen noch ein bisschen warten.

Minister Erwin Sellering: ... weitgehend bekannt und auch die zuständige Abteilung ist da natürlich weitestgehend informiert. Ich wiederhole aber noch mal, dass ich große Schwierigkeiten darin sehe, diese Gruppe ernsthaft an den künstlerischen Bereich heranzuführen.

Reinhardt Thomas, CDU: Darf ich eine Nachfrage stellen?

Präsident Hinrich Kuessner: Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage, Herr Sellering?

Minister Erwin Sellering: Ja.

Präsident Hinrich Kuessner: Bitte sehr, Herr Thomas.

Reinhardt Thomas, CDU: Wären Sie bereit, sich vielleicht mal mit unserer Vermittlung, mit den entsprechenden Damen und Herren zu unterhalten? Ich glaube, Ihre Meinung wäre zu ändern.

Minister Erwin Sellering: Ich bin bereit, mich dem Problem Graffiti in allen Facetten zu nähern, und ich bin zu jedem Gespräch mit Ihnen bereit, selbstverständlich.

Reinhardt Thomas, CDU: Gut, danke.

Minister Erwin Sellering: Ich denke, wir haben da ein gemeinsames Anliegen, das ist deutlich geworden.

Daran möchte ich jetzt anknüpfen. Wir haben ein gemeinsames Anliegen, das ist gut. Die Frage ist: Was tun wir aber jetzt mit Ihrem Antrag? Schön daran ist ja, dass Sie unsere gute Regierungsarbeit im Bereich Graffiti damit inhaltlich unterstützen. Das ist wunderbar, dafür bedanke ich mich. Aber ich muss auch deutlich sagen, ich finde es ein bisschen albern, wenn die Opposition jedes richtige Abstimmungsverhalten, aus Ihrer Sicht richtige Abstimmungsverhalten, der Regierung im Bundesrat mit einem entsprechenden Antrag hier im Parlament nachträglich begleitet oder aber – wahrscheinlich ist die Einschätzung realistischer – dass sie versucht, mit ihren Anträgen in einen Wettlauf mit der Regierung zu kommen und zu sagen, der Meinung sind wir auch. Das finde ich ein bisschen albern. Wenn Sie sich die Tagesordnung des Bundesrates vor Augen führen, mit häufig über hundert Punkten, kann das dazu kommen, dass wir hier diesen Landtag mit Papier überschwemmen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Das, glaube ich, wäre nicht ganz so gut. Ich möchte deshalb die Regierungsfractionen bitten, diesen Antrag abzulehnen, damit wir dieses Verhalten der Opposition nicht weiter unterstützen. In der Sache, wie gesagt, freue ich mich, dass wir einer Meinung sind. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –

Wolfgang Riemann, CDU: Na toll! Na toll! –

Gesine Skrzepski, CDU: Inkonsequent!)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Schädel von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Herr Schädel.

(Zuruf aus dem Plenum: O Gott!)

Monty Schädel, PDS: Herr Präsident!

Schädel, nicht Gott.

(Heiterkeit bei Annegrit Koburger, PDS –

Kerstin Kassner, PDS: So kann man sich irren.)

Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ärgerlich, sehr ärgerlich vor allem für die BesitzerInnen, aber auch für die MieterInnen oder einfach auch für unbeteiligte PassantInnen ist Graffiti an Häuserwänden. Besonders dann, wenn es gerade neu renovierte Häuser sind,

(Vizepräsidentin Renate Holznagel
übernimmt den Vorsitz.)

Ist dieses nach dem CDU-Antrag sogar ein Symbol für den Verfall von Ordnung und als Vorläufer für weitere Zerstörung und Vandalismus zu sehen. Die CDU meint, damit die Einschätzung von breiten Bevölkerungskreisen zu transportieren, auch auf die Gefahr hin, dass sie – das ist hier mehrfach ausgeführt worden – damit hier im Lande wieder durchfällt. Deshalb soll das Strafgesetz geändert werden und nicht mehr nur die Beschädigung und Zerstörung von Malereien auf Gegenständen anderer unter Strafe gestellt werden, sondern bereits die Verunstaltung. Abgesehen von der subjektiven Wahrnehmung von Ver-

unstaltung ist das CDU-Anliegen aus Baden-Württemberg und Mecklenburg-Vorpommern aus meiner Sicht doch eine recht überzogene Reaktion.

Zu meiner Kinder- und Schulzeit – das ist noch nicht ganz so lange her, wie es bei den meisten anderen Kolleginnen und Kollegen hier der Fall ist – hieß es noch: „Nur Narrenhände beschmieren Tisch und Wände.“ Dann war es damit gut, dann musste wieder sauber gemacht werden und es fanden eingehende Gespräche dazu statt. Jetzt, sollte es nach dem Willen der CDU gehen, soll Strafe folgen. Ein wenig überzogen, denke ich, zwei Jahre oder bis zu zwei Jahren dafür in den Knast zu gehen. Dabei wird außer der subjektiven Wahrnehmung oder optischen Beeinträchtigung des Gebrauchswertes der bemalten Fläche nichts beeinträchtigt.

Das bayrische Oberlandesgericht München formulierte dazu am 17. Mai 1999: „Durch Sprühaktionen werden diese Gegenstände zwar beschädigt, ihre jeweilige Zweckbestimmung wird jedoch nicht beeinträchtigt.“ Das Obergericht Rheinland-Pfalz stellte gar bereits 1997 fest: „Die durch Spraytechnik hergestellte Graffiti-Malerei ist eine moderne Form bildender Kunst.“

(Beifall Annegrit Koburger, PDS)

In welchem Verhältnis stehen hier die Auswirkungen von Graffiti und die Reaktionen des Staates?

Doch wir sollten uns davor hüten, denke ich, alles, was uns ärgert, unter Strafe zu stellen. Mich ärgert eine ganze Menge. Wenn wir das alles unter Strafe stellen würden! Ich denke, auch hier im Saal gibt es einige, die einiges andere ärgert. Ich denke, das ist der verkehrte Weg, so kann nicht darauf reagiert werden.

Dass Graffiti gar teilweise subjektiv als Gefährdung des Sicherheitsgefühls wahrgenommen werden soll, ist dann, denke ich, doch wirklich sehr übertrieben, vielleicht gar gleich nach dem Terrorismus, vielleicht auch noch davor. Strafe schützt weder die Hauseigentümer noch kann sie zur Bildung von Kunstverständnis und Gefühl beitragen. Hier sollen Schreckgespenster an die Wände gesprüht werden,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

so, wie es der Kollege Bartels gerade vorhin auch schon in einem anderen Fall sagte.

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Die Gedankengänge von Kolleginnen und Kollegen werden mir wohl ewig unergründlich bleiben.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Das wird so sein.

Da wird im Antrag aus Baden-Württemberg unter anderem bereits festgestellt: „Der Missstand des Sprühens und Bemalens privater und öffentlicher Flächen wird als ein Symbol für den Verfall von Ordnung und auch als Vorläufer für weitere Zerstörung und Vandalismus angesehen, ebenso, dass der mangelnden Akzeptanz der Rechtsnormen durch Jugendliche entgegengetreten werden muss.“ Doch was dann daraus folgt, ist für mich wirklich unergründlich. Aber deshalb diskutieren wir ja hier.

Strafandrohung mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren kann es, denke ich, nicht sein. Wer soll das nachvollziehen können? Meinen Sie denn wirklich, dass mit immer mehr Strafen die Menschen mehr Achtung voreinander oder

dem Eigentum anderer haben werden? Sie erheben doch dieses Gesellschaftssystem alle hier regelmäßig zum besten auf der ganzen Welt und dann sind Sie unentwegt dabei, Gesetze zu verschärfen und Regeln bis in die kleinsten Ecken der Gesellschaft aufstellen zu wollen. Wie sollen Jugendliche – und über die reden wir hier ja wohl überwiegend – zu dem System finden, wenn sie bei den Alten mit allen Ausdrucksweisen nur auf Unverständnis stoßen und Strafe zu erwarten haben?

Zu den nach Ihrer Meinung notwendigen sozialpädagogischen Maßnahmen haben Sie kurze Ausführungen gemacht, aber dabei ist, denke ich, noch lange nicht das Muss erreicht. Und in Ihrer Regierungsverantwortung, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der CDU, hat es doch die junge Generation dazu gebracht und ist es doch in diesem Lande so weit gekommen, dass vor allen Dingen das Ich zählt, anstatt das Wir. Und ich denke, das ist auch eine Reaktion darauf.

Bei allem bleibt aber insbesondere zu berücksichtigen – und das, denke ich, ist der wichtigste Punkt bei dieser ganzen Angelegenheit, ich werde dazu allerdings auch nicht so sehr viel sagen oder gerade deshalb –, dass erst dann gestraft werden kann, wenn die Straftäter oder diejenigen, die sich daneben benommen haben, wirklich gefasst werden. Wenn die Verantwortlichen gefunden sind, kann man sie auch erst bestrafen. Und daran mangelt es ja wohl offensichtlich zurzeit. Auch das Programm der Kopfprämien des Justizministeriums hat nach meinen Informationen noch nicht so sehr viel gebracht. Wir werden weiter sehen, wie es sich entwickeln wird.

Das ist alles nur Bekämpfung der Erscheinungen und nicht der Ursachen von Graffiti beziehungsweise von Menschen, die sich in dieser Gesellschaft eben nicht so benehmen, wie es alle anderen erwarten. Ich denke, es ist einem sich demokratisch nennenden System unwürdig, auf Drohungen, Polizei, Denunziation und Kopfprämien zu setzen. Aber da können wir auch unterschiedlicher Meinung sein, so ist das eben in der Demokratie, dass wir unterschiedlicher Meinung sind.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Abschließend ein Zitat, was die Motivation von denjenigen, die sich dort produzieren, ausdrücken könnte: „Wenn ihr unser Leben nicht achtet, achten wir eure Gesetze nicht.“ Und ich denke, selbst wenn wir neue Gesetze schaffen

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

und nichts zur Ursachenbekämpfung tun, werden wir nicht vorankommen. Die sozialpädagogischen Maßnahmen müssten ausgebaut werden und das heißt dann natürlich aktive Jugendarbeit

(Harry Glawe, CDU: Ja, ja.)

und aktive Beschäftigungspolitik. Das heißt nicht, mehr Polizei zu fordern. Wir werden diesen Antrag ablehnen.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Schädel.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Krumbholz von der Fraktion der SPD zu seiner ersten Rede in diesem Hohen Haus.

Bodo Krumbholz, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete!

Herr Schädel, ich muss das erst mal ein bisschen sacken lassen, zum Beispiel, dass Sie sagen: Ärger unter Strafe stellen. Ich glaube, hier geht es nicht um irgendein Ärgernis. Hier geht es darum, dass jemand, der sprayt, das Eigentum anderer beschädigt und beschmutzt – das soll bestraft werden. Wir haben im Grundgesetz den Artikel 14 – schauen Sie mal nach –, und zwar die Eigentumsgarantie.

(Monty Schädel, PDS: Das Beschädigen steht aber schon unter Strafe. –
Zuruf von Barbara Borchardt, PDS)

Ja, auch das Beschmutzen soll unter Strafe gestellt werden.

(Monty Schädel, PDS: Ich denke, das ist einfach übertrieben.)

Na gut, das können Sie gerne denken.

Meine Damen und Herren! Die in dem CDU-Antrag angesprochene Problematik des so genannten illegalen Graffiti ist hinreichend bekannt. Die Bemalung, Beschmutzung, Verunstaltung von Bauwerken, Bussen, Bahnen und Anlagen ist auch in unserem Bundesland immer häufiger anzutreffen. Das Besprühen und Bemalen von öffentlichen beziehungsweise privaten Flächen wird von breiten Teilen der Bevölkerung, das haben auch meine Vorredner schon gesagt, in der Tat als ein Symbol für den Verfall der Ordnung angesehen.

Die Kosten, die unser Gemeinwesen für die Beseitigung dieser Schmierereien ausgeben muss, sind immens und betragen beispielsweise allein in der Stadt Neubrandenburg jährlich 500.000 DM. Aus diesen Gründen setzt das Land Mecklenburg-Vorpommern schon seit längerer Zeit auf eine wirksame Bekämpfung des so genannten Graffiti. Es hat sich deshalb auch in der Vergangenheit entschieden für eine Straffälligenverfolgung von Graffiti eingesetzt. Das hat der Justizminister auch schon in Einzelheiten ausgeführt.

So hat das Land Mecklenburg-Vorpommern bereits im letzten Jahr einem entsprechenden Graffiti-Bekämpfungsgesetz im Bundesrat zugestimmt. Auch der diesbezügliche Gesetzesantrag des Landes Baden-Württemberg, der in der morgigen Sitzung des Bundesrates in Erster Lesung beraten wird, erhält die Zustimmung unseres Bundeslandes. Übrigens ist dieser Gesetzesantrag nahezu identisch mit dem Antrag aus dem vergangenen Jahr. Dass die CDU erst jetzt aufwacht und ihren Antrag offenbar in Unkenntnis der Linie des Landes Mecklenburg-Vorpommern einbringt, ist verwunderlich,

(Harry Glawe, CDU: Ja, das hat der Minister auch gesagt. – Barbara Borchardt, PDS: Sie wundert das, uns wundert das nicht.)

aber auch bezeichnend.

Mecklenburg-Vorpommern setzt sich aber nicht nur für eine strafrechtliche Lösung ein. Um eine effektive Bekämpfung von Graffiti zu ermöglichen, sind auch andere Maßnahmen notwendig. So hat das Justizministerium verfügt, dass für sachdienliche Hinweise, die zur Ermittlung eines Graffiti-Täters führen, die Auslobung von 1.000 DM als Anreiz eingeführt wurde. Das hat der Justizminister schon ausführlich dargelegt, auch die gesamte Motivation dabei.

Der Innenminister hat in der vergangenen Woche eine Musterverordnung erlassen, mit deren Hilfe Schmiererei-

en schnell und effektiv geahndet werden können. Mit Hilfe dieser Musterverordnung wurde Graffiti überhaupt erst als Ordnungswidrigkeit definiert. Die aufgrund der Musterverordnung von den Kommunen selbst zu erlassenden Verordnungen eröffnen den Ordnungsämtern die Möglichkeit, Graffiti-Sprayer zu verfolgen und deren ordnungswidriges Handeln mit Geldbußen bis zu 5.000 Euro zu sanktionieren. Im Gegensatz zu einer strafrechtlichen Lösung besteht somit die Möglichkeit, dass eine herbe Strafe unmittelbar auf dem Fuße folgt. Die eingenommenen Bußgelder können für die zügige Entfernung von Graffiti eingesetzt werden.

Zudem hat sich der Landesrat für Kriminalitätsvermeidung dieses Themas angenommen. Die Arbeitsgruppe Massenkriminalität – und es handelt sich um Massenkriminalität – entwickelt dort derzeit ein Präventionskonzept gegen Graffiti-Schmierereien, denn eines ist offensichtlich: Allein mit der Ermöglichung einer strafrechtlichen Sanktionierung von Graffiti lässt sich diesem Phänomen nicht beikommen. Ergänzend nötig sind vielmehr auch präventive Ansätze, wie zum Beispiel das Anbringen von Schutzschichten oder besonderen Untergründen, die das Besprayen von Gebäuden, Bussen oder Zügen erschweren. Die demonstrative und unmittelbare Entfernung von Graffiti an öffentlichen Gebäuden und die besondere Überwachung der Abstellflächen von öffentlichen Verkehrsmitteln sowie eine Sichtung und Archivierung der verschiedenen Arten von Schriftzügen, welche hilfreich bei der Identifizierung der Verursacher sein können, ist ebenfalls sinnvoll.

(Monty Schädel, PDS: Das ist aber keine Ursachenbekämpfung, sondern nur der Erscheinungen.)

Daneben können wir auch, wie die CDU treffend erkennt, für organisierte Säuberungsaktionen und die Bereitstellung – jetzt kommt es – legaler Bemalungs- und Besprühungsmöglichkeiten für Jugendliche zur Bekämpfung von Graffiti beitragen.

Werte Kolleginnen und Kollegen der Opposition! Ich möchte hier noch einmal betonen, dass wir, was die Problematik inhaltlich betrifft, gar nicht so weit auseinander liegen. Abgesehen davon enthält der vorliegende Antrag der CDU keinerlei neue Anregungen, sondern beschreibt lediglich ein altes, bekanntes Problem. Dass die CDU mit ihrem altbackenen Antrag offene Türen einrennt, wurde dort offensichtlich noch gar nicht bemerkt. Der vorliegende Antrag ist jedenfalls überflüssig.

Und, meine Damen und Herren, auch wenn ich dem Parlament erst seit einigen Tagen angehöre, so ist mir doch schon bewusst, dass man überflüssige Anträge möglichst schnell ablehnen sollte, und das werden wir als SPD-Fraktion dann auch tun.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Krumbholz.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dr. Born von der Fraktion der CDU.

(Barbara Borchardt, PDS: Nun geht's los!)

Dr. Ulrich Born, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Justizminister hat hier inhaltlich eine Rede gehalten, die so ausgefallen ist, dass ich ihm eigentlich zusätzlich das Geburtstagsgeschenk machen wollte, auf meinen Redebeitrag zu verzichten,

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU – Zuruf von Monty Schädel, PDS)

weil ich das nur alles voll unterstreichen kann, was er inhaltlich gesagt hat. Dass es ein paar parteipolitische Einfärbungen gibt, das sehe ich auch einem Mitglied der Landesregierung nach. Aber, meine Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir sind nicht unter uns, wir haben erfreulicherweise ja doch eine große Zuhörerschaft hier. Und nach dem Beitrag des Kollegen Monty Schädel, denke ich, ist es doch notwendig, deutlich zu machen, dass es hier einige sehr fundamentale Unterschiede zwischen der CDU-Fraktion des Landtags und der PDS gibt.

(Monty Schädel, PDS: Ach, da bin ich ja froh. Da bin ich ja froh, dass es das noch gibt. – Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Ich möchte an dieser Stelle einmal darauf hinweisen, dass offensichtlich das Grundverständnis von der Funktion des Strafrechts bei einigen im Hause nicht vorhanden ist oder abhanden gekommen ist.

(Barbara Borchardt, PDS:
Na, das ist ja eine Unterstellung! –
Angelika Gramkow, PDS: Vorsichtig!)

Strafrecht, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat schon immer mehrere Funktionen gehabt,

(Peter Ritter, PDS: Wer sich in Gefahr begibt, bekommt eins auf die Nuss!)

nämlich einmal die von Herrn Monty Schädel hier hervorgehobene Funktion der Repression. Das ist eine, wenn man es darauf beschränkt, sehr veraltete Vorstellung, die mit dem modernen Strafrecht nur noch wenig zu tun hat.

(Präsident Hinrich Kuessner
übernimmt den Vorsitz.)

Repression ist notwendig, aber Strafrecht ist immer nur Ultima Ratio, das heißt, es ist nur die letzte Möglichkeit einer angemessenen Reaktion des Staates, wenn nämlich andere Maßnahmen versagen. Strafrecht hat deshalb anerkanntermaßen auch immer die wesentliche Funktion der Generalprävention.

Und hier spielt unser Thema in der Tat eine sehr entscheidende Rolle. Es ist eben keine Lappalie, über die wir reden, das hat der Minister in seiner Rede hier sehr deutlich gemacht, sondern es geht um grundsätzliche Fragen unseres Rechtsstaats. Das Graffiti-Problem hat auch mit Sicherheit zu tun, nämlich mit Rechtssicherheit, mit dem Sicherheitsgefühl unserer Bürgerinnen und Bürger. Ich will noch einmal das aufgreifen, was Kollege Thomas hier sehr deutlich geschildert hat. In den vor allem in den größeren Städten und öffentlichen Verkehrsmitteln fast allgegenwärtigen Schmierereien sehen viele Bürgerinnen und Bürger ein Symbol für den Zerfall von Ordnung, einen Vorläufer für weitere Zerstörungen und letztlich eine Gefährdung ihrer persönlichen Sicherheit.

(Beifall Harry Glawe, CDU: So ist es. – Heiterkeit bei Annegrit Koburger, PDS)

Meine Damen und Herren! Das Rechtsbewusstsein der Bevölkerung nimmt, wenn man dies alles so geschehen lässt, zwangsläufig ab. Die Menschen fühlen sich unwohl in den Bereichen, in denen die Ordnung augenscheinlich nicht mehr durchgesetzt wird, und versuchen, solche Bereiche zu meiden. Letztlich sehen sie sich gezwungen, damit ein Stück Freiheit aufzugeben.

Kollege Thomas hat hier sehr deutlich auf die Aktionsbündnisse hingewiesen. Das ist eine sehr, sehr sinnvolle Maßnahme. Und ich sage noch einmal: Strafrecht ist nur Ultima Ratio. Das heißt, all das, was wir tun können, um zu vermeiden, dass es überhaupt zu strafbaren Handlungen kommt, sollten wir tun. Aber dazu gehört eben auch, dass wir wirksame Straftatbestimmungen haben. Und wenn hier – nicht vom Justizminister, sondern von den Kollegen, die sich geäußert haben – offensichtlich hinsichtlich der Ausgestaltung der Straftatbestände einige Unklarheiten herrschen, dann muss man ganz deutlich darauf hinweisen, warum denn diese Handlung, die hier beschrieben wird, mit Graffiti-Schmierereien bisher nicht strafrechtlich erfasst ist. Das hat den ganz einfachen Grund, weil im Strafrecht der Grundsatz gilt, dass jedes einzelne Tatbestandsmerkmal im vollen Umfang erfüllt sein muss, damit jemand bestraft werden kann. Es gibt keine Analogie zu Ungunsten von Tätern oder Menschen, die etwas tun, was als strafwürdig empfunden wird, aber eben nicht im Gesetz ausdrücklich so geregelt ist.

Wenn wir schon bei dem Tatbestand sind, der Sachen schützen soll, Eigentum schützen soll, erinnere ich daran, dass ursprünglich auch einmal der Diebstahl von Strom nicht strafbar war. Das musste eigens im Strafgesetzbuch festgelegt werden, weil auch hier – das war zu Beginn des letzten Jahrhunderts der Fall – sich herausstellte, dass die Straftatbestimmungen einfach nicht ausreichen, um einem bewussten Anliegen des Rechtsstaates auch Rechnung zu tragen, nämlich seine Bürgerinnen und Bürger vor fremden Übergriffen zu schützen.

Es geht also um einen wirksamen Schutz des Eigentums. Jährlich müssen Eigentümer große Beträge für die Beseitigung der Graffiti-Schäden aufwenden. Ersatzansprüche stehen ihnen zivilrechtlich zwar zu, sie tatsächlich durchzusetzen ist aber häufig reine Illusion. Und wenn Eigentümer zum Schutz ihrer Sachen Maßnahmen ergreifen, die die Beseitigung der Schäden erleichtern, spielen sie zumindest rein strafrechtlich auch noch den Tätern in die Hände, denn – so hat ein Gericht festgestellt, nicht nur ein Gericht, sondern das ist nach dem Gesetz tatsächlich so abzuleiten – eine Sachbeschädigung, so, wie der Paragraph 303 Strafgesetzbuch jetzt ausformuliert ist, liegt eben gerade nicht vor, wenn eine Sache mit einem Schutzanstrich versehen wurde, der ein Ablösen der Farbe ermöglicht, ohne den Untergrund zu verletzen. Das heißt, wir haben hier unbestritten einen erheblichen Schaden, gleichwohl greift das Strafrecht nicht, weil der Substanzverlust, auf den der Minister auch hingewiesen hat, nicht vorhanden ist.

Hier sind wir also am Kern des Problems: Die Rechtsprechung fordert für die Sachbeschädigungen eine Substanzverletzung. Kann die Schmiererei ohne Eingriff in den Haftuntergrund beseitigt werden, und sei der Aufwand noch so groß, ist der Tatbestand des Paragraphen 303 folgende Strafgesetzbuch nicht erfüllt. Kann die Schmiererei hingegen rückstandsfrei beseitigt werden, liegt nach derzeitiger Rechtslage keine Straftat vor. Auch hier wird für den Nachweis der Substanzverletzung häufig ein Sachverständigengutachten benötigt. Dies bindet erhebliche Ressourcen in der Strafrechtspflege und steht außerhalb jeglicher Relation zu der zu erwartenden Ahndung. Das können wir nicht länger hinnehmen. Es muss im Strafgesetzbuch eindeutig zum Ausdruck kommen, dass die gegen das Recht verstoßende Graffiti-Schmiererei eine solche Sachbeschädigung ist. Insofern gilt es, das

Verunstalten als Tatbestandsmerkmal in die Vorschriften der Paragraphen 303, 304 Strafgesetzbuch aufzunehmen.

Und nun ist darauf hingewiesen worden, dass der Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages bereits im Oktober 1999 Sachverständige zum Thema Graffiti-Bekämpfung gehört hat. Grundlage der Anhörung waren Gesetzentwürfe des Bundesrates, hier ursprünglich eingebracht vom Berliner SPD-Justizminister, der FDP-Fraktion, der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Diese Gesetzentwürfe haben alle die gleiche Zielrichtung gehabt.

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sage das hier ganz offen und unumwunden, auch mir gefällt es wenig, wenn der Landtag sich immer wieder veranlasst sieht – und das sind ja alle Fraktionen dieses Hauses –, die Landesregierung aufzufordern, in einer bestimmten Weise im Bundesrat zu votieren. Das halte ich verfassungsrechtlich zumindest für bedenklich. Wenn die Regierung von sich aus tätig wird – wir haben heute Morgen gesehen, dass die Regierungsfaktionen die Regierung aufgefordert haben, eine absolute Selbstverständlichkeit zu machen, nämlich ein Verkehrskonzept zu erarbeiten –, also wenn die Regierung ihre Pflicht tut, dann sind solche Anträge nicht notwendig.

Nur, verehrter Herr Kollege Krumbholz, hier muss ich leider sagen, wenn Sie hier von altbackenen Vorschlägen reden, müssen Sie auch sehen, es ist ja in der Tat so, dass der damalige Justizminister Herr Dr. Ringstorff im Bundesrat vergeblich den zutreffenden Entwurf – und das ist ja hier unstrittig im Haus – des Landes Baden-Württemberg unterstützt hat. Das heißt, es sind Ihre eigenen politischen Kräfte, die hier bisher verhindert haben, dass eine sachlich dringend gebotene Regelung getroffen wird.

(Reinhardt Thomas, CDU:
Der Staatssekretär genauso.)

Und deshalb ist es, glaube ich, sehr hilfreich, wenn der Landtag die Landesregierung im Vorfeld einer Bundessatzung bittet und damit unterstützt, einer solchen Regelung zuzustimmen. Denn wir können ja davon ausgehen, dass trotz aller klaren Äußerungen unseres Landesjustizministers in Berlin nach wie vor diejenigen Kräfte vorhanden sind, die sagen: Das ist doch alles nicht so schlimm. Das mag ja dort mit einer gewissen Farbenlehre zu tun haben. Offensichtlich gibt es zu viele Graffiti-Spezialisten beim grünen Koalitionspartner. Nur das darf nicht dazu führen, dass sachgerechte Lösungen unterbleiben. Und deshalb ist mir das im Prinzip völlig egal, ob Sie hier sagen, wir brauchen die Regierung nicht mehr eigens aufzufordern. Wichtig ist, dass in der Sache selbst im Bundesrat richtig entschieden wird, dass das Land Mecklenburg-Vorpommern den Antrag des Landes Baden-Württemberg unterstützt und dass wir so schnell wie möglich das Strafgesetzbuch in den einschlägigen Bestimmungen der Paragraphen 303 folgende so ergänzen, dass das, was von der überwiegenden Mehrheit des Hohen Hauses als strafwürdig angesehen wird, auch in Zukunft im Strafgesetzbuch geregelt ist. Dann haben wir auch einen wirksamen Beitrag zur Prävention geleistet. Und deshalb geht es mir darum, dass Sie in der Sache unserem Antrag Rechnung tragen. Wie Sie das formal aus parteitaktischen Gründen hier handhaben, das ist völlig zweitrangig. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/2313. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich ums Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/2313 ist mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 17**: Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Förderung erneuerbarer Energien, Drucksache 3/2315.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Förderung erneuerbarer Energien
– Drucksache 3/2315 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Holznagel von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Frau Holznagel.

Renate Holznagel, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Aus aktuellem Anlass bringt meine Fraktion heute den Ihnen vorliegenden Antrag zur Förderung erneuerbarer Energien ein.

Wenn auch die Landesregierung im März dieses Jahres vollmundig die Erfolge der vergangenen Legislaturperiode nur als ihre eigenen verkünden wollte, so ist sie nun offensichtlich nicht bereit, den Worten die richtigen Taten folgen zu lassen. Vielmehr lässt sie mit der Richtlinie für die Gewährung von Zuwendungen des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur verstärkten Nutzung zukunftssträchtiger Energietechniken Privatpersonen und die unter 3.2. der Richtlinie aufgeführten Unternehmen aus der Landwirtschaft, Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe, Einkaufszentren und großflächige Handelsbetriebe, Autohäuser und Tankstellen sowie berufsbedingte Einrichtungen von Rechts- und Patentanwälten, Notaren, Maklern, Wirtschafts- und Buchprüfern, rechts-, steuer- und wirtschaftsberatenden Berufen, Ärzten, Zahnärzten und Tierärzten im Regen stehen beziehungsweise nicht in dieser Richtlinie als Zuwender erscheinen.

Nun kann man versuchen, diesen Ansatz des Wirtschaftsministers mit zwei Argumenten zu erklären: Entweder die erneuerbaren Energien, die durch Anlagen, welche sich in Eigentum der vorgenannten Berufsgruppen befinden, produziert werden, werden nicht so klimaschonend wie andere erneuerbare Energieformen betrachtet, oder die Landesregierung ist der Auffassung, dass die landeseigene Förderung eine zusätzliche Einkommensquelle darstellt. Für mich ist allerdings klar: Die willkürliche Einschränkung der Zuwendungsempfänger ist nicht verfassungskonform und vielleicht hier doch dem Sozialneid geschuldet.

(Caterina Muth, PDS: Dann dürften ja keine Richtlinien verfassungskonform sein, die Einschränkungen enthalten.)

Dieser Ausschluss ist umso weniger zu verstehen, da gerade im Geschäftsbereich des Wirtschaftsministeriums noch Haushaltsreste aus dem Jahr 2000 von insgesamt 1.163.000 Euro für die Förderung zukunftssträchtiger Energietechniken zur Verfügung stehen.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nachhaltige Entwicklung – dieser Begriff, der derzeit in aller Munde ist und doch nur von wenigen so richtig umgesetzt wird, muss auch von Privatpersonen und den zuvor genannten Unternehmungen umgesetzt werden können. Nur dann kommen wir weiter.

(Zuruf von Ute Schildt, SPD)

Nach eigenen Angaben wurden in den Jahren 1998 bis 1999 durch das Wirtschaftsministerium 632 Vorhaben zur Nutzung erneuerbarer Energiequellen gefördert. Das Fördervolumen betrug insgesamt 7,3 Millionen DM und löste in den Bereichen der Nutzung von Biogas, Biomasse, Solarthermik, Fotovoltaik und Wärmepumpen einen Investitionsschub von insgesamt 10,5 Millionen DM aus. Mit der Erarbeitung des Klimaschutzkonzeptes des Landes, der Novellierung des Energiewirtschaftsrechtes sowie des Stromeinspeisegesetzes wurden durch die CDU Vorgaben und rechtliche Grundlagen fixiert, die die Förderung und Entwicklung neuer Technologien ermöglichen. Das waren erste wichtige Schritte zur Förderung der erneuerbaren Energietechniken. Weitere müssen folgen, und hier muss vieles noch besser gemacht werden.

(Caterina Muth, PDS: Wohl wahr!)

Die Politik steht mehr denn je in der Verantwortung, die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Umsetzung der in Rio eingegangenen Verpflichtungen zu setzen. Aus diesem Grund reicht es nicht aus, nur einige prestigeträchtige Großvorhaben zu fördern, um sich ins rechte Licht zu stellen.

(Caterina Muth, PDS: Wie man es früher immer gemacht hat.)

Der Gedanke der Nachhaltigkeit muss vielmehr an die Menschen herangetragen werden und mit ihnen verwirklicht werden. Dazu gehören auch Privatunternehmen und Personen, die über die Förderung zu motivieren sind, ihr Geld zu investieren. Hierfür bedarf es einer gezielten Unterstützung privater Vorhaben, um die Menschen zum globalen Denken und lokalen Handeln anzuregen.

(Vizepräsidentin Kerstin Kassner übernimmt den Vorsitz.)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Eine Gesellschaft unter dem Leitbild einer nachhaltigen Forschung und Entwicklung wird neue Technologien nutzen müssen. Gerade im Bereich der Energietechnologie ist es notwendig, die konventionellen Technologien weiterzuentwickeln und die Entwicklung neuer Technologien, wie zum Beispiel die Nutzung der Biomasse, voranzutreiben. Diese zukunftssträchtigen Technologien bedürfen der Unterstützung der Politik. Ich glaube, darin sind wir uns einig und nicht Bedenkensträger, wie damals zum Beispiel der ehemalige Wirtschaftsminister Herr Dr. Ringstorff, der seinerzeit davon sprach: „Unter der Flagge zukunftssträchtiger Technologien segelt ein Projekt, was ich so nicht gut heißen kann. Man kann nicht unter der Flagge eines Biomasseheizkraftwerkes in Hagenow den Versuch starten, Abfälle zu verbrennen, und zwar nicht nur einfache Abfälle, sondern, wie ich meine, sogar Sonderabfälle.“ Glücklicherweise, meine Damen und Herren, hat sich diese Meinung seinerzeit nicht durchsetzen können

(Caterina Muth, PDS: Das waren Ihre Leute, die das damals geplant haben. Das ist doch wohl nicht zu fassen!)

und das Biomassekraftheizwerk Hagenow segelt heute nicht mehr allein auf dem Ozean Mecklenburg-Vorpommern, um im Bild zu bleiben. Und ich denke, der Ministerpräsident Dr. Ringstorff wird heute anders denken.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, eine Seite muss ich noch ansprechen. Offensichtlich haben gerade

die Vertreter der Koalition erhebliche Kommunikationsstörungen mit ihren Parteifreunden in Berlin. Während sie hier in der Vergangenheit das prima Klima lobten, wurden die erneuerbaren Technologien durch Berlin mit 800 Millionen DM so genannter Ökosteuer belastet. Dagegen hat meine Fraktion bereits am 16. März 1999 einen Antrag eingebracht, der mit den Stimmen der Koalitionäre leider abgelehnt wurde. Die in jeder Hinsicht unsinnige Belastung der regenerativen Energieträger durch die Ökosteuer sollte dann allerdings im Rahmen einer Förderung erneuerbarer Energietechniken zurückfließen. So wurde seinerzeit vereinbart, dass 300 Millionen DM aus dem Aufkommen der so genannten Ökosteuer zur Förderung der Solarthermik bereitgestellt werden sollen. Nun allerdings hat der Wirtschaftsminister der Bundesregierung am 1. dieses Jahres das erste Mal und am 25. Juli dieses Jahres ein zweites Mal die Fördersätze in diesem Segment reduziert.

Um die damit einhergehenden Auswirkungen etwas zu veranschaulichen, möchte ich Ihnen hier ein Beispiel aufzeigen. Während der private Häuslebauer vor den Kürzungen des Bundeswirtschaftsministeriums für die Installation von acht Quadratmetern Sonnenkollektorenfläche einen Zuschuss von 4.000 DM erhielt, erhält er heute gerade mal 1.360 DM. Das heißt im Klartext, 70 Prozent des Fördervolumens sind nicht mehr vorhanden. Die Förderung für neue Heizkessel wurde vollständig gestrichen. So hat der Bundeswirtschaftsminister in einem Handstreich die Förderprogramme verändert und für beträchtliche Verunsicherung unter den Verbrauchern, Handwerkern und Solarfirmen gesorgt. Wenn das so weitergeht, meine Damen und Herren, dann müssen die Häuslebauer wahrscheinlich für ihr Umweltbewusstsein bald dem Bundeswirtschaftsminister etwas Geld überweisen. Das darf und kann nicht Ziel einer vertrauensbildenden Umweltpolitik sein.

(Beifall Harry Glawe, CDU – Caterina Muth, PDS:
Ach guck mal, da hinten sitzt auch noch einer!)

Während sich der Bundesumweltminister in Den Haag und Bonn als Verfechter des Klimaschutzes verkauft,

(Barbara Borchardt, PDS: Wo sind deine Kollegen denn? – Zuruf von Lorenz Caffier, CDU)

setzen der Bundeswirtschaftsminister und der Landwirtschaftsminister fast zeitgleich den Rotstift beim praktischen Klimaschutz an. Hier muss sich die Landesregierung einsetzen, und nicht wie bisher in fast all diesen Bereichen einknicken,

(Caterina Muth, PDS: Oh, oh, oh, Renate, das ist aber nun wirklich nicht wahr, was du hier sagst! – Zuruf von Barbara Borchardt, PDS)

etwas zu verändern. Das geht hier um die Förderung und die Finanzen. Und da, denke ich, sind wir uns, wenn wir uns die Zahlen angucken, sicher einig.

(Barbara Borchardt, PDS:
Na ja, Sie haben andere Zahlen.)

Klar aber muss gesagt werden, dass wir eine beständige und berechenbare Förderpolitik im Bereich der erneuerbaren Energien brauchen, um so das Interesse beim Verbraucher für diese Technologie zu halten.

(Caterina Muth, PDS: Ja, das hätten
Sie alles schon mal machen können,
dann wären wir ein ganzes Stück weiter.)

Inwieweit die Förderpolitik des Landes und auch der Bundesregierung das Vertrauen der Verbraucher fördert, ist im Moment eben, wie gesagt, fraglich. Aus diesem Grunde fordern wir die Landesregierung auf, den Kreis der Zuwendungsempfänger in der Richtlinie für die Gewährung von Zuwendungen des Landes Mecklenburg-Vorpommern zu verstärken, die Nutzung zukunftssträchtiger Energietechniken auf Privatpersonen und alle anderen juristischen Personen zu erweitern und sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass das Marktanzreizprogramm zugunsten erneuerbarer Energien wieder in Höhe von 300 Millionen DM zur Verfügung gestellt wird.

(Caterina Muth, PDS: Das
ist richtig. Das ist richtig.)

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Frau Holznagel.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer bis zu 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Die Aussprache ist eröffnet.

Das Wort hat der Wirtschaftsminister Herr Dr. Ebnet.

Minister Dr. Otto Ebnet: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die CDU will im ersten Punkt ihres Antrages, dass auch Privatpersonen vom Land gefördert werden, wenn sie in die Nutzung erneuerbarer Energien investieren wollen. Nun gibt es aber schon einen ganz bunten Blumenstrauß von Fördermöglichkeiten des Bundes für Private in diesem Bereich. Das beginnt bei der Einspeisevergütung nach dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz und reicht bis zu Zuschüssen und Darlehen maßgeblich über das Marktanzreiz- und das 100.000-Dächer-Programm. Dies bedeutet, es geht nicht darum, ob die privaten Antragsteller überhaupt eine Förderung erhalten, denn sie erhalten sie.

(Caterina Muth, PDS: Ja.)

Wir müssen uns aber fragen, ob es notwendig ist, dass die Privathaushalte eine zusätzliche beziehungsweise eine höhere Förderung erhalten als die Bundesförderung. Das müssen wir uns fragen, auch vor dem Hintergrund der überall knappen Mittel, die wir dort einsetzen wollen, wo es am meisten bringt. Frau Holznagel, mehr Geld haben auch Sie nicht.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Also muss man Prioritäten setzen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Harry Glawe, CDU: Ist ja aber nichts mehr da.)

Die privaten Anträge würden in Konkurrenz zu den gewerblichen Anträgen stehen und für die hätten wir dann weniger Geld zur Verfügung. Ich denke, das wäre der falsche Weg.

Meine Damen und Herren, die Fraktion der CDU fordert in ihrem Antrag auch die ersatzlose Streichung des Punktes 3.2. der Richtlinie. Ich bin mir nicht sicher, ob Sie sich das wohl überlegt haben.

(Caterina Muth, PDS: Tja.)

Im Punkt 3.2. der Richtlinie werden bestimmte Unternehmen von der Förderung ausgeschlossen. Das sind

zum Beispiel Unternehmen aus der Landwirtschaft, Kreditinstitute, das Versicherungsgewerbe, Einkaufszentren, Rechtsanwalts-, Notar- und Maklerbüros, Arzt- und Zahnarztpraxen.

(Renate Holznagel, CDU: Tierärzte auch.)

Warum haben wir diese Unternehmen ausgeschlossen?

(Lorenz Caffier, CDU: Tierärzte auch. –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Dass Landwirtschaftsbetriebe ausgeschlossen sind, hat seine Ursache im Gemeinschaftsrahmen für staatliche Beihilfen im Agrarsektor der EU. Ursprünglich waren bei uns landwirtschaftliche Unternehmen mit einbezogen. Die EU-Kommission hat aber im Genehmigungsverfahren ihre Einwände gegen unsere Richtlinie vorgebracht und deshalb mussten sie rausgenommen werden. Es gibt jedoch einen einfachen Weg, für die Landwirtschaft beim Einsatz erneuerbarer Energien Förderung zu erhalten, und dieser Weg führt über die Gründung gewerblicher Unternehmen, wenn sie Anlagen betreiben.

(Beifall Ute Schildt, SPD)

Somit ist die Landwirtschaft insgesamt nicht ausgeschlossen und das halte ich auch für wichtig.

Ausgeschlossen, meine Damen und Herren, haben wir aber beispielsweise Banken. Ich denke, ein Land wie Mecklenburg-Vorpommern sollte sich nicht den Luxus leisten, Banken, Versicherungskonzerne und große Handelsketten in diesem Bereich zu fördern.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Und, Frau Holznagel, Ihr Antrag wird in der Konsequenz, wenn man ihn zu Ende denkt, dazu führen, dass der Handwerker weniger bekommt und die Banken und die Versicherungskonzerne dann dieses Geld, das der Handwerker nicht bekommt, erhalten. Und das wollen wir nicht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS – Peter Ritter, PDS:
Die können eher noch was spenden.)

Was die ebenfalls ausgeschlossenen freien Berufe angeht, da gilt die gleiche Argumentation wie bei der Förderung von Privatpersonen. Auch für diese stehen die Förderprogramme des Bundes zur Verfügung. Auch hier müssen wir uns also die Frage beantworten, ob es nötig ist, hier zusätzlich oder höher als Land zu fördern, als das bereits durch den Bund geschieht.

Meine Damen und Herren, unsere Zielrichtung muss eine andere sein. Wir müssen unsere Mittel möglichst effizient einsetzen. Wir dürfen uns nicht verzetteln, sondern müssen Schwerpunkte setzen, und das tun wir auch.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Wenn Sie kleckern wollen, ist das eine andere Strategie, mit Schwerpunkten und Prioritäten hat das allerdings nichts zu tun.

(Caterina Muth, PDS: Ja.)

Die Schwerpunkte liegen dort, wo für Mecklenburg-Vorpommern die größten Wachstums- und Beschäftigungspotentiale liegen. Ich denke hier besonders an den Bereich der Nutzung der bioenergetischen Rohstoffe.

Dort wollen wir fördern, um unser Potential weiter zu erschließen. Das ist vor allem für den ländlichen Raum in Mecklenburg-Vorpommern wichtig.

Meine Damen und Herren, in Punkt 2 Ihres Antrages will die CDU, dass das Marktanreizprogramm in voller Höhe erhalten bleibt. Das wollen wir auch. Deshalb haben wir uns in dieser Sache auch schon an die Bundesregierung gewandt und uns für die Beibehaltung der finanziellen Ausstattung des Programms eingesetzt. Sie hecheln hier hinterher.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Dieser Punkt Ihres Antrages, meine Damen und Herren von der CDU, ist in Arbeit. Wir setzen das, was auch Sie wollen, bereits um, und zwar ohne von Ihnen aufgefordert zu sein.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD
und Angelika Gramkow, PDS –
Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Damit sehe ich für die Landesregierung auch keinen Grund, dem zweiten Punkt Ihres Antrages zuzustimmen. Er hat sich bereits erledigt. – Danke sehr.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Herr Minister, gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Herrn Caffier?

(Caterina Muth, PDS: Na, Lorenz, auch
wieder da? – Heiterkeit bei einzelnen
Abgeordneten der SPD und PDS)

Bitte sehr, Herr Caffier.

Lorenz Caffier, CDU: Herr Minister, sehe ich das richtig, wenn beispielsweise die angesprochenen Banken oder auch Handelsketten einen eingetragenen Verein bilden, dann werden sie wieder förderfähig?

Minister Dr. Otto Ebnet: Die Frage, Herr Caffier, müsste ich erst prüfen, um zu beantworten, ob es hier Schlupflöcher gibt, die auch den Banken und Versicherungskonzernen offen stehen.

(Heiterkeit bei Caterina Muth, PDS:
Ich hätte hier eine Idee.)

Im Moment habe ich noch keine Bank gesehen und keinen Versicherungskonzern gesehen. Wenn die Allianz jetzt einen eingetragenen Verein gründen will, wäre das für mich eine Überraschung. Warten wir mal die Praxis ab und wenn ein derartiger Antrag vorliegt, dann werden wir den auch richtig entscheiden.

(Barbara Borchardt, PDS:
Und prüfen, ganz gründlich prüfen. –
Angelika Gramkow, PDS: Ganz lange prüfen. –
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Lorenz Caffier, CDU: Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Muth für die PDS-Fraktion.

Caterina Muth, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es besteht kein Zweifel, erneuerbare Energien

sind im Vormarsch und erfreuen sich immer größerer Beliebtheit. Das zeigt auch der Einsatz der erneuerbaren Energien in unserem Land. Und wir wissen alle, dass das ein Beitrag für nachhaltige Klimapolitik ist. Jedoch meinen wir, und das zeigt auch die heutige Debatte, dass erneuerbare Energien und ihr Einsatz kein Selbstläufer sind. Wir haben ja in diesem Hohen Hause schon öfter über dieses Thema gesprochen. Ich will an das Klimaschutzkonzept erinnern und an das Innovationsprogramm über nachwachsende Rohstoffe und erneuerbare Energien.

Ja natürlich, Frau Holznagel, da haben Sie völlig Recht, es bedarf noch großer Anstrengungen, um für erneuerbare Energien und nachwachsende Rohstoffe weitere bessere Bedingungen zu schaffen, damit sie eingesetzt werden. Gar keine Frage, mehr wäre besser. Aber, meine Damen und Herren, jetzt komme ich zu Ihrem Antrag, Sie wollen die Richtlinie ändern und Privatpersonen und darüber hinaus zurzeit nicht antragsberechtigte Unternehmen mit in den Kreis derjenigen aufnehmen, die von uns gefördert werden – der Wirtschaftsminister hat es hier schon erläutert –, Versicherungsunternehmen, Banken, Handelsbetriebe und so weiter, Unternehmen, von denen man nicht unbedingt sagen kann, dass sie bedürftig sind.

(Beifall Monty Schädel, PDS)

Und da stellen sich drei Fragen bei Ihrem Ansinnen:

- Ist es sinnvoll, alle Personen und Unternehmen antragsberechtigt zu machen?
- Ist es machbar, einen solchen Anspruch umzusetzen?
- Warum schließt die Richtlinie das bisher aus?

Die dritte Frage hat der Wirtschaftsminister beantwortet, doch liegen die Antworten aller drei Fragen dicht beieinander. Zweifelsfrei ist es aus unserer Sicht wünschenswert, dass ein möglichst großer Kreis an Interessenten regenerative Energien nutzt. Wenn wir uns jedoch unsere finanziellen Potentiale anschauen und mit denen der Banken zum Beispiel vergleichen, so können wir ganz klar feststellen: Wir müssen auch in diesem Bereich Prioritäten setzen und das ist das Anliegen dieser Förderrichtlinie. Somit ist die Frage nach dem Sinn, ob man alle reinnehmen soll, denke ich, schon beantwortet.

Privatpersonen haben natürlich, und das wissen auch Sie, vielfältige Möglichkeiten, über bundespolitische Förderprogramme gefördert zu werden. Erwähnen will ich nur das 100.000-Dächer-Solarstromprogramm, aufgelegt bereits 1999, mit dem immerhin schon 300 Megawatt installiert wurden und bis Ende 2001 wohl 100 Megawatt noch dazukommen. Ich will an dieser Stelle auch noch mal darauf hinweisen, dass die Kreditanstalt für Wiederaufbau und die Deutsche Ausgleichsbank eine Reihe von Programmen aufgelegt haben, die Privatpersonen in Anspruch nehmen können.

Ich will hier nicht noch auf andere Titel im Haushalt eingehen, die auch diesen Bereich nachwachsende Rohstoffe und erneuerbare Energien fördern. Aber ich will an dieser Stelle klipp und klar sagen: Frau Holznagel, wie stellen Sie sich das denn vor, wenn Sie alle antragsberechtigt machen wollen? Werden wir dann nach Windhundprinzip wieder die Gelder verteilen? Wird dann jeder eine Mark, zwei oder drei kriegen, weil es so viele Antragsteller sind? Ich denke, die Prioritätensetzung, die in der Förderrichtlinie geregelt ist, ist völlig korrekt, unterstützt die Unternehmen, die in diesem Land auch Unterstützung brauchen,

die in diesem Bereich auch aktiv werden wollten. Und ich meine, dass neben der Frage, die Sie gestellt haben, wer förderberechtigt ist und wer nicht – das ist nicht die entscheidende Frage –, ganz andere Fragen stehen, so die Erhöhung der finanziellen Mittel zum Beispiel auf Bundesebene, die Sie in Punkt 2 angesprochen haben – darauf komme ich noch zurück –, und eine noch ganz andere Frage, die Sie vielleicht mal hätten thematisieren sollen als Opposition, wie denn zum Beispiel die Landesregierung bisher das EU-Weißbuch zu erneuerbaren Energien umgesetzt hat. Das wäre mal ein ordentlicher Antrag gewesen.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Angelika Gramkow, PDS: Aber Cati, das wollten wir doch auch machen.)

Kommen wir aber zum zweiten Punkt Ihres Antrages, wo Sie das Marktanreizprogramm thematisiert und völlig zu Recht darauf hingewiesen haben, welche Pläne die Bundesregierung hat.

(Barbara Borchardt, PDS: Jetzt macht sie die Arbeit von der Opposition.
Das kann ja nicht wahr sein!)

Ihr Antrag gibt uns somit auch Gelegenheit, mal unsere Position dazu deutlich zu machen. Dass die Landesregierung schon handelt, hat auch der Wirtschaftsminister bereits gesagt. Nun ja, dass Sie es nicht mitbekommen haben, hm, hm, das kennen wir so.

(Monty Schädel, PDS: Das passiert.)

Ich denke, die Regierung handelt, das ist okay. Wir unterstützen sie auch in diesem Handeln. Aber ich denke, völlig korrekt ist, dass das, was auf Bundesebene auf diesem Weg realisiert wird, nicht zu akzeptieren ist.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Eine Senkung dieses Programmes ist aus meiner Sicht ein Nichteinlösen eines Versprechens, was vor längerer Zeit gegeben wurde, als es nicht gelang, regenerative Energien aus der Besteuerung herauszunehmen. Zu dem Zeitpunkt war damit gekoppelt, dass ein Marktanreizprogramm errichtet wird, um regenerative Energien zu fördern. Wenn dieses also jetzt gesenkt wird, sage ich, die Bundesregierung beschreitet hier einen falschen Weg, denn wenn wir uns einmal die Einnahmen aus der Besteuerung regenerativer Energien anschauen, so werden sie im Jahr 2002 wahrscheinlich 700 Millionen DM betragen. Und da sage ich, vor dem Hintergrund dieser Einnahmen ist eine Senkung im Marktanreizprogramm auf 200 Millionen DM nicht zu akzeptieren. Ganz im Gegenteil, richtig wäre es, dieses Programm noch weiter aufzustocken.

(Beifall Barbara Borchardt, PDS,
und Angelika Gramkow, PDS)

Aber die Mindestforderung muss sein, und dafür steht diese Landesregierung, die 300 Millionen DM beizubehalten. Da wünsche ich der Regierung und dem Wirtschaftsminister viel Kraft, dass sie dieses in Berlin durchsetzen werden.

Ihr Antrag, Frau Holznagel, es tut mir furchtbar Leid, ist wieder einmal überflüssig. Aber vielleicht habe ich Ihnen heute ja eine gute Anregung gegeben. – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Heiterkeit bei Peter Ritter, PDS)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Frau Muth.

Jetzt hat Frau Holznagel die Möglichkeit, gleich darauf zu antworten. Bitte sehr, Sie haben das Wort.

Renate Holznagel, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herzlichen Dank auch Frau Muth.

Herr Minister Ebnet, Sie haben noch mal ausgeführt, wie schwierig es sein könnte, hier diesen Punkt anders zu gestalten. Ich möchte nur noch mal grundsätzlich sagen, dass es doch eigentlich ein Riesenproblem ist, wenn wir uns alle darüber einig sind zu fördern, dass hier auch gewerbliche Unternehmen besonders gefördert werden sollen. Und ich denke, hier gehören auch die Anlagenbauer dazu, denn es ist doch genauso wichtig, dass gerade diese Anlagenbauer eben Ansprechpartner haben, dass sie Investoren haben, um ihren Absatz dann auch gewährleisten zu können. Ich glaube, das ist auch eine Geschichte, die in dieser Richtlinie deutlich werden muss, um hier die Anreize zu setzen. Ich habe es noch mal deutlich gemacht, die Bundesförderung läuft hier doch etwas daneben.

Aber noch einmal zurück zum Grundsätzlichen. Die erneuerbaren Energien sind bis heute ohne Subventionierung nicht wirtschaftlich. Ich glaube, da sind wir uns auch alle einig. Wenn auch der politische Wille zum Ausbau und der Entwicklung der erneuerbaren Energien vorhanden ist, so sind wir uns auch darüber einig, dass die finanziellen Spielräume immer noch zu eng sind. Schon am 28. Juni dieses Jahres befassten wir uns hier in diesem Hohen Hause aus diesem Grunde mit ähnlichen Themen. Sicher, da gehört auch die Diskussion zum Weißbuch dazu.

(Caterina Muth, PDS: Ja.)

Damals war es die Unterrichtung der Landesregierung über Investitionsprogramme für nachwachsende Rohstoffe und erneuerbare Energien. Während der Landwirtschaftsminister und der Umweltminister über die vielfältigen Möglichkeiten des Einsatzes nachwachsender Rohstoffe und erneuerbarer Energien und die Tatkraft der Landesregierung berichteten, stellte meine Fraktion auch konkrete Forderungen. Ich will sie hier nur mal kurz ins Gedächtnis rufen: Es müssen Grundlagen dafür geschaffen werden, dass die regenerativen Energieformen auch im liberalisierten Energiemarkt ihre Chance erhalten. Und die so genannte Ökosteuer muss so gestaltet werden, dass regenerative Energien ihren Platz im Wettbewerb mit anderen Energieträgern auch einnehmen können.

Hier möchte ich gerade Sie, meine Damen und Herren von der PDS, an Ihre Forderung erinnern und aus Ihrem Faltblatt zitieren: „Diese Reform ist ...“

(Peter Ritter, PDS: Aus welchem?
Wir haben viele Faltblätter gemacht.)

Ich habe es mitgebracht, hier aus diesem.

(Peter Ritter, PDS: Das ist aber Bundestag, das sehe ich auf den ersten Blick. – Barbara Borchardt, PDS:
Unsere sind nicht so lang.)

Aber PDS.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, PDS: Ja. –
Barbara Borchardt, PDS: Das ist wahr.)

„Diese Reform ist in sich widersprüchlich und sozial ungerecht. Die Wirtschaft wird um 2,2 Milliarden DM entlas-

set, indem gerade die Energiegroßverbraucher von der Steuer freigestellt werden, aber gleichzeitig von der Senkung der Lohnnebenkosten profitieren.“

(Peter Ritter, PDS: Na gut, das haben wir gesagt. Das stimmt.)

„Bezahlen müssen das die Bürgerinnen und die Bürger. Doch für die mit niedrigem Einkommen gibt es kaum einen finanziellen Ausgleich. Die Einnahmen dieser Reform sollen weder den Unternehmen geschenkt werden, noch in diversen Haushaltslöchern verschwinden. Sie müssen in den Klimaschutz und in ein ökologisches Umbauprogramm fließen.“

(Beifall Peter Ritter, PDS)

Die Landesregierung muss hier endlich auch wirksam werden, damit entsprechende Investitionen ausgelöst und durch gezielte Förderung begleitet werden können. Offensichtlich hat die Landesregierung die Forderung meiner Fraktion falsch verstanden, ansonsten kann ich mir die Änderungen der Förderrichtlinie des Wirtschaftsministeriums und die Mittelkürzung der Bundesregierung nicht erklären.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Erneuerbare Energieträger schonen natürliche Ressourcen und sind gleichzeitig kohlendioxidneutral. Sie sind also besonders nachhaltig und förderwürdig. Sie bieten den landwirtschaftlichen Regionen unseres Landes die Möglichkeiten, neue Einkommensquellen zu erschließen, und können somit zur Entwicklung ländlicher Räume beitragen. Gerade aus diesem Grunde ist es mir unverständlich, warum Landwirte hier nicht mit einbezogen werden.

(Caterina Muth, PDS: Sie haben doch zugehört.)

Sie haben darauf hingewiesen, dass es möglich ist, dann solch eine Form zu finden, dass sie auch einbezogen werden können. Ich möchte aber daran erinnern, dass wir hier auch schon große Probleme hatten in der Förderung, wenn man Tochterzweige gebildet oder andere Unternehmen gebildet hat. Mir wäre es wirklich wichtig, hier konkret den Landwirt einzubeziehen,

(Caterina Muth, PDS: Dann hätten Sie doch einen Antrag machen müssen. –
Zuruf von Ute Schildt, SPD)

und ich denke, auch in diese Landesförderung, denn wir haben ja auch hier noch kofinanzierte EFRE-Mittel, die vielleicht dann auch dem Landwirt zugute kommen können. Ich frage mich, warum nicht?

Der Bedarf, meine Damen und Herren, ist hier sehr hoch. So führt die Flut von Förderanträgen für diesen Bereich dazu, dass schon am Anfang des Jahres 2001 ein Antragsstopp in Kraft gesetzt werden musste. Im Umweltausschuss führte das Wirtschaftsministerium aus, dass im Bereich der Fotovoltaik Fördermittel in Höhe von 5 Millionen DM einer beantragten Summe von 70 Millionen DM gegenüberstehen. Die in unserem Lande beim Umweltministerium beantragten Fördermittel in Höhe von circa 6 Millionen DM können nur zu einem Drittel berücksichtigt werden. Und vor diesem Hintergrund versucht die Landesregierung uns klarzumachen, dass sie auf dem richtigen Weg ist. Ich denke, die Mittel reichen hier nicht aus. Hier müssen wir wirklich umdenken.

Meine Damen und Herren, wenn auch im Bereich des Umweltministeriums die Haushaltsansätze für Zuschüsse

zu Vorhaben des Klimaschutzes fast verdoppelt wurden, so werden diese zusätzlichen Mittel aufgrund der von der EU nicht bewilligten Mittel aus dem EAGFL kaum Wirkung zeigen. Die Ausgrenzung von Privatpersonen von der Richtlinie für die Gewährung von Zuwendungen des Landes Mecklenburg-Vorpommern im Bereich des Klimaschutzes wurde auch mit der Novelle der Richtlinie vom 11. September nicht so vollzogen.

Ich bitte ganz einfach, überdenken Sie dies noch mal, denn es ist eine wichtige Sache, über diese Privatpersonen auch die Förderung so anzusprechen, dass wir hier im Land noch mehr Investitionen in dieser Richtung bekommen. Die Haushaltsansätze des Wirtschaftsministers für die Jahre 2002 und 2003 lassen ähnliche Verhältnisse im Bereich der Förderung zur verstärkten Nutzung zukunfts-trächtiger Energietechniken wie in diesem Jahr erwarten.

Meine Damen und Herren, ich bitte noch mal, lassen Sie uns die Chance nutzen, darüber nachzudenken, wer anzusprechen ist und in welcher Art und Weise. Und ich denke, das Wichtigste ist, wenn wir uns dazu einig sind, dass die Mittel in Höhe von 300 Millionen DM hierher gehören, dann, glaube ich, sind wir ein Stück weiter gekommen. Trotzdem möchte ich Sie bitten, bei diesen Bedenken doch unserem Antrag zuzustimmen, damit wir hier noch eine Grundlage haben, darüber weiterzureden.

(Caterina Muth, PDS:
Reden können wir doch immer.)

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Frau Holznagel.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Schildt für die SPD-Fraktion.

Ute Schildt, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Sehr geehrte Frau Holznagel, die Bedeutung erneuerbarer Energien haben wir in diesem Haus in den drei Jahren, die ich jetzt hier dabei bin, mehrfach diskutiert. Und ich glaube, keine der Fraktionen hat sie nicht erkannt. Wir haben grundsätzlich versucht, sie nach den Möglichkeiten in den finanziellen Rahmen, den wir haben, einzuordnen. Ihre Fraktion, Frau Holznagel, hat während Ihrer Einbringung durch Vertretung mit zwei Mitgliedern eigentlich bewiesen, welches Interesse sie an dem Antrag hat, den Sie hier eingereicht haben.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

Meine Fraktion steht hinter erneuerbaren Energien.

Meine Damen und Herren, der hier vorliegende Antrag der CDU fordert, dass der Kreis der Zuwendungsempfänger für eine Förderung zukunfts-trächtiger Energien nicht nur gewerbliche Unternehmen, sondern auch private Haushalte umfassen soll. Das ist hier schon umfangreich diskutiert worden. Es gibt derzeit auf der Bundesebene eine ganze Reihe von Programmen, die die Förderung erneuerbarer Energietechniken zum Ziel haben und die auch für Privatpersonen zugänglich sind. Es könnten immer noch mehr sein, unser Wunsch ist auch groß, aber wir wissen, dass es keinen Weihnachtsmann gibt.

Dazu gehört zum Beispiel das Marktanreizprogramm, das die CDU auch hier zum Inhalt des Antrages gemacht

hat. Dieses bietet auch Privatpersonen die Möglichkeit, Förderung unter anderem für Solarkollektorenanlagen, Fotovoltaikanlagen und Biomasseanlagen zu beantragen. Das 100.000-Dächer-Programm konzentriert sich auf die Errichtung und Erweiterung von Fotovoltaikanlagen. Auch das Erneuerbare-Energien-Gesetz berücksichtigt Privathaushalte. Bei den begrenzten finanziellen Möglichkeiten, die der Haushalt des Wirtschaftsministeriums bietet, halte ich es für notwendig, Förderung zu konzentrieren und Schwerpunkte zu setzen. Genau das hat das Wirtschaftsministerium mit der hier zur Diskussion stehenden Richtlinie getan. Es hat sich für eine ausschließliche Förderung von Wirtschaftsunternehmen entschieden, weil zum einen Förderprogramme des Bundes für die Nachfrage nach Fördermitteln privater Haushalte zur Verfügung stehen und weil zum Zweiten die gewerbliche Förderung einen höheren Beschäftigungseffekt mit sich bringt. Dies ist ein Aspekt, der für uns wesentliche Bedeutung hat. Dem Wunsch der CDU-Fraktion können wir daher in diesem Punkt nicht nachkommen.

Meine Damen und Herren, Sie fordern des Weiteren die ersatzlose Streichung des Punktes 3.2. der Richtlinie. Dazu kann ich Ihnen sagen, dass dieser Punkt bis auf die Landwirtschaft kein neuer ist, sondern dass dies bereits seit einigen Jahren und damit auch unter einer CDU-Regierung so gehandhabt wird. Dass die Landwirtschaft von einer Förderung ausgeschlossen wird, hat EU-förderrechtliche Gründe, die hier und heute nicht gelöst werden können. Der Minister hat aber ganz klare Aussagen getroffen, wie man so ein Programm in diesem Bereich angehen kann. Und ich kenne landwirtschaftliche Unternehmen, die auf diesem Weg inzwischen gehen. Mit Ihrem Antrag fordern Sie zudem die Landesregierung auf, sich bei der Bundesregierung für eine Erhöhung der Mittel für das Marktanreizprogramm einzusetzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, dazu braucht die Landesregierung nicht Ihre Aufforderung. Wie der Wirtschaftsminister bereits dargelegt hat, ist er hier bereits tätig geworden. Wir werden den Antrag daher ablehnen. Aber eine Ergänzung noch: Wenn Sie von Mittelabflüssen sprechen, Frau Holznagel, hat das nichts mit einem Bedarf dieser Mittel zu tun und mit einer Genehmigung, denn Sie wissen, entsprechende Maßnahmen müssen umgesetzt sein, bevor der Mittelabfluss vollständig erreicht werden kann. Deshalb sollten richtige Zahlen zugrunde gelegt werden. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Frau Schildt.

Ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/2315. Wer diesem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Vielen Dank. Gibt es Gegenstimmen? –

(Caterina Muth, PDS: Ganz viele. –
Volker Schlotmann, SPD: Logisch.)

Danke. Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/2315 abgelehnt, da er lediglich die Stimmen der CDU-Fraktion auf sich vereinigen konnte.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 18**: Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Wertgrenzenerlass, Drucksache 3/2314.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Wertgrenzenerlass
– Drucksache 3/2314 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Albrecht von der CDU-Fraktion. Bitte sehr. Oh, eine Änderung. Herr Dr. Born, bitte sehr.

(Angelika Gramkow, PDS: Der Herr Dr. Born ist doch wirklich gut. – Barbara Borchardt, PDS: Der hat ja von allem 'ne Ahnung, wa?)

Dr. Ulrich Born, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Der vor Ihnen liegende Antrag ist gleichsam die logische Fortsetzung der gestern im Rahmen der Aktuellen Stunde behandelten Problematik zur Lage der Bauwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern. Wenn man die Überschrift unbefangen liest, stellt sich in der Tat die Frage: Um was geht es eigentlich beim Wertgrenzenerlass?

(Angelika Gramkow, PDS: Na, Herr Dr. Born, um was geht's? – Barbara Borchardt, PDS: Um was geht's denn?)

Ja, Frau Kollegin Gramkow, dass Sie es wissen, setze ich voraus. Aber wir sollten doch auch ein bisschen nachsichtig sein und verstehen, dass das, was so manchmal an Verordnungen, Gesetzen und Bestimmungen von uns hier produziert wird, nicht von der breiten Öffentlichkeit verstanden wird.

(Andreas Bluhm, PDS: Verordnungen produzieren wir in diesem Hause aber nicht, Herr Dr. Born. – Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Und deshalb erlaube ich mir, das kurz zu erläutern, soweit mir das mit einfachen Worten möglich ist, soweit ich das verstehe.

(Barbara Borchardt, PDS: Na, dann versuchen Sie es doch mal! – Gabriele Schulz, PDS: Das ist schwierig, das ist schwierig.)

Es geht schlicht darum, dass natürlich sinnvollerweise Leistungen, die der öffentliche Dienst vergibt, ausgeschrieben werden müssen. Das ist auch notwendig, damit ein fairer Wettbewerb stattfinden kann. Auf der anderen Seite sagen wir auch immer wieder zu Recht, es gibt zu viele Vorschriften, die gerade Unternehmen blockieren, die dazu führen, dass sie einen unnötigen Aufwand haben, der in keinem Verhältnis zu der zu erbringenden Leistung steht, so dass wir letztlich unsere eigenen Betriebe im Land blockieren, wenn wir überreglementieren. Und aus diesem Grund hat der Wirtschaftsminister am 3. April 1997 einen Wertgrenzenerlass herausgegeben, der es ermöglicht, dass unter bestimmten Voraussetzungen Leistungen, die von der öffentlichen Hand vergeben werden, auch ohne Ausschreibungen vergeben werden können.

Ich will die wesentlichen Punkte, es ist sehr kurz und knapp gefasst, noch einmal kurz hervorheben. Es geht hier um die Anwendungen der VOL/A und VOB/A, danach kann eine freihändige Vergabe im Wege der Angebotsbeziehung erfolgen, wenn der voraussichtliche Auftragswert ohne Mehrwertsteuer 25.000 Deutsche Mark nicht übersteigt. Entsprechende Bauaufträge sollen insbesondere

Handwerksbetrieben und baugewerblichen Kleinbetrieben zugute kommen. Und dann ist eine beschränkte Ausschreibung für Lieferung und Leistungen, ausgenommen Bauleistungen, ohne Einzelfallbegründung zulässig, wenn der voraussichtliche Auftragswert ohne Mehrwertsteuer 50.000 Deutsche Mark nicht übersteigt. Eine beschränkte Ausschreibung für Bauaufträge ist ohne Einzelfallbegründung zulässig, wenn der voraussichtliche Auftragswert der Gesamtbaumaßnahme ohne Mehrwertsteuer 100.000 Deutsche Mark nicht übersteigt.

Das sind die wesentlichen Punkte, um die es uns geht. Dieser Wertgrenzenerlass vom 3. April 1997 in der Fassung vom 31. August 1999 tritt unstreitig zum 31.12.2001 außer Kraft. Und wir halten es dringend für geboten, dass eine Anschlussregelung getroffen wird. Nun ist eben der Präsident des Landesrechnungshofs wieder in den Saal gekommen. Deshalb werde ich natürlich besonders vorsichtig bei diesem Punkt formulieren und auch unter Beachtung der EU-rechtlichen Vorschriften bedenken, dass natürlich die Möglichkeiten, hier die Ausschreibungsmodalitäten zu vereinfachen, begrenzt sind.

Ich habe ja eingangs gesagt, das hat gute Gründe. Aber dennoch, wir haben hier ein Spannungsfeld. Wir müssen eben sehen, dass wir der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes auch dadurch Rechnung tragen, dass wir das, was an Formalien von einem Unternehmen, das sich um einen Auftrag der öffentlichen Hand kümmert, verlangt wird, so gering wie möglich ausgestalten. Und deshalb meinen wir, dass dieser Erlass nicht nur dringend einer Anschlussregelung bedarf, das ist schon deshalb notwendig, damit Rechtsklarheit für die Unternehmen besteht, sondern dass wir auch entsprechend den geänderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen die Grenzen verändern.

Wenn Sie auf unseren Antrag schauen, werden Sie feststellen, dass es einen Punkt gibt, der sicherlich – da braucht man keine prophetischen Gaben – völlig unstrittig ist, nämlich die Umstellung auf Euro. Das ist eine rein technische Frage. Aber wir meinen auch, dass angesichts der Entwicklung des Preisniveaus die Grenzen, die ich vorhin hier vorgelesen habe, verändert werden sollten. Wir haben in unserem Antrag eine sehr moderate Erhöhung der Grenzen insbesondere in den Punkten 1 und 2 vorgeschlagen, also die Bereiche der freihändigen Vergabe und die beschränkte Ausschreibung für Lieferungen und Leistungen, ausgenommen Bauleistungen.

Wenn Sie bitte einmal auf den Antrag schauen, so schlagen wir hier eine sehr moderate Erhöhung vor, nämlich – im jetzigen Abschnitt 2.1 – im Rahmen der freihändigen Vergabe die festgelegte Grenze in Höhe von 25.000 DM auf 15.000 Euro zu erhöhen. Ich denke, das dürfte unproblematisch sein. Sollte sich der Herr Wirtschaftsminister hier eine höhere Grenze vorstellen können, wird er sicherlich nicht auf den Widerstand der Opposition dabei stoßen.

Entscheidend ist uns jedoch bei unserem Antrag der Punkt 3. Dieser sieht vor, die Wertgrenze bei der beschränkten Ausschreibung für Bauaufträge praktisch um den Faktor 3, das heißt im Klartext von 100.000 DM auf 150.000 Euro zu erhöhen. Und diesen Punkt will ich noch einmal verdeutlichen. Ich habe vorhin gesagt, eine beschränkte Ausschreibung für Bauaufträge ist ohne Einzelfallbegründung zulässig, wenn der voraussichtliche Auftragswert der Gesamtbaumaßnahme ohne Mehrwertsteuer

er 100.000 Deutsche Mark nicht übersteigt. Hier halten wir eine Erhöhung auf 150.000 Euro für angemessen. Ich will hier keine Illusionen wecken, es ist völlig klar, dass die örtliche Bauwirtschaft allein aufgrund eines solch geänderten Erlasses nicht aus der Misere herauskommt, in der sie sich befindet. Aber es ist zumindest ein kleiner Markstein auf dem Weg zur Schaffung erträglicher Rahmenbedingungen. Jedenfalls das, was wir seitens des Landes leisten können, ist hier mit einer solchen Regelung vorgesehen.

Im Klartext: Die Chancen der Betriebe der Baubranche vor Ort sollen bei der öffentlichen Auftragsvergabe ein Stück weit verbessert werden. Und ich bitte hier alle, die mit dieser Problematik nachher in der Umsetzung zu tun haben, auch zu berücksichtigen, dass wir uns in Deutschland sehr präzise bemühen, europarechtliche Vorgaben einzuhalten, dies aber letztendlich nicht dazu führen darf, dass unsere Wirtschaft dadurch benachteiligt wird, dass wir Bestimmungen sehr viel enger auslegen, als es unsere europäischen Wettbewerber tun. Und diese Situation, wer sich einmal in der Praxis umschaute oder mit Bauunternehmen spricht, haben wir tatsächlich und deshalb müssen wir das, was uns als Land möglich ist, tun, um hier zu helfen.

Ich hoffe, dass es bei diesem Antrag ähnlich ist wie vorhin bei dem anderen Antrag, der ja übrigens auch wirtschaftliche Auswirkungen hat, bei der Bekämpfung der Graffiti-Schmierereien, dass der zuständige Minister dem Parlament verkündet, dass er bereits in unserem Sinne tätig geworden ist, so dass der Antrag dann möglicherweise durch eine klare Mitteilung des Ministers schon als erledigt angesehen werden könnte. Ich möchte aber sehr ernsthaft darauf hinweisen, dass die Zeit drängt, denn gerade die so gebeutelte Bauwirtschaft braucht verlässliche Rahmenbedingungen und deshalb müssen alle, die das dann nachher umsetzen müssen, rechtzeitig wissen, wie es nach dem 31.12.2001 weitergeht. Nicht nur die Bauwirtschaft benötigt die verlässlichen Rahmenbedingungen, sondern alle, die mit öffentlichen Aufträgen, mit geringen Auftragswerten zu tun haben, müssen auch wissen, wie in Zukunft solche Aufträge zu vergeben sind. Deshalb habe ich die herzliche Bitte, dass der Wirtschaftsminister, wenn es irgend möglich ist, uns heute schon klar mitteilt, wie es weitergeht, denn das in der Sache hier diese Anschlussregelung erforderlich ist, dürfte sicherlich nicht Streitig sein. Ich denke, auch das ist ein Punkt, wo der Landtag zeigen kann, dass man in der Sache hart fighten kann, aber dass es bei unabwiesbaren Erfordernissen auch möglich ist, schnell zu brauchbaren Entscheidungen zu kommen. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Herr Dr. Born.

Die Aussprache, die im Ältestenrat vereinbart wurde, dauert 45 Minuten. Ich eröffne diese Aussprache.

Das Wort hat der Wirtschaftsminister Herr Dr. Ebnet. Bitte sehr.

Minister Dr. Otto Ebnet: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich will beim letzten Punkt der Tagesordnung von den 45 Minuten möglichst wenig verbrauchen. Ich glaube, ich kann es auch kurz machen. Herr Born hat ja schon den Inhalt des Erlasses geschildert. Ein Erlass ist ja bekanntlich eine verwaltungsinterne Anweisung, nur damit wir uns darüber mal im Klaren sind.

Ja, meine Damen und Herren, der Antrag der CDU, glaube ich, geht in die richtige Richtung. Da gibt es überhaupt keinen Zweifel. Die CDU will den zum Jahresende auslaufenden Wertgrenzenerlass fortführen. Das will die Landesregierung auch und wir sind ebenfalls schon dabei, Herr Born, Sie wissen das. Ja, und jetzt weiß ich nicht, wollen Sie auch einfach mit dabei sein dürfen oder wollen Sie uns unterstützen.

(Beifall und Heiterkeit bei Ute Schildt, SPD – Angelika Gramkow, PDS: Er wollte reden.)

Auf jeden Fall die Richtung ist in Ordnung. Das ist auch die Richtung der Landesregierung.

Wir arbeiten an der Nachfolgeregelung, die dann ab 01.01.2002 gelten wird. Dabei stehen die jetzigen Wertgrenzen in der Tat auf dem Prüfstand. Der Wirtschaftsminister hat es nur nicht ganz so leicht wie eine Oppositionsfraktion.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Dafür hat er auch ein höheres Salär.)

Der Wirtschaftsminister muss in die nach der Geschäftsordnung der Landesregierung vorgesehenen Abstimmungsprozesse einsteigen. Er muss es mit den Ressorts abstimmen, mit dem Landesrechnungshof abstimmen und so weiter. Und das dauert nun ein paar Tage länger als die Formulierung eines Antrages in der Opposition.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das macht den Unterschied der Vergütung aus.)

Herr Born, eins allerdings hat mir das Leben nicht leichter gemacht, und das war Ihre Begründung.

(Barbara Borchardt, PDS: Er hat sich's ja auch nicht leicht gemacht.)

In der Tat könnte die möglicherweise ein bisschen Sand ins Getriebe gebracht haben. Ich hoffe, dass das nicht der Fall gewesen ist.

Meine Damen und Herren, ich habe eine Bitte: Legen Sie mich jetzt nicht auf ein Prüfungsergebnis fest! Die Prüfung wird durchgeführt. Sie wird in diese Richtung durchgeführt. Das Ergebnis kommt und der Wertgrenzenerlass kommt auch, und zwar zum 01.01.2002. Wenn denn das Verfahren abgeschlossen ist, wissen auch die Betroffenen rechtzeitig vorher Bescheid. – Danke sehr.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Schulz für die PDS-Fraktion.

Gabriele Schulz, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Umstellung auf den Euro im nächsten Jahr verlangt die Umstellung aller Währungsangaben, die in Deutscher Mark angegeben sind,

(Angelika Gramkow, PDS: Sehr richtig.)

zum Beispiel in Verordnungen und Satzungen auf Angaben in Euro. Aber diese Umstellung war sicherlich nicht Ihr Beweggrund, liebe Kollegen von der CDU,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nee.)

den vorliegenden Antrag auf Drucksache 3/2314 zum Wertgrenzenerlass zu stellen. Des Pudels Kern ist wohl

vielmehr eine Verschiebung der Grenzen für die freihändige Vergabe und jene nach beschränkter Ausschreibung. Zwei Richtungen zeigen sich in Ihrem Antrag deutlich: Erstens, Herr Born, hat es ja hier auch begründet, während Sie sich bei den Vorschlägen zur Aufstockung der Grenzen bei der freihändigen Vergabe und bei der Vergabe nach beschränkter Ausschreibung für Lieferungen und Leistungen, ausgenommen Bauleistungen, noch zurückgehalten haben oder, wie mein Kollege Herr Born sagt, noch moderat waren, ist zweitens die beantragte Aufstockung für die Vergabe von Bauaufträgen nach beschränkter Ausschreibung schon ein ganz schön fetter Brocken mit der Verdreifachung der bisherigen Regelung. Herr Born hat gesagt, es ist entscheidend.

Gemessen an der gestrigen Debatte – ich möchte auch noch einmal anknüpfen, genau wie Sie – in der Aktuellen Stunde sagt der Antrag aus meiner Sicht heute aber auch ein bisschen das Gegenteil von dem, was Sie gestern gesagt haben. Beklagten Sie hier in der Debatte noch die Misere in der Bauwirtschaft, so bedienen Sie sich heute umgekehrt nicht etwa der Unterstützung vieler Unternehmen unseres Landes, sondern favorisieren deren eindeutige Benachteiligung durch höhere Wertgrenzen.

(Renate Holznagel, CDU: Das habe ich nicht verstanden. – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Und genau diese Wahrheit, meine Damen und Herren von der CDU, muss man in der Öffentlichkeit deutlich machen.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Mein Kollege Kreuzer hat gestern die Aktuelle Stunde genutzt, Ihnen diesbezügliche PDS-Positionen zur Kenntnis zu geben. Allen hier anwesenden kommunalpolitisch engagierten Kolleginnen und Kollegen, unabhängig, welcher Fraktion sie angehören, ist das Prozedere der gängigen Verfahren bei der Vergabe von Aufträgen nur allzugut bekannt. Vielfältig mit besonderem Ideenreichtum gespickt bemühen sich Kommunalvertreter im Zusammenspiel oder auch im Widerstreit mit Verwaltungen und Fraktionen über den Weg der beschränkten Ausschreibungen, vor Ort Aufträge zu vergeben und damit vor Ort Arbeit zu ermöglichen, Arbeitsplätze zu schaffen beziehungsweise Arbeit zu sichern.

Wie bereits gestern in der Aktuellen Stunde hervorgehoben, ist nicht immer das billigste Angebot auch das günstigste. Solche Kriterien wie Zuverlässigkeit und Service und bei Reparaturen Erfahrungen mit diesen Unternehmen aus der Vergangenheit, Termintreue, Tariftreue können darüber hinaus eine Rolle spielen. Die Wertgrenzen für die beschränkten Ausschreibungen sollen aber auch den Missbrauch dieser Vergabemöglichkeit vermindern, zumindest aber begrenzen. Das heißt, zur Abgabe eines Angebots aufgeforderte Unternehmen werden in der Regel durch die Verwaltungen angeschrieben. Diese bestimmen also, welche beteiligt sind, das heißt am Ende auch, welche nicht. Ein Schelm, wer Arges dabei denkt, frei mit Till Eulenspiegel gesprochen. Und mir liegt es auch fern, pauschal Verdächtigungen gegen Verwaltungen auszusprechen. Aber Meldungen über Bestechungen, Preisabsprachen und schwarze Koffer

(Nils Albrecht, CDU: Reden Sie das Land doch nicht schlecht!)

wollen wohl einfach nicht verstummen, mit all ihren Konsequenzen für ganze Parteien, Senate oder, oder, oder.

(Dr. Ulrich Born, CDU:
Sie redet das Land schlecht.)

Hier brauche ich wohl der Opposition gegenüber nicht deutlicher zu werden. Immer wieder erfahren wir, meistens aus der Presse, von Bestechungen und Preisabsprachen. Wir wissen auch, dass bei Ausschreibungen mit relativ geringen Auftragswerten sehr viele Bieter sich redlich bemühen, die Aufträge zu erringen. Und der Wettbewerb um Bauaufträge wird wahrscheinlich in der Zukunft noch härter. Umso wichtiger erscheint mir, dass der Prozess der Auftragsvergabe einigermaßen demokratisch kontrollierbar und beeinflussbar in allen Etappen der Entscheidungsfindung sein muss. Und genau dieser Prämissen widerspricht aus unserer Sicht der vorliegende CDU-Antrag.

(Nils Albrecht, CDU: Das ist falsch.)

Ich denke, das, was der Herr Wirtschaftsminister eben hier gesagt hat, bedarf eben dann auch noch einer gründlichen Diskussion, wenn wir die Prüfungsergebnisse vorliegen haben und dann darüber reden, wie wir künftig mit einem neuen Wertgrenzenerlass umgehen. Und aus den genannten Prämissen, die ich deutlich gemacht habe, was das kommunalpolitische Engagement betrifft, gerade über Auftragungsgrenzen, die im Rahmen des Erträglichen sind, vielen Firmen Aufträge zu erteilen, wird die PDS-Fraktion der vorgeschlagenen Erhöhung der Wertgrenzen und damit dem CDU-Antrag nicht entsprechen.

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Frau Schulz, beantworten Sie dem Abgeordneten Herrn Dr. Born eine Frage?

Gabriele Schulz, PDS: Aber gern.

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Bitte sehr, Herr Dr. Born.

Dr. Ulrich Born, CDU: Frau Kollegin Schulz, kann ich Ihren Worten entnehmen, dass Sie die Intention, die der Wirtschaftsminister hier eben noch einmal deutlich gemacht, nicht teilen, dass es sinnvoll ist, zur Unterstützung der einheimischen Bauwirtschaft die Möglichkeiten auszuweiten, die Vergabe so vorzunehmen, dass keine europaweite Ausschreibung zwingend vorgeschrieben ist?

Gabriele Schulz, PDS: Ich denke, die Intention, die der Wirtschaftsminister heute hier vorgebracht hat, darüber zu sprechen und einen Wertgrenzenerlass vorzulegen, ein Vorschlag, wenn alle Prüfungen und Abstimmungen vorgebracht sind, ist richtig. Und dann sollten wir noch einmal ganz genau darüber sprechen. Europaweite Ausschreibungen bringen oftmals für die Kommunen vor Ort eben große Probleme.

Dr. Ulrich Born, CDU: Herzlichen Dank.

(Beifall Götz Kreuzer, PDS,
und Peter Ritter, PDS)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Frau Schulz.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Albrecht für die CDU-Fraktion. Wenn ich richtig liege, ist es tatsächlich die Jungferrede heute. Also dann viel Glück, Herr Kollege!

Nils Albrecht, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist nun wahrlich nicht ein besonderer Anlass hier für die Jungferrede, aber betrachten Sie deshalb vielleicht dies als den ersten Teil und geben Sie mir die Gelegenheit, mich im Laufe der kommenden Monate noch etwas zu steigern.

(Barbara Borchardt, PDS: Darüber denken wir nach. – Annegrit Koburger, PDS: Nach oben oder nach unten? – Peter Ritter, PDS: Nicht so böse!)

Lassen Sie mich also einige wenige Worte zu diesem gestellten Antrag sagen und zu dem, was vorgetragen wurde. Wie Sie wissen und jetzt auch gehört haben, geht es bei dem so genannten Wertgrenzenerlass der Landesregierung und mit dem Anpassungsantrag der CDU-Fraktion sehr wohl um die Stärkung der einheimischen Wirtschaft, wie Sie nachlesen können im Punkt 2.1 des Erlasses. Die Bauwirtschaft steckt in einer tiefen Krise. Das hat in diesem Hause gestern niemand bestritten. Von allen Fraktionen waren die Statements in diese Richtung eindeutig. Wie man allerdings aus solch schlechten Zeiten auch noch Kapital schlagen kann fürs eigene Image, hat uns der Herr Wirtschaftsminister in einer exemplarischen Lehrstunde vorgeführt: Man produziere ein mittleres Chaos, indem man beispielsweise einige Hundert Förderanträge nicht abschließend bearbeitet, sondern einfach liegen lässt, bis sich ein geeigneter Zeitpunkt findet, um mit künstlich entrüsteter Miene vor die Kameras zu treten und die zuständige Behörde in die Pfanne zu hauen,

(Barbara Borchardt, PDS: T, t, t, t, t!)

aber ankündigt, mit der Faust auf den Tisch hauen zu wollen, und verspricht, den Antragsstau aufzulösen.

Herr Minister, das halten Sie vielleicht für ein geeignetes Mittel, Ihr Image zu pflegen und zu verbessern, mit kontinuierlicher Wirtschaftspolitik hat dies nun aber gar nichts mehr zu tun. Darauf werden wir insofern auch noch zu sprechen kommen an gegebener Stelle, wie erfolgreich die Politik ist, wie viel Millionen am Ende wirklich ausgegeben werden konnten beziehungsweise wie viel wieder zurückfließen müssen, weil die Kommunen nicht in der Lage sind, den Eigenanteil zu drücken.

Nehmen wir das Beispiel der Hansestadt Rostock. Die Unternehmen übernehmen dort die Eigenanteile, ich muss Ihnen die finanzielle Situation der Hansestadt Rostock sicher nicht weiter erläutern.

(Angelika Gramkow, PDS:
Das hat aber auch seine Ursachen.)

Ja natürlich, also darüber werden wir an gegebener Stelle auch noch mal reden, über den Finanzausgleich, für den auch diese Landesregierung

(Angelika Gramkow, PDS: Man darf auch nicht immer nur auf die Landesfinanzen schießen. – Barbara Borchardt, PDS: Das haben wir in der Ausschussberatung gesehen. – Zurufe von Ministerin Sigrid Keler und Annegrit Koburger, PDS)

in Bezug auf die Kommunen Verantwortung trägt, Frau Gramkow. Wir werden hier an dieser Stelle diskutieren müssen, wie erfolgreich die Vertretertour des Ministers war und wie viel Millionen am Ende wirklich verbaut werden. Keine Frage, das hilft der Bauwirtschaft im Augenblick, aber ich betone noch mal, das hat nichts, aber auch gar nichts mit kontinuierlicher Wirtschaftspolitik zu tun, die dieses Land dringend braucht.

(Angelika Gramkow, PDS: Dann hätten Sie aber auch wirklich die Millionen für Rostock nach Schwerin geben können.)

Frau Gramkow, das hätten Sie wahrscheinlich von mir nicht wirklich erwarten dürfen.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU:
Alle Kraft nach Schwerin!)

Vielleicht – und jetzt komme ich zurück auf den eigentlichen Antrag der CDU-Fraktion – ist vor lauter Arbeit, mit den Oberbürgermeistern zu sprechen,

(Angelika Gramkow, PDS: Zum Beispiel.)

einfach in Vergessenheit geraten, dass Sie rechtzeitig und zeitnah den Erlass ändern. Natürlich geht es nicht um die Anpassung allein in Euro, sondern es geht auch darum, die Wertgrenzen anzupassen. Und da mache ich mir ernsthaft Sorgen, Frau Schulz, wie Ihr Vortrag bei Kommunalpolitikern wirklich ankommt. Also das haben Sie nicht erklären können, warum das ein Nachteil sein soll für die einheimische Wirtschaft.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Eben. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Wenn Sie das Land so schlechtreden, indem Sie hier behaupten, es würde Bestechung der Alltag sein,

(Barbara Borchardt, PDS:
So hat sie das nicht formuliert.)

ich glaube, dann liegen Sie sehr weit von der Realität entfernt. Die Kontrollmechanismen könnten sicherlich an der einen oder anderen Stelle verbessert werden. Aber so schlecht ist es wahrlich nicht. Und wenn Sie der Meinung sind, es muss dann auch noch mal nachgefragt werden, wenn es um die Vergabe geht, dafür meines Erachtens hat diese Landesregierung unter Ihrer Mitwirkung natürlich entsprechende Kontrollgremien auf den Weg gebracht. Die Vergabekammer wird sich sehr wohl mit solchen Fällen dann auch beschäftigen.

Aber ich nehme Ihren Vortrag nur als vorgeschobenes Argument, um den Antrag abzulehnen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

nicht als wirkliche Begründung für Ihre Ablehnung.

(Barbara Borchardt, PDS: Nein, wir haben uns ernsthaft damit befasst. So ist das nicht. Es geht uns nicht so wie Ihnen.)

Also, meine Damen und Herren, wir brauchen Kontinuität, Planungssicherheit für die Bauwirtschaft und keinen hektischen Politaktivismus. Deshalb ist dieser Änderungsantrag zum Erlass goldrichtig. Insofern, da bin ich mir sicher – und das hat der Wirtschaftsminister ja grundsätzlich auch ausgedrückt –, liegen wir mit unserem Antrag auf einer Höhe und handeln in Ihrem Interesse.

(Monty Schädel, PDS: Hm!)

Die freihändige Vergabe von Aufträgen, aber auch die beschränkte Ausschreibung ermöglichen Handlungsspielraum für den kommunalen Bereich. Das ist ein wesentlicher Vorteil, denn das ist Ihnen ja auch bekannt, dass Entscheidungen schnell getroffen werden müssen und nicht behindert werden dürfen durch langwierige Verfahren in der Ausschreibung. Genau darum geht es in diesem Erlass der Landesregierung und insofern bin ich mir sicher, dass die Mehrheit des Hauses hier diese Auffassung teilt und den Kommunalpolitikern und der einheimischen Wirtschaft auch ein Signal setzen wird.

Sehr verehrte Abgeordnete, meine Damen und Herren, wenn Sie heute mehrheitlich diesem Antrag zustimmen

werden, setzen Sie auch ein Zeichen als Lokalpatrioten bei der Stärkung der Wirtschaftskraft vor allem der kleineren Unternehmen. Und eins lassen Sie mich auch sagen, jedes Element zur Stärkung der einheimischen Wirtschaft zählt. Alles zählt, auch diese kleinen Schritte. Und glauben Sie nicht, dass das, was Sie nicht unbedingt in die Schlagzeilen der großen Blätter bringt, unwichtig wäre. Da sind wir völlig anderer Auffassung und sagen, die Dienststellen vor Ort brauchen Planungssicherheit, und wir sind der Meinung, dass zeitnah auch geändert werden muss, und der Zeitpunkt ist unseres Erachtens jetzt spätestens dran. Insofern, meine Damen und Herren, lassen Sie uns gemeinsam den Weg für mehr Handlungsspielraum vor Ort ebnen, stimmen Sie unserem Antrag zu und setzen damit ein Zeichen für mehr regionale Verantwortung und für die einheimische Wirtschaft vor Ort! – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Herr Albrecht.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Schildt für die SPD-Fraktion.

Ute Schildt, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Sehr geehrter Herr Albrecht, Sie haben die Ansprüche an Ihre eigene Person gleich am Beginn Ihrer Rede angemeldet. Ich meine, das ist gut so.

(Nils Albrecht, CDU: Danke. –

Beifall Heike Polzin, SPD –

Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU –
Heiterkeit bei Volker Schlotmann, SPD)

Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion hat die Situation der Bauwirtschaft nicht nur zum Anlass der aktuellen Stunde genommen. Sie begründet ihre Forderung in dem hier vorliegenden Antrag unter anderem auch mit einer stärkeren Berücksichtigung der hiesigen Bauunternehmen bei der öffentlichen Auftragsvergabe. Es ist unbestritten, dass eine beschränkte Ausschreibung zu einer stärkeren Berücksichtigung einheimischer kleiner und mittlerer Unternehmen führt. Dennoch sind wesentliche Kriterien bei der öffentlichen Auftragsvergabe zu berücksichtigen. Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge ist erst einmal zu sichern, dass der Wettbewerb nicht eingeschränkt wird, denn ein freier Wettbewerb ist prinzipiell im Interesse aller beteiligten Unternehmen, weil er faire Chancen für alle ermöglicht. Für lokale, regionale, wie überregionale Unternehmen macht eine Einschränkung der Ausschreibungsmodalitäten Sinn, weil, wie zum Beispiel im vorliegenden Erlass, der zeitliche, finanzielle und personelle Aufwand einer vollständigen Ausschreibung nicht mehr in Relation zum Auftragsvolumen steht. Dann lässt sich ein begrenzter Wettbewerb rechtfertigen. Dennoch darf nicht verleugnet werden, dass eine eingeschränkte Ausschreibung mehr Spielraum für Manipulationen lässt. Meine Damen und Herren, ich weiß, wovon ich spreche. Wir haben es erlebt.

(Volker Schlotmann, SPD: Die CDU auch.

Wenn sie es gebrauchen kann gegen uns, dreht sie es um. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Gleichzeitig ...

(Zuruf aus dem Plenum: Im Kreis Demmin.)

Im Kreis Demmin, sehr wohl. Im Kreis Demmin.

Gleichzeitig darf die öffentliche Hand das Prinzip der Wirtschaftlichkeit bei der Auftragsvergabe nicht außer Acht

lassen. Ein begrenzter Wettbewerb kann, aber muss nicht zu höheren Kosten für die öffentliche Hand führen, denn da hier nur wenige Angebote eingeholt werden, wird nicht unbedingt der wirklich günstigste Anbieter gefunden. Trotzdem meine ich, dass wir Spielräume nutzen sollten, und der Minister hat dazu ausgeführt, dass daran gearbeitet und das mögliche Spektrum auch abgeklärt wird.

Meine Damen und Herren, wir werden den Antrag ablehnen, nicht weil wir die öffentliche Auftragsvergabe nicht auch als wesentlich für die Existenz der einheimischen Unternehmen ansehen, vielmehr arbeitet die Landesregierung – und das ist bereits ausgeführt worden – auch ohne Aufforderung durch die Opposition an einer Überarbeitung des Erlasses.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Diese Notwendigkeit ergibt sich aus der zeitlich begrenzten Gültigkeit des Erlasses, genau wie aus der notwendigen Umstellung auf den Euro. In diesem Rahmen wird auch geprüft werden, in welchem Rahmen eine maßvolle Erhöhung der Wertgrenzen mit dem Ziel, einheimische Unternehmen noch stärker bei der Auftragsvergabe zu berücksichtigen, sinnvoll erscheint. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Frau Schildt.

Wir sind damit am Ende der Aussprache und ich lasse abstimmen über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/2314. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Die Gegenstimmen bitte. – Danke. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/2314 ist damit abgelehnt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung.

Gestatten Sie mir noch ein kurzes Wort. Sie wissen ja, wie das ist, wenn man Abgeordneter wird, hat man noch so seine Illusionen,

(Heiterkeit bei Abgeordneten
der SPD, CDU und PDS)

und ich fand gerade bei unserer ehemaligen Kollegin Heide-Marlis Lautenschläger diese Illusion, die ich so am Anfang hatte, auch wieder. Sie schreibt nämlich, sie stellt sich das so vor: Die Abgeordneten sagen, welche Dinge wichtig seien und wo sie Geld brauchen. Dann suchen die Beamten nach Wegen, wie das zu lösen wäre. Sie schreibt aber auch, so funktioniert das nicht. Aber man soll ja nie die Hoffnung aufgeben und ich glaube, wir haben es alle an manchen Stellen schon geschafft, dass es eben doch so funktionierte. Und geben wir die Hoffnung nicht auf! Ich wünsche Ihnen dafür alles, alles Gute.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD,
CDU und PDS – Harry Glawe, CDU:
Das haben Sie aber gut gesagt.)

Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages auf Mittwoch, den 14. November 2001, 10.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 12.31Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Dr. Christian Beckmann, Lutz Brauer, Herbert Helmrich, Dieter Markhoff, Irene Müller, Bärbel Nehring-Kleedehn, Lieselotte Pohn und Dr. Arnold Schoenenburg.